

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 31. Jahrgang
191 | Januar/Februar 2009 EUR 1,50

Aus dem Inhalt



WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · »Entgelt bezahlt« · VKZ H20318

Das Elend der Leiharbeit

Auch in der Leiharbeitsbranche herrscht Krisenstimmung. Dabei wurde Leiharbeit genau für solche Situationen erfunden.

Leiharbeit ist wieder Thema für die Medien. Dass sie es momentan in die Wirtschaftsteile schafft, liegt auch an der aktuellen Dokumentation „Leiharbeit undercover“: Markus Breitscheidel hat ein Jahr für Leiharbeitsfirmen geackert und seine Recherchen filmisch dokumentiert. Gleichzeitig wartet Ken Loach mit einem Spielfilm zum Thema auf: „It's a free World“ behandelt die Story einer Angestellten, die zur Arbeiterverleiherin und immer korrupter wird.



Zeichnung: Findus

Von der Finanzkrise zur Leiharbeitskrise?

Spielfilme und Dokumentationen sind nur Ausdruck eines öffentlichen Interesses am Thema. Immer mehr sind gezwungen, ihr Überleben durch Leiharbeit zu fristen, zu Löhnen, die 29 Prozent unter dem Standardlohn liegen: 745.000 Menschen arbeiten in Leiharbeitsverhältnissen, doppelt so viele wie vor fünf Jahren. Die Abhängigkeit von Leiharbeit führt zur Sorge, dass diese von der aktuellen Wirtschaftskrise bedroht sei. Die Auswirkungen der Krise auf die Automobilindustrie wirken sich direkt auf den Leiharbeitssektor aus: Der Wissenschaftler Ferdinand Duddenhöffer rechnet mit 80.000 Leiharbeitsstellen, die in der Automobilindustrie wegfallen, die IGBCE vermutet die Streichung von bis zu 80 Prozent der Leiharbeitsstellen. Die Branche selber gibt sich allerdings nach wie vor optimistisch: Werner Stolz, Geschäftsführer des Interessenverbandes deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ), sorgt sich zwar, aber „im Moment gelingt das noch recht gut“, sagt er der Westdeutschen Zeitung (WZ). Thomas Bäumer, Geschäftsführer des Leiharbeitunternehmens Tuja, preist Leiharbeit immer noch als die „Chance auf dem Arbeitsmarkt“. Dabei ist offensichtlich, dass Leiharbeit benutzt wird, um feste Beschäftigungsverhältnisse zu vermeiden: Sieben Prozent der Leiharbeitsfirmen sind Ausgliederungen oder Subunternehmen großer Konzerne (z.B. Bayer, Deutsche Bahn AG). LeiharbeiterInnen machen in der Industrie mittlerweile einen Anteil von zehn bis zwölf Prozent der Stammbelegschaft aus.

Was macht der DGB in der Krise?

In dieser Situation entdecken auch die DGB-Gewerkschaften plötzlich ihr Herz für LeiharbeiterInnen. Die sich zuständig fühlende IG Metall hat kürzlich ihr „Schwarzbuch Leiharbeit“ veröffentlicht. Ver.di, sich genau so zuständig fühlend, hat in Wuppertal gegen die Gens Personalmanagement GmbH Anzeige wegen Lohnwuchers erstattet: Busfahrer verdienen hier Löhne bis runter zu 2,71 Euro brutto.

Wer über den Schwund an Leiharbeit in der Krise jault, vergisst, dass Leiharbeit für solche Situationen erfunden wurde. Wenn IGBCE-Vorsitzender Hubertus Schmoldt dafür plädiert, „dass Leiharbeit wieder zu dem wird, was sie sein soll, [..] zu einem [...] Instrument, um kurzfristige Auftragsschwankungen abzufedern“, verkennt er, dass die kommenden Kündigungen aus einer solchen Auftragsschwankung erwachsen – nur einer langfristigen. Auch die IG Metall stellt ihr Schwarzbuch unter das Motto „Leiharbeit fair gestalten“. Die Forderung nach Leiharbeit in einem „angemessenen Rahmen“ lässt vergessen, dass das System Leiharbeit immer weniger Lohn, flexiblere Arbeitszeiten und schnellere Kündigungen bedeutet.

Und vergessen wir nicht: Die DGB-Gewerkschaften haben uns diese Situation in Sachen Leiharbeit erst eingebrockt. Mögen sie auch über die Dumping-Tarifverträge der christlichen Gewerkschaften schimpfen, ihre eigenen sind kaum besser. In Leiharbeitsfirmen haben DGB-Gewerkschaften keine Basis, dennoch war es die IG Metall, die für die LeiharbeiterInnen Tarifverhandlungen führte. Die Branche braucht diese Tarifverträge, um den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ unterwandern zu können. Mit Hilfe von Hartz IV, das von ALG II-EmpfängerInnen noch erwartet, Arbeiten für einen Lohn bis zu 30 Prozent unter Tarif oder lokaler Üblichkeit annehmen zu müssen, werden Niedrigstlöhne erst möglich. Und wer sich weigert, wird von der Leiharbeitsfirma direkt bei der Arbeitsagentur angeschwärzt.

Leiharbeit in der Krise? Von wegen. LeiharbeiterInnen sind per se in einer Krise. Die Etablierung der Leiharbeit war, wie die Hartz-Gesetze, von Anfang an Krisenprävention. Ausbaden dürfen es mal wieder die, die sowieso nichts haben, so war es von Anfang an geplant.

Es geht aber auch anders: In Namibia hat der Oberste Gerichtshof Anfang Dezember 2008 das Verbot der Leiharbeit bestätigt. „Nach meiner Auffassung bedeutet das (Leiharbeitswesen) das Überlassen oder Ausleihen von Personen, als seien sie Leibeigene“, argumentierte der urteilende Richter.

Torsten Bewernitz

Kettenhunde des Jobcenters

FAU-Mitglied beim Berliner ABM-Träger ZIM gekündigt. FAU Berlin kämpft für Kündigungsrücknahme und gegen Sanktionen durch das Reinickendorfer Jobcenter.

„Dann wollen wir Ihnen diese Zustände auch nicht länger zumuten...“, waren die Worte, mit denen das Berliner FAU-Mitglied Oliver W. zum 22. Nov. von der ZIM gGmbH in Berlin-Reinickendorf vor die Tür komplimentiert wurde. Der gelernte Mediengestalter war im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) zum Bau von Nisthilfen für Insekten beschäftigt. Hintergrund der Kündigung war, dass er sich bereits während seiner Probezeit über sicherheitsgefährdendes und für die professionelle Holzverarbeitung ungeeignetes Werkzeug beschwert hatte. Überdies hätte er den betrieblichen Frieden zusätzlich gestört, indem er einen Kollegen wegen rassistischer Äußerungen zurechtwies.

Das macht sich aber schlecht in einem Kündigungsschreiben, dachte sich wohl auch die ZIM: Gegenüber der Presse und der FAU berief sie sich lediglich auf ihr Recht, in der Probezeit ohne Angabe von Gründen kündigen zu können. Gegenüber dem Jobcenter fügte sie hingegen Jähzorn und (bei anderen Kollegen nicht geahndetes) geringfügiges Zuspätkommen als Gründe an. Als Konsequenz muss Oliver W. wegen einer angeblich selbst verschuldeten Kündigung nun eine 30-prozentige Kürzung seiner ALG-II-Bezüge hinnehmen.

Die FAU Berlin ließ sich nicht lang bitten und leitete umgehend Protestaktionen für die sofortige Rücknahme der Kündigung ein. Interessanterweise wurden schon nach kurzer Zeit Abmahnungen und eine Kündigung (ebenfalls in der Probezeit) gegen Kollegen und Kolleginnen einer weiteren ZIM-Einrichtung zurückgezogen. Die FAU Berlin sieht hierin die Tatsache gegeben, dass die ZIM gezielt versucht, die Belegschaft zu spalten, indem sie sich einerseits einen weiteren Brandherd vom Halse schafft und andererseits gegen gewerkschaftlich Organisierte die harte Hand zeigt.

Seit der Kündigung herrscht bei der ZIM nun ein für die Jahreszeit ungewohnt heißes Klima. Unterstützt von der Internationalen (IAA) und befreundeten Organisationen, lässt die FAU mit vielfältigen Maßnahmen die ZIM spüren, was einem bei Kündigung eines ihrer Mitglieder blüht und dass der Druck nicht nachlassen wird.

Fortsetzung auf Seite 6

Catwalk

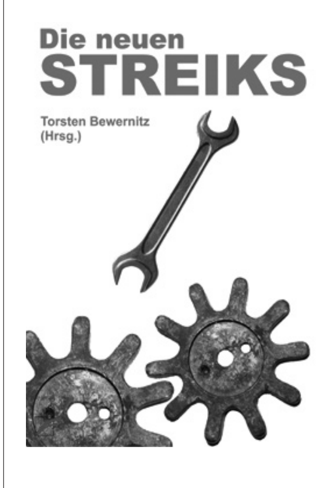


Leg dich nicht mit Oli an!
Ende Nov. wurde der FAU-Gewerkschafter Oli W. aus einer ABM-Stelle entlassen, weil er mangelnden Arbeitsschutz kritisierte und sich gegen rassistische Äußerungen im Betrieb positionierte (siehe Artikel unten). Das Jobcenter kürzte darauf seine ALG-II-Leistungen um 30%. Seit dem kämpft die FAU Berlin für die Kündigungsrücknahme. Was du dazu beitragen kannst, erfährst du auf Seite 6. Achtet außerdem auf weitere Ankündigungen!

Hilfe für Anschlagsopfer
Am 1. Nov. verübten schwedische Nazis einen Brandanschlag auf die Wohnung eines syndikalistischen Paares (siehe Seite 11). Dessen ganze Habe wurde dabei vernichtet. Ihre Gewerkschaft SAC hat deshalb ein Spendenkonto als Überbrückungshilfe eingerichtet:
Empfänger: SAC
IBAN: SE24 9500 0099 6034 0809 9236
BIC/Swift: NDEASESS
Zweck: Decemberinsamlingen

USI vs. IKEA
Seit drei Monaten protestiert die USI Brescia vor dem lokalen IKEA für die Wiedereinstellung einiger prekär beschäftigter Arbeiter, deren Vertrag nicht verlängert wurde.
Unterstützt die GenossInnen und sendet Protestfaxe an: Ikea Brescia (+39-302788207), Ikea Italia (+39-292927330) und Ikea Deutschland (01805353436). Auch über Protestaktionen vor dtsch. Filialen würden sich die GenossInnen freuen.
Für nähere Informationen wendet euch an: is@fau.org.

Kauf dich glücklich!
Nach „Die großen Streiks“ wartet der Unrast-Verlag zum zweiten Mal mit einem Sammelband zum Thema Streik auf. „Die neuen Streiks“ sammelt Beiträge zu aktuellen Streiks (Opel, Gate Gourmet, Deutsche Bahn AG, Bike Systems) und ergänzt diese mit Beiträgen zu Sabotage, Online-Aktivismus, Organizing und Geschlechterverhältnissen im Streik. Das Autorenspektrum reicht von FAU über GDL bis zu DGB-Kreisen.



Torsten Bewernitz (Hg.):
„Die neuen Streiks“
Buch, 190 Seiten, EUR 14,80
Unrast-Verlag, Münster 2008
ISBN 978-3-89771-480-9

FAU-Ticker

+++ Auf dem Regionaltreffen Süd am 29. November ist die Nürnberger FAU-Initiative als eigenständiges Syndikat aufgenommen worden. Die Gruppen in Saarbrücken und Kassel sind weiterhin über Neustadt a.d.W. bzw. Frankfurt a.M. zu erreichen +++ Seit dem 7. Dezember gibt es auch in Mecklenburg-Vorpommern ein FAU-Syndikat. Die FAU Westmecklenburg ist im Raum Wismar/Schwerin aktiv und unter fau-wm@fau.org zu erreichen +++ Das Regionaltreffen Nord hat eine neue Satzung beschlossen. Die ebenfalls neu gewählte Regionalkoordination für den Norden befindet sich in Braunschweig +++ In Bielefeld bzw. Ostwestfalen-Lippe haben sich ein Erwerbslosen- und ein IT-Syndikat sowie ein Syndikat im Bereich Lebensmittel und Agrar (GNLL) gegründet +++ Die FAU Hannover protestierte mit einem offenen Brief an die Niedersächsische Landesmedienanstalt (NLM) gegen die Entscheidung, dem freien Radio Flora die Sendelizenz zu entziehen +++ Das nächste Regionaltreffen West findet am 11. Januar in Münster statt +++ Der Feier!Abend der FAU Münsterland findet nun immer am 1. Samstag im Monat statt +++

Während wir an dieser Ausgabe der DA arbeiten, rennt freudetrunken die rote Fahne schwenkend eine sozialistische Parteijugend durch Münster. Nicht, dass hier gerade eine Räterepublik ausgerufen worden wäre, nein, der plötzliche Enthusiasmus basiert auf dem Wahlsieg Barack Obamas in den USA.
Zum Heulen ist das zwar nicht, die DA-Redaktion begrüßt da aber doch lieber freudestrahlend zwei neue „syndikalistische Schattengewerkschaften" in der FAU (Nürnberg und Westmecklenburg). Der Plan des Zeit-Kolumnisten Dietmar Dath, dass diese über „nur per Kennwort zugängliche Internetportale" demnächst Arbeitskämpfe koordinieren, klingt gar nicht so schlecht.
Und die Koordination von Arbeitskämpfen tut ja auch Not: Werfen wir unsere Augen mal auf das, was sonst so in den Medien berichtet wird: Die Wirtschaftskrise tobt immer noch und wird das in absehbarer Zeit auch noch verschärft weiter tun. Mittlerweile sieht sich die Automobilindustrie bedroht und mit ihr die Leiharbeitsbranche. Die kann zwar, wenn es nach uns geht, bitte möglichst schnell kaputt gehen, aber Hartz IV ist, wie aktuelle Zahlen mal wieder zeigen, immer noch ein faules Ei. Und die jüngst verabschiedete EU-Leiharbeitsrichtlinie verschärft die Ungleichheit zwischen fest Angestellten und LeiharbeiterInnen europaweit zusätzlich. Wer, wenn nicht unabhängige, von unten aufgebaute Arbeiterorganisationen, die am Nabel dieser Geschehnisse sitzen, soll das sonst koordinieren? Barack Obama genauso wenig wie Angela Merkel. Vielleicht die DGB-Gewerkschaften, die mit ihren Dumping-Tarifverträgen im Leiharbeitsbereich erheblich zur Misere beigetragen haben? Oder „neue" Gewerkschaften wie die GNBZ vielleicht? – Ach nee, die wird ja mittlerweile nicht einmal mehr von den deutschen Gerichten als Gewerkschaft akzeptiert.
Da könnten wir alternativ noch auf militanten Straßenkampf setzen, Szenen, wie sie uns die Nachrichten aus Griechenland gerade um die Augen und Ohren hauen. Dass auch die griechische Politik und Wirtschaft viel eher die Generalstreiksaufrufe fürchtet, geht in der ganzen Militanz-Präsentation leider etwas unter. Und wer koordiniert diese Streiks und wo werden sie koordiniert, na? Genau: Basisinitiativen in den Betrieben. Und da sind Internetportale, wie Herr Dath meint, zwar sehr hilfreich, aber um die nächste Aktion nicht zu verpassen, hilft manchmal auch eine Notiz im guten, alten Papierkalender. Da bietet sich natürlich der SyndiKal 2009 an, den ihr draufbekommen könnt, wenn ihr diese Zeitung abonniert. Und nicht zu verachten, sind im SyndiKal auch die vielen praktischen Tipps und Tricks als Ergänzung zur DA.
Übrigens, nicht einmal ein Editorial wird an einem Tag geschrieben: Der obamistische Freudentaumel hat sich hier gerade in einen wütenden Haufen Studierender verwandelt, der mit 1.000 Personen gegen eine Entscheidung für Studiengebühren demonstrieren. Die anwesende Polizei wähnt sich offensichtlich auch in Griechenland und meint wohl, es mit einem Haufen Autonomer zu tun zu haben. Wohl zuviel Bild-Zeitung gelesen... Ähnlich ging es ja auch schon den SchülerInnen bei ihren Protesten im November 2008.
Ihr solltet euch übrigens mit eurem DA-Abonnement langsam beeilen, denn wir haben ja schon Januar, wenn ihr diese Zeilen lest. Und es wäre doch schade, wenn die ersten Wochen in eurem neuen Kalender leer bleiben. Auch da gibt es sicherlich einiges zu koordinieren.
In diesem Sinne wünschen wir euch ein frohes neues Jahr und viel Erfolg bei euren wirtschaftlichen Kampfaktionen!



Münsteraner DA-Redakteure live und a capella

In diesem Sinne
eure rotierende BuG-Redaktion Münster

Syndikate, Ortsgruppen und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Bad Segeberg . . Café Freiheit im Hotel am Kalkberg (AJZ), Lübecker Str. 85, jeden Mittwoch ab 15h Uhr. Kontakt: <fause@fau.org> und (0176) 29475839 (mittwochs nach 15h)
Bielefeld . . . . . FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o Umweltzentrum, August-Bebel Str. 16-18, 33602 Bielefeld. Offenes Treffen jeden 3. Dienstag im Monat ab 19.30h in der Bürgerwache Bielefeld, Rolandstr. 16, Siegfriedplatz. Kino: Jeden 1. Donnerstag im Monat im AJZ-Kino. <bielefeld@fau.org>. AGs und Syndikate siehe http://faubielefeld.blogsport.de/kontakt/
Braunschweig . FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig. Offener Abend jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20:00Uhr. <faubs@fau.org>
Bremen . . . . . . FAU-IAA Bremen, c/o Naturfreundejugendhaus Buchte, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>
Flensburg. . . . . FAU Flensburg, c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg, fau-flensburg@fau-fl.org
Hamburg . . . . . FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
Hannover . . . . . FAU-Lokalföderation Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, <fauh@fau.org>, Tiermedizinisches Syndikat, <tiermedizin@fau.org>, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>
Kiel . . . . FAU Kiel, c/o Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>
Lübeck . . . . . . Kontakt über Hamburg
Wismar . . . . . . FAU Westmecklenburg, c/o Tikozigalpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, fau-wm@fau.org

REGION WEST

Aachen . . . . . . FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net
Bochum. . . . . . Kontakt über FAU Dortmund, <faudo@fau.org>
Bonn . . . . FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt. Treffen jeden Mi. 20.30 Uhr. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de
Dortmund . . . . FAU Dortmund c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 86 30 105 (AB), (0231) 86 30 101(Fax), <faudo@fau.org>
Duisburg . . . . . FAU Duisburg, Querstr.38, 47178 Duisburg. Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Ostenende", Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf . . . . FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Krefeld . . . . . . FAU Krefeld, <faukr@fau.org>, Tel.: (02151) 39 42 70
Moers . . . . FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster. . . . . . FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster. Offene Treffen jeden 2. Mi. im Monat 20.00 Uhr und jeden 4. Mi. im Monat, 19 Uhr. Präsenzzeit jeden Mi. 12-14 Uhr. Tel. (0251) 52 11 12, Kneipenabend jeden 1. Samstag im Monat, 21 Uhr, <faums@fau.org>, www.fau.org/muenster/
Solingen . . . . . FAU Solingen, Postfach 10 08 02, 42608 Solingen, Treffen jeden 2. Dienstag im Monat, <fausg@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

REGION OST

Altenburg . . . . Kontakt über Leipzig
Berlin . . . . FAU Berlin, Straßburger Str. 38, 10405 Berlin (U2 Senefelder Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur im ASy, 3. Do. im Monat 20.00 Uhr, <ksy-b@fau.org>. Sektion Gesundheits- und Sozialberufe: 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr im FAU-Lokal und am 4. Mi. im Monat 20.00 Uhr im Cafe Walden, Choriner Str. 35, <gesundheit.asy-b@fau.org>. Sektion IT: 1. Do. im Monat um 19.00 Uhr, <faub-it@fau.org>
Dresden. . . . . . FAU Dresden, <faudd@fau.org>
Erzgebirgskreis. Kontakt über Leipzig
Görlitz . . . . Kontakt über Leipzig
Gransee. . . . . . Kontakt über Berlin
Halle/Saale . . . Kontakt über Leipzig
Leipzig. . . . . . . VAB FAU Leipzig, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: mittwochs 16.00–17.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650
Magdeburg. . . . FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.
Potsdam . . . . . Kontakt über Berlin
Saale-Orla-Kreis Kontakt über Leipzig
Zwickau. . . . . . Kontakt über Leipzig

REGION SÜD

Aschaffenburg. Kontakt über Frankfurt/M.
Dreieich. . . . . . Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. . . FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, <fauffm@fau.org>
Freiburg. . . . . . FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>,Treffen: jeden ersten So.im Monat ab 18Uhr,KTS,Baslerstr.103,79100 Freiburg; jeden dritten So. im Monat ab 18Uhr,Fabrik,Habsburgerstr.9,79104 Freiburg.
Gießen. . . . . . . Kontakt über Lich
Ilmenau . . . . . Kontakt über Meiningen
Kassel . . . . FAU-Gründungsinitiative, Kontakt über Frankfurt/M.
Lich. . . . . FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich,<fauli@fau.org>
Mainz. . . . . Kontakt über Frankfurt/M.
Marburg. . . . . . Kontakt über Lich
Meiningen . . . . FAU Südthüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>
Memmingen . . . FAU, Postfach 1701, 87687 Memmingen
München . . . . . FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rg), 80339 München, (0163) 6174227, <faum@fau.org>. Offenes Büro: mittwochs 16–18 Uhr. Allgemeines Syndikat: jeden Mittwoch 18h, (0163) 6174227. Gesundheitssyndikat SANITA: <faum14@fau.org>
Neustadt/W. . . FAU Neustadt, Postfach 3570, 67623 Kaiserslautern <faunw@fau.org>
Nürnberg. . . . . FAU Nürnberg, <faum16@fau.org>
Saarbrücken. . . FAU-Gründungsinitiative Saar, Kontakt über Neustadt
Suhl. . . . . Kontakt über Meiningen
Tübingen . . . . . c/o Infoladen „Grenzenlos", Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
Wiesbaden . . . . GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

Bundesweite Branchen-Koordinationen
Bildungswesen: <bsy-public-info@list.fau.org>
AG Jugend: <jugend@fau.org>
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen
Nord: Braunschweig <reko-nord@fau.org> | West: Düsseldorf <reko-west@fau.org> | Ost: Berlin/Zwickau <reko-ost@fau.org> | Süd: Frankfurt/M. <fauffm4@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA
Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Fettstr. 23, 20357 Hamburg, Allemagne, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA
Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Fettstr. 23, 20357 Hamburg, Allemagne, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)
IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Belgrad (Serbien), <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz
Bern . . . . FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch
Zürich . . . . FAUCH, Postfach 580, CH-8037 Zürich, www.fauch.ch

Österreich
Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:

Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, allgemeines@syndikat-wien.org
Allgemeines Syndikat Oberösterreich, c/o Infoladen Wels, Spitalhof 3, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 6932864, syndikat_ooe@linuxmail.org
ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, aswi@lnxnt.org
Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Fleischwerdung einer Ideologie

Kieler Anarchosyndikalisten undercover auf der Jobmesse

„Entschuldigung, haben Sie einen Augenblick Zeit für uns?" Freundlich geht der junge Herr im legeren Anzug auf die Menschen zu, die er sich aus der Menge herauspickt. „Sehr gerne", „Na klar" – natürlich schlägt niemand diese Bitte aus, denn eines gehört an diesem Ort zu den informellen Spielregeln: Die Männer und Frauen in den Anzügen samt angehefteter Firmenlogos geben Ton und Richtung an, hier auf der Kieler Station der *Jobmesse Deutschland Tour*. Alle übrigen Menschen durchlaufen diesen Ort lediglich als Zielobjekte der unterschiedlichen Personalstrategien, und als solche setzen sie auch dieses Mal eine interessierte Miene auf und nicken freundlich, wenn der vermeintliche Firmenvertreter, mit zwei in Arbeitskleidung gehüllten und unterwürfig dreinblickenden Menschen im Gefolge, zu ihnen spricht.

Dass es sich um eine Protestaktion lokaler Anarchosyndikalisten handelt, wird den Angesprochenen erst zum Ende der Unterhaltung offenbart. Konzept der Aktion ist es, den Schein zu durchbrechen, dass die Menschen, die die Jobmesse besuchen, sich frei den angenehmsten Beruf auswählende Kundinnen und Kunden seien. Die unerkannten Aktivisten machen vielmehr diejenigen, die hier zwischen den Ständen umher trotten, selbst als die Ware aus, die die Betreiber der Messe den eigentlichen Kunden anbieten – und zwar den teilnehmenden Firmen, sowie der Bundeswehr und der Polizei. Dass diese Sichtweise nicht unbegründet ist, wird schon dadurch deutlich, dass es sich bei der Mehrzahl der Firmen um Zeit- und Leiharbeitsfirmen handelt, also um solche, die auf dem freien Markt nur eins verkaufen: die Arbeitskraft ihrer Angestellten.

Den arbeitspolitischen Diskurs über Leiharbeit auf den Punkt bringen

Als eine solche treten auch der junge Herr im Anzug und die als seine Angestellten ausgegebenen, ihm auf Fuß und Tritt folgenden Männer auf. Auf den Buttons an den Kleidern der Drei rangt der Firmenname *CSG*. „Das bedeutet Clean Solutions Germany – schon etwas von uns gehört?" Der sich als Sohn des Firmengründers und daher baldiger Inhaber des Unternehmens vorstellende junge Herr im Anzug kommt schnell zu seinem eigentlichen Anliegen. Der Inhalt dessen, was er sagen wird, sind die Eckpunkte der Ideologie, die Zeit- und Leiharbeit, Niedriglohn, Zwangsmaßnahmen im Auftrag der Arbeitsämter, sowie die Streichung von Sozialleistung legitimiert. „Wir setzten mit unserem Konzept bei Ihnen selbst an." Denn *CSG* zeichne sich, so der „Unternehmersohn", dadurch aus, dass ein positives Verhältnis zu Arbeit, Unternehmen, ja auch der Nation hergestellt werde. Er deutet auf einen der Mitgebrachten im Arbeitsanzug. „Auch Du kamst damals noch mit den absurdesten Lohnvorstellungen zu uns". Gehorsam antwortet dieser: „Ja, damals dachte ich noch an einen Stundenlohn von 9,80 Euro. Doch dank *CSG* habe ich eingesehen, dass 4,20 Euro für einen wie mich – einen allein erziehenden Vater – vollkommen angemessen sind. Und mittlerweile, nach 2 Jahren, verdiene ich sogar schon 5 Euro die Stunde." Erreicht worden sei dies, fügt der „Vorgesetzte" hinzu, durch den Workshop, den *CSG* allen Angestellten anbiete. Dieser sei sehr facettenreich – neben praktischem Training, wie etwa Putzkursen, würde vor allem auch die Nationalhymne eingeprobt, und allen Teilnehmenden würde verdeutlicht, warum gerade die deutsche Nation etwas Besonderes sei. Ihr nicht durch Sozialschmarotzertum auf der Tasche zu liegen, sondern sie durch Arbeit zu stützen, sei ein Wert, der an sich schon Bezahlung genug für jede Tätigkeit sei. Und auch der vorgestellte Angestellte bestätigt: „Seit ich für *CSG* arbeite, kann ich meinem Sohn wieder in die Augen schauen."

Nun stellt der künftige Erbe des Unternehmens den immer noch zuhörenden Besuchern und Besucherinnen der Jobmesse den zweiten mitgebrachten Angestellten vor. Perspektivlos sei dieser gewesen, vollkommen auf der schiefen Bahn. „Ich habe die Schule abgebrochen, "werden diese Ausführungen bestätigt, „eine lange Arbeitslosigkeit folgte. Ich war depressiv, nahm Drogen." Doch als er nach intensivem Coaching durch *CSG* bereit war, nicht bloß für unternehmensverträgliche Stundenlöhne und Arbeitsverträge zu arbeiten, sondern flexibel genug wurde, auch über Nacht Aufträge in jeder Region des Landes anzunehmen, da hätte er begriffen, dass auch einer wie er der Gesellschaft einen Dienst leisten könne.

Die totale Verinnerlichung der kapitalistischen Leistungsethik

So ungewohnt diese Äußerungen in dieser Form auf der Jobmesse auch gewesen sein mochten – am Ende sind es die Aktivisten selber, die sich einige Überraschungen eingestehen müssen. Denn statt Empörung und Wut gegenüber solch einem offen dreisten Unternehmenskonzept ernten die Schauspielenden in den meisten Fällen entweder teilnahmsloses Abnicken ihrer Ausführungen- oder sogar Zustimmung. Eine junge Frau bringt die Ideologie, deren Kritik sich die Kieler Anarchosyndikalisten verschrieben haben, sogar noch präziser zum Ausdruck: „Für mich sind Soziales und Patriotismus ohnehin das Selbe."

Marcus Munzlinger



Das CSG-Team im Kundengespräch

Werbeveranstaltungen mit Anwesenheitspflicht

Jobmessen etablieren sich bundesweit

Buchstäblich stempeln gehen mussten mehrere tausend ALG-II-EmpfängerInnen am 28. Oktober 2007 in Münster. Die Einladung zur Jobmesse war kein freundliches Angebot, sondern kam mit Sanktionsandrohung daher. Am Eingang den Schrieb abstempeln lassen, eine Runde durch die Halle voller Stände mit Gratiskugelschreibern, Hochglanzbroschürchen und riesigen Fotos junger, gesunder, glücklich drein blickender Menschen in Firmenuniform - für die meisten war's das auch schon. Aussteller waren fast ausschließlich Leiharbeitsfirmen und Callcenter. Ein junger Mann führte diesen seine Ware in klassischer Sklavenhändlermanier vor, bis der Sicherheitsdienst ihm einen Weg vor die Tür bahnte, wo auch FAU, IG Metall und Chefduzen mit Informationen aufwarten durften.

Die Vorteile solcher wiederkehrender Pflichttermine liegen schon unter Effizienzgesichtspunkten auf der Hand: Die Aussteller bekommen das Arbeitskräfteangebot gleich en bloc vorgeführt. Diejenigen, die wirklich händeringend Arbeit für sechs bis acht Euro suchen, werden sich schon bemerkbar machen. Für Arbeitsagenturen bietet so ein Zählappell eine prima Gelegenheit, Sanktionen gleich reihenweise verhängen zu können. Nicht zuletzt sind Jobmessen Propagandaveranstaltungen: Die Leihschufterei kommt als sich für jeden und jede bietende Chance auf "Wiedereinstieg" in den vorgeführten, gesellschaftlichen Normalzustand "Arbeit" daher. Die Masche, Drecksjobs mittels Werbeveranstaltung anzupreisen, macht mittlerweile Schule. So präsentiert sich auch die Bundeswehr bei Veranstaltungen der ARGEn und sogar auf dem münsterschen Domplatz - mit Kapelle, Kinderbelustigung und Karriereberatung.

Die FAU sollte und wird auf Jobmessen weiterhin Präsenz zeigen. Diese wiederum bietet gute Bedingungen, deutlich wahrnehmbar aufzutreten. Die Aussteller sind darauf bedacht, sich in gutes Licht zu setzen und eine "schöne neue Arbeitswelt" vorzuführen. Ein rabiates Auftreten von Sicherheitsdiensten und Polizei gegen eventuelle kritische BesucherInnen passt hierzu genauso wenig wie der Eindruck, Gewerkschaftspräsenz unterbinden zu wollen - so unerwünscht sie auch sein dürfte.

BuG-Redaktion Münster

TERMINE

Bad Segeberg

Fr. 30. Jan., ca. 19.00 Uhr
Hotel am Kalkberg, Lübecker Str. 85
Revolutionärer Akustikabend
Mit Straßenmusikern und anarchistischen Liedermachern

Bremen

Sa. 10. Jan., 11.00 Uhr
Waller Friedhof, Haupteingang
Gedenken der FAU an die Bremer Räterevolution
Gesang und Vortrag: „Syndikalisten und Kommunisten in der Räterepublik"

Münster

25. Feb., 20.30 Uhr
Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57
Vortrag: "Das 1968 der ArbeiterInnen"
1968 war auch ein Zyklus internationaler Arbeiterkämpfe unter den Vorzeichen der aufkommenden Wirtschaftskrise. Vortrag der FAU Münsterland.

KOLUMNE DURRUTI



Heute back ich, morgen brau ich, und übermorgen ... tja, mal sehen. Ich war mal ein ganz großer Hecht im Spinnereigewerbe, hoch qualifiziert: Stroh zu Gold, das kann nicht jeder. Allerdings hat mich die Königin gehörig übers Ohr gehauen und nun wohne ich bei den sieben Geißlein zur Untermiete, schlimme Blagen übrigens, die Mutter hat's nicht leicht. Einen neuen Job hab ich auch schon, bei Hans im Glück, der macht jetzt in Personaldienstleistungen, der Laden brummt. Ich also dahin, Vorstellungsgespräch.

„Was können sie denn so?" fragt der mich, „Also", sag ich, „ich kann mich mittendurch reißen, hab mal eine Müllerstochter zur Königin gemacht, und Stroh zu Gold spinnen kann ich auch." Da macht der nur große Augen, weil er nicht weiß, wie er das in seinen Fragebogen bringen soll. „Also sagen wir, Sie sind flexibel, und ehrgeizig, nein, besser teamfähig ... is' ja auch ganz egal ... und rudimentäre Kenntnisse in Sachen Gartenbau und Montanindustrie sind auch vorhanden, ist das recht?" Na meinetwegen, denk ich bei mir, wenn's hilft. „Gutgut, Herr Rumpelstilzchen..." „Moment!" sag ich, „das hat Dir der Teufel gesagt!" „Nein, nein, das steht hier auf ihrem Bewerbungsformular." Ach verdammt, denk ich da, ich muss echt vorsichtiger werden mit solchen Sachen. Wie dem auch sei, ich hätte die Stelle, meinte der Kerl, und morgen könnt's schon losgehen.

Zwei Wochen später war's dann soweit, da kam der eiserne Heinrich mit seiner Kutsche vorgefahren, drinnen schon die zwölf faulen Knechte und ab ging's durch den Märchenwald zum Bergwerk der sieben Zwerge, von denen jedoch nur noch drei da waren, die anderen aus Kostengründen entlassen, hieß es. Kaum raus aus der Kutsche, baut sich schon der Oberzwerg vor uns auf mit einem Haufen Spitzhacken in der Hand. „Wer ihr seid, interessiert mich nicht", meint er. Schon mal ´ne feine Sache. „Hauptsache, Ihr packt richtig zu. Arbeitsbeginn: jetzt sofort. Und wer bis heute Abend nicht mindestens drei ordentliche Edelsteine gefunden hat, braucht morgen gar nicht mehr antreten. Finger weg vom Tischleindeckdich, das ist nur für fest angestellte Zwerge, das gilt auch für die Dusche, und jetzt los!"

Wir also rein in den Schacht, jeder ´ne Hacke in der Hand, das war eine Plackerei, kann ich euch sagen, nach der ersten Stunde schon Kreuzschmerzen. Die restlichen Zwerge waren übrigens zwei Tage später verschwunden, entlassen, hieß es. Doch schon eine Woche später saßen sie bei uns in der Kutsche, mit brandneuem Arbeitsvertrag der Hans-im-Glück-Personaldienstleistung GmbH – und ordentlich mürrischen Gesichtern. Nix mehr Tischleindeckdich, Dusche auch gestrichen, und vor allen Dingen: „Wer nicht im Bergbau arbeitet, ist kein Zwerg und kann folglich auch nicht in der Zwergengewerkschaft sein."

„Du arbeitest doch aber im Bergbau, oder nicht?" sag ich zu dem einen Zwerg. „Und du bist klein, hast einen Bart und eine Zipfelmütze, also bist du doch ein Zwerg, oder?" Da schaut er nur griesgrämig und meint: „Ja, sicher, aber nur die Hacke schwingen reicht nicht, man muss schon auch als Bergarbeiter angestellt sein, bei einem Bergbauunternehmen. Und wo sind wir angestellt?" „Hans im Glück", sag ich, und er nur: „Siehste, und ist das eines? Nein! Eben. Nur klein sein und Bart und Zipfelmütze reicht nicht. Der Däumling mit Mütze ist ja auch noch lang kein Zwerg."

Ach, ach, dachte ich da so bei mir, das kann ja hier noch heiter werden. Und wenn ich nicht gestorben bin, dann wickle ich Drähte bei Siemens, tüte bei Bayer Pillchen ein oder bringe für Rotkäppchen Wein und Kuchen zur Großmutter.

Christian Schmidt

Anzeige

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ausgabe (11/08) u.a.:
- Böhm/Busch/Heim/Riexinger/Sauerborn: »Weiter so – Krise als Chance?«
- Geert Naber: »Guter Lohn? Gute Arbeit?«, der Briefmarkt und die Deutsche Post nach der Mindestlohn-Einführung
- Peter Trotzig: »Sag ›Ja‹ zur Opel-Bürgschaft«, über das »aber« und ein System ohne Zukunft

○ Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar

Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.labournet.de/express

RWE-Unfall nach wie vor unaufgeklärt

Am 25. Oktober 2007 kamen drei Montagearbeiter aus der Slowakei und Tschechien beim Neubau eines RWE-Kraftwerks in Grevenbroich um, fünf weitere Arbeiter wurden schwer verletzt. Ein mehrere Tonnen schweres Teilstück eines Großkessels hatte sich gelöst und stürzte zu Boden. Unbestätigten Angaben zu Folge war ein Konstruktionsfehler verantwortlich. Das 2,2 Millionen Euro teure, angeblich größte Braunkohlekraftwerk Europas, sollte ursprünglich 2009 in Betrieb genommen werden. Nicht nur dieser Unfall, sondern auch folgende, verzögern diesen Beginn. Erste Ermittlungsergebnisse sollten der Öffentlichkeit schon im Sommer 2008 zugänglich gemacht werden. Die jetzt vorliegenden Berichte hält die Staatsanwaltschaft jedoch weiter unter Verschluss.

Totschlag-Klage gegen Manager

In einem ähnlichen Fall ist der Geschäftsführer der italienischen Niederlassung von ThyssenKrupp, Harald Espenhahn, nebst fünf weiteren leitenden Angestellten nun wegen Totschlags angeklagt worden. Vor einem Jahr, am 6. Dezember 2007, kamen in Turin sieben Arbeiter zu Tode. Es ist das erste Mal, dass ein Manager aufgrund eines Arbeitsunfalls wegen Totschlag angeklagt wird. Die Staatsanwaltschaft argumentiert, Sicherheitsmängel seien billigend in Kauf genommen worden. Gleichzeitig startet in den italienischen Kinos ein Drama über das Unglück in Turin. 2008 sind in Italien insgesamt 972 Menschen bei Arbeitsunfällen ums Leben gekommen.

Forum der Ausgebeuteten

Interview mit Karsten Weber, dem Gründer der Internetplattform chefduzen.de

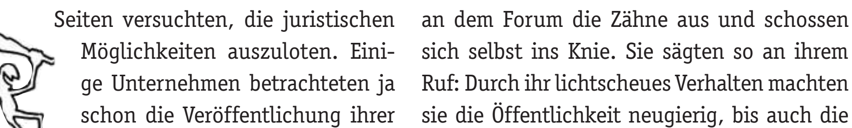
Auf Chefduzen kann man sich anonym über Arbeitsbedingungen und Ämter aussprechen. Nicht selten reagieren die Chefs auf Veröffentlichungen mit Abmahnungen – oder auch mit Zugeständnissen. Das Internet kann so zum wirkungsvollen Instrument im Klassenkampf werden. Die FAU Münsterland fragte dessen Initiator nach Geschichte und Perspektiven des bemerkenswerten Projektes.

• Was ist und macht Chefduzen und wie ist das Projekt entstanden?

Chefduzen ist entstanden aus Frust über die Perspektivlosigkeit der linken Szene. Es ist ein Versuch eine zeitgemäße Form des Klassenkampfes zu entwickeln. Wir haben die soziale Frage in den Mittelpunkt gestellt und im Internet einen Raum für Diskussion und Auseindersetzung geschaffen. Die Betroffenen von Ausbeutung und Verarmung müssen selbst Lösungen der sozialen und politischen Probleme entwickeln. Das können ihnen ein paar politische Vorturner nicht abnehmen. Wir versuchen Dogmatismus und Sektiererei zu vermeiden, dafür zu sorgen, dass eine strömungsübergreifende Diskussion möglich ist, nur bei faschistoider oder neoliberaler Propaganda schreiten wir sofort ein, ansonsten lassen wir mehr zu, als anderswo in der Linken denkbar wäre.

• Was sind die größten Erfolge von Chefduzen? Und gibt es auch Stress mit Behörden oder Arbeitgebern?

Dies beides gehört zusammen: Der Stress mit Behörden und Arbeitgebern bescherte uns auch unsere größten Erfolge. Wir haben weitgehend Neuland betreten und alle Seiten versuchten, die juristischen Möglichkeiten auszuloten. Einige Unternehmen betrachteten ja schon die Veröffentlichung ihrer Arbeitsbedingungen als Affront und es hagelte nach kurzer Zeit Schreiben von Anwälten, Polizei und Gerichten. Wir sind keine geborenen Helden, aber wir wollten auch nicht klein beigeben, so kurze Zeit nach dem Start. Wir hatten schlaflose Nächte und ernsthafte Existenzängste. Dies gipfelte in der Androhung eines Zwangsgeldes in der absurden Höhe von bis zu 250.000 Euro oder sechs Monaten Haft. Wir kamen mit einem Lehrgeld von rund 3.000 Euro davon. Dank einer Welle der Solidarität und Unterstützung durch die Rote Hilfe blieb und auch das letztendlich nicht auf unseren Schultern. Dieser Angriff auf Chefduzen machte zunächst die Runde in der Netzwelt, bis sich schließlich auch die Mainstreammedien der Sache annahmen. Die Bekanntheit und Popularität des Forums der Ausgebeuteten wuchs explosionsartig. Die erste Firma, die uns ans Bein pisste, ist inzwischen pleite. Die Callcenterbetreiber freenet, buw und Tectum – und verschiedene andere – bissen sich an dem Forum die Zähne aus und schossen sich selbst ins Knie. Sie sägten so an ihrem Ruf: Durch ihr lichtscheues Verhalten machten sie die Öffentlichkeit neugierig, bis auch die bürgerliche Presse Interesse zeigte. Allein das Thema "freenet" wurde bei Chefduzen 250.000 mal besucht.



Uns ist es wichtig, dass wir uns nicht allein auf die Ausbeuter konzentrieren. Uns bedeutet es auch viel, dass man sich die Informationsfreiheit in den Medien und speziell im Internet nicht weiter beschneiden lässt. Wir verachten den vorauseilenden Gehorsam, den viele Betreiber von Netzprojekten an den Tag legen. Wir haben im Juristischen viel dazugelernt und wissen, dass es sich bei einem großen Teil der Drohungen um Bluff handelt. Wir haben uns mit ähnlich ausgerichteten Internetportalen und erfahrenen Juristen zusammengetan, um unter dem Dach der Roten Hilfe gegen die Ausbreitung von Zensur und Beschneidung der Meinungsfreiheit politisch und juristisch vorzugehen. Wir verbuchen es als einen Erfolg, dass viele Unternehmen zwar Schiss vor der Öffentlichkeit haben, aber noch größeren Schiss davor, das öffentliche Interesse durch einen Angriff auf uns zu vergrößern. Es war auch die Folge der so entstandenen öffentlichen Diskussion, dass ein Ausbeuter nicht mehr ausreichend Personal rekrutieren konnte und gezwungen war, den Lohn zu erhöhen. Das Forum wurde auch von Aktivisten genutzt, einen Betriebsrat in einem Callcenter zu installieren. Solche Aktivitäten sind in einigen Betrieben so schwer wie unter einem diktatorischem Regime. Die anonymen Diskussionsmöglichkeiten in einem solchen Forum haben sich als hilfreich bewiesen.

• Was macht ihr momentan?

Neben dem Alltag mit dem Forenbetrieb und der Beteiligung an der Diskussion, sind wir bemüht, die Möglichkeiten und Kontakte, die aus der Arbeit an dem Netzprojekt entstanden sind, für praktische Aktivitäten zu nutzen. Das Internet bietet einfach zusätzliche Möglickeiten, doch es ersetzt nicht traditionelle Formen der politischen Auseinandersetzung mittels Flugblättern, Plakaten, Treffen und Versammlungen. Wir versuchen, den Schwerpunkt der Arbeit in die reale Welt zu holen, ohne den virtuellen Treffpunkt aufzugeben. Die Stammtische in mehreren Städten und die Branchenzeitungen für den Leiharbeitssektor und die Callcenter sehen wir als einen Schritt in die richtige Richtung.

• Welche langfristigen Perspektiven und Herausforderungen siehst du für euer Projekt?

Wir wollen gegen die Spaltungen und Atomisierung der Klasse anwirken. Die Erwerbslosen müssen zwar in jeder Beziehung gestärkt werden, doch sie selbst sind kaum organisierbar. Arbeitskämpfe der Zukunft müssen auch die Rechte der Erwerbslosen einfordern. Und wir wollen auch weiter vordringen in den ersten Arbeitsmarkt und die Stammbelegschaften der Großbetriebe in die Diskussion einbeziehen. Es kann nicht sein, dass Chefuzen allein für die Prekarisierten da ist und die Stammbelegschaften der Industrie mit dem DGB herumklüngeln. Wir werden alle Opfer der Krise, die über uns hereinbricht, es bleiben keine sicheren Inseln. Erst wenn wir lernen, solidarisch mit Leuten zu sein, denen es im Moment noch etwas besser geht, haben wir eine entscheidende Spaltung überwunden.

• Wir danken für das Interview!

Come in and burn out

Der Call-Center-Betreiber Tectum ist einer der großen der Branche – und Dauerthema bei Chefduzen.

Seien es hunderte von Beiträgen im "Forum der Ausgebeuteten" oder die klaren Worte Günter Wallraffs im WDR-Interview: "Hier werden nicht nur Kunden, sondern auch Mitarbeiter betrogen" – Tectum ist in den letzten Monaten mehr als einmal negativ in der Öffentlichkeit aufgefallen. Nachdem auch die Beiträge bei Wikipedia der Geschäftsführung zu kritisch wurden, schickte man umgehend die eigenen Zensoren los, um die Diskussion zu stören. Gleichzeitig präsentiert man sich auf der Internetplattform Myspace mit hipper Technomusik und inszeniert sich selbst mit dem Motto: "Schluss mit den Vorurteilen". Zielgruppe sind StudentInnen wie auch andere junge Leute. Coole Events, jede Menge Infos und ein gezielter Tritt gegen alle Schienbeine, die Vorurteile tragen. So präsentiert sich Tectum.

Dass es den Tritt besonders für diejenigen gibt, die den Werbeoffensiven zum Opfer fallen, wird leider erst spürbar, wenn man sich schon mitten in der Tretmühle von Tectum befindet. Mobbing, undurchsichtige Provisionsmodelle und unzählige Prozesse vor dem Arbeitsgericht, die zum größten Teil von Tectum verloren wurden, bezeichnen nur ansatzweise, was sich hinter der Fassade abspielt. So konnte nur durch Druck von ver.di am Standort Gelsenkirchen ein Betriebsrat installiert werden. In Dortmund existiert dieser bereits, gilt aber als durch die Geschäftsführung gesteuert.

Der Jobmotor stottert

Im Jahr 2007 wollte Tectum in Oberhausen einen neuen Callcenter-Standort eröffnen. Dies wurde aber durch Linkspartei und DGB verhindert: Man wolle hier kein neues Tectum-Arbeitslager mit öffentlichen Mitteln fördern.

Fluktuation und Krankenquote der Tectum Group geben der gern gesehenen Bezeichnung "Jobmotor des Ruhrgebiets" eine ganz neue Bedeutung. Nur werden hier anstelle von Kraftstoff Menschen verheizt. Zahlreiche LeiharbeiterInnen werden rekrutiert und ohne hinreichende projektbezogene und ganz ohne datenschutzrechtliche Schulungen an den Computer gesetzt und auf die Kunden losgelassen. Der Betrug mit den Zahlen trifft nicht nur die MitarbeiterInnen, sondern auch die Auftraggeber von Tectum. Gegen Monatsende werden die Datensätze z.T. regelrecht „verballert" statt ordnungsgemäß abtelefoniert, um die vertraglich geregelte Anzahl zu erfüllen. Den jeweiligen MitarbeiterInnen wirft man dann vor, die persönliche Quote sei so schlecht, dass man sich trennen müsse.

Wie man bei Tectum Missstände ändern kann, zeigen verschiedene Aktionen von Organisierten vor Ort. So wurde am Standort Gelsenkirchen zu Beginn des Jahres öffentlich Druck auf die Geschäftsführung aufgebaut. Dies macht wieder deutlich, dass der Inhaber von Tectum, Hubertus Küpper, nur handelt, wenn er befürchtet, sein Image oder das der Firma könne beschädigt werden. Die Fassade des wohlwollenden und sozial engagierten Unternehmers hat er sich kostspielig mit Charityveranstaltungen aufgebaut. Aus welchem Topf werden solche Gelder finanziert?

Provision und Subvention statt ordentlichem Lohn

In Gelsenkirchen gab es bis Anfang 2008 einen sog. Sockelbetrag von ca. 230 Euro, den jedeR Beschäftigte erwirtschaften und an die Firma abtreten musste. Erst nach Erreichen dieser Provisionssumme begann für die ArbeiterInnen das eigentliche Geldverdienen. Zu diesem Zeitpunkt waren ca. 1500 Menschen bei Tectum beschäftigt, was eine Abtretung von 345.000 € pro Monat ergibt. Unklar ist, wofür diese Gelder tatsächlich genutzt werden. Die Geschäftsführung gab an, damit eine Provisionsfortzahlung im Krankheits- und Urlaubsfall zu gewährleisten. Des Weiteren finanziere sie laut eigener Aussage mit dieser Summe den sog. „Anwesenheitseuro". Diesen erhalten Beschäftigte pro Stunde, in der sie anwesend sind, zusätzlich. Also ein „Bonus", den die ArbeiterInnen vorher sauer verdienen müssen. Arbeit bei Tectum bedeutet unter diesen Bedingungen praktisch unbezahlte Überstunden, wenig Freizeit und Armutslöhne. Von der Einhaltung der Bildschirmpausen kann keine Rede sein. Die ArbeiterInnen erhalten keine Einsicht in die Stornoqoute, obwohl bis zu 30% des Lohn für Stornos einbehalten werden. Zudem müssen äußerst kurzfristige Schichtwechsel hingenommen werden. Auch über Mobbing berichten Beschäftigte immer wieder.

(Bearbeitung: BuG-Redaktion Münster)

Der Autor möchte anonym bleiben. Er war Mitarbeiter bei Tectum und ruft zur öffentlichen Unterstützung für die ArbeiterInnen auf:

- Macht der Verschwendung von öffentlichen Geldern ein Ende, schreibt an die ARGEn der Standorte.
- Warnt FreundInnen davor, in dieser Abzockerbude ihre Zeit zu verschenken!
- Schreibt an den Inhaber der Firma: Hubertus.Kuepper@tectumgroup.net

DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische zeitung

ABONNEMENT

c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München
da-abo@fau.org
www.direkteaktion.org

Ich will folgendes Abo haben:

- □ 6 Ausgaben-/1 Jahr (Euro 9,–)
- □ 12 Ausgaben-/-2 Jahre (Euro 18,–)
- □ Förderabo – 12 Ausgaben (Euro 25,-)
- □ 6 Ausgaben Ausland /-1 Jahr (Euro 15,-)
- □ 12 Ausgaben Ausland /2 Jahre (Euro 30,-)

WiederverkäuferInnen:

Schickt mir bitte _____ Ex. zum Wiederverkauf (Mind. 3 Ex.75 Cent pro Heft zzgl. Porto auf Rechnung)

2-Jahres-NeuabonnentInnen (nicht Förder-Abo!) können zwischen folgenden Geschenken wählen (ankreuzen):

□ Comic: Ostberlin

□ Taschenkalender: Syndikal 09

□ DA x6: jüngster Jahrgang #185 bis #190



Meine Anschrift

Vor- und Nachname

Straße/Postfach

PLZ, Ort

Geld:

Mit der ersten Nummer erhaltet ihr eine Rechnung, auf der eure Kundennummer vermerkt ist (bitte als Verwendungszweck angeben). Das Abo gilt ab dem Zeitpunkt, ab dem eure Überweisung auf unserem Konto eintrifft.

Direkte Aktion · Konto 32 33 623
Landesbank Baden-Württemberg Stuttgart,
BLZ 600 501 01
Für SEPA-Überweisungen aus dem Ausland:
IBAN (Kto.): DE93 6005 0101 0003 2336 23
BIC (BLZ): SOLADEST

Einfach mal die Freundschaft gekündigt...

„Dr. Schengber and Friends" wirft unliebsame MitarbeiterInnen raus – mit „Selbständigen" kann man es ja machen.



Dr. Ralf Schengber, Dozent an der Fachhochschule Münster, ist ein findiges Kerlchen. Als Lehrkraft in Sachen Betriebswirtschaft bemüht er sich auf vielerlei Weise, auch selber in der freien Marktwirtschaft erfolgreich zu sein, z.B. als Direktor des „Instituts für Mobile Marketing". Schengbers Hauptprojekt aber ist die Firma *DSaF – Dr. Schengber and Friends*. Schon der Name lässt Schlimmes erahnen: Denn ‚Freunde' stellt man natürlich nicht als Arbeitskräfte an, sondern man behandelt sie als gleichberechtigte ‚Partner', als Selbständige, wie Dr. Schengber selber einer ist. Nebenbei spart er sich so Sozial-, Krankenkassen- und Rentenbeiträge (die sogenannten Lohnnebenkosten). Bezahlten Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Pausen – wie etwa die gesetzlich vorgeschriebene Bildschirmpause – muss Schengber auch nicht gewähren. Eine Mindestarbeitszeit und somit ein planbares Einkommen haben die ‚Friends' auch nicht.

DSaF bietet Dienstleistungen für große Privatsender wie RTL und VOX an: Bundesweit tätige ‚Censoren' lesen SMS von ‚Chattern', die für teures Geld Botschaften an die Videotexte dieser Sender schicken. Moderatoren betreuen diese Seiten. Darüber hinaus betreut DSaF diverse andere Community-Projekte. Das Grundhonorar der ‚Censoren' beträgt 5,50 Euro, dazu gibt es Zuschläge nach Akkord. Das maximale Stundenhonorar (ohne Nacht- und Wochenendzuschlag) liegt bei 6,50 Euro. Aussagen über die Lohn- bzw. Honorarhöhe zu treffen ist allerdings schwer, denn zur Unternehmenspolitik gehört es auch, diese immer wieder individuell unter dem Mantel der Verschwiegenheit auszuhandeln.

Mit der Etablierung eines automatischen Zensors der Firma Digamé wurden vor etwa zwei Jahren zahlreiche ‚Censoren' entlassen. Wobei „entlassen" im juristischen Sinne der falsche Ausdruck ist, handelt es sich doch nicht um ArbeitnehmerInnen. Abfindungen oder ähnliches gab es nicht, die Dummen waren die ‚Censoren'. Bei der Einstellung oder Reduzierung von Projekten haben grundsätzlich die selbständigen MitarbeiterInnen das Nachsehen. Eine Beschäftigungsgarantie gibt es für sie bei DSaF nicht.

Verpflichtend für die ‚Censoren' ist auch der Bereitschaftsdienst, in dem sie sich zur Verfügung halten müssen, falls mehr Arbeit anfällt oder KollegInnen ausfallen. Diesen bekommen sie nicht bezahlt. Die Forderung nach einer durchaus bescheidenen Vergütung dafür wurde brüsk zurückgewiesen – unter anderen mit dem Argument, bezahlte Schichten würden sie sich durch die Übernahme der unbezahlten Bereitschaften erst ‚verdienen'.

Anonym wurde über die Ereignisse im Internet-Forum Chefduzen berichtet. Dadurch aufmerksam gemacht, suchte die FAU Münsterland den Kontakt zu den MitarbeiterInnen und veröffentlichte im Oktober 2008 ein anonymes Interview – ohne Nennung des Firmennamens – in ihrer Lokalzeitung *Interhelpo*. Ein weiteres Detail, dass der anonyme Mitarbeiter hier erwähnte, war die Kündigungsandrohung aufgrund von DGB-Gewerkschaftsmitgliedschaften. Auf Chefduzen wurde dieses Interview in den Diskussionsstrang zu DSaF gestellt. Nur fünf Tage später wurde drei MitarbeiterInnen die „Freundschaft" gekündigt: Sie bekamen von heute auf morgen keine Aufträge mehr erteilt. Vermutlich vermutete DSaF, dass sie die UrheberInnen des Interviews waren, gesagt oder gar bewiesen wurde dies jedoch nicht. Die drei Gekündigten haben sich entschlossen, individuell und auf unterschiedliche Weise gegen bzw. mit dieser Behandlung umzugehen. Auch wenn die FAU Münsterland aktuell kein Mandat von Beschäftigten bei Dr. Schengber and Friends hat, wird sie doch die Firma weiterhin unter verschärfter Beobachtung halten und Missstände bekanntmachen.

Erik Dickmann

GNBZ ist keine Gewerkschaft

Die GNBZ ist keine Gewerkschaft. Das hat das Kölner Arbeitsgericht entschieden. Als die "Gewerkschaft der neuen Brief- und Zustelldienste" Tarifverträge abschloss, sei sie nicht tariffähig gewesen. Das Gericht hielt die für den Status von "Gewerkschaften" notwendige Unabhängigkeit von der Arbeitgeberseite bei der GNBZ für nicht gegeben. Der inzwischen pleite gegangene Postdienstleister PIN AG hat die GNBZ offensichtlich bis Dezember 2007 mit einem sechsstelligen Betrag unterstützt. Die GNBZ, die angeblich 1.000 Beschäftigte bei den privaten Konkurrenten der Post vertritt, schloss mit dem Arbeitgeberverband Neue Brief- und Zustelldienste (AGV-NBZ) einen Niedriglohntarifvertrag über einen Mindeststundenlohn von 7,50 Euro in den alten und 6,50 Euro in den neuen Bundesländern ab. Durch diese Vereinbarung sollte verhindert werden, dass der Mindestlohn-Tarifvertrag zwischen ver.di und den Post-Arbeitgebern (Post), der eine Bezahlung zwischen 8,00 Euro und 9,80 Euro festsetzt, als allgemeingültiger Briefzusteller-Mindestlohn ins Arbeitnehmerentsendegesetz aufgenommen wird. Damit hätte sich die Investition von 134.000 Euro in die GNBZ für die privaten Briefzustellungsfirmen schnell bezahlt gemacht.

Fauler Fisch am Telefon

Scheinselbständigkeit in der CallCenter-Branche



Zeichnung: Findus

Unternehmen wie die oben beschriebene Firma DSaF, aber auch viele CallCenter, setzen auf die vermeintliche oder wirkliche Selbständigkeit derer, die bei ihnen schuften müssen. Viele dieser Unternehmen zahlen einen versteckten Akkord, indem sie z.B. neben einem magersten Grundlohn nur pro Anruf oder pro positivem Geschäftsabschluss zahlen.

Dabei ist der Begriff „Lohn" oft juristisch nicht korrekt. Den bekommt man nämlich dafür, dass man seine Arbeitskraft verkauft. In vielen Klitschen der Kommunikationsbranche bekommt man stattdessen „Honorare", man sei nämlich selbständig und veräußere seine Arbeitskraft gar nicht, sondern setze sie selber nach Belieben ein. Demnach ist man kein/e ArbeiterIn (oder Angestellte/r), sondern, wie es in neoliberaler Diktion so schön heißt: „Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft". Das ist natürlich Unsinn. Denn ganz offensichtlich arbeiten die Leute nicht unternehmerisch oder für sich, sondern für eine Firma.

„Scheinselbständigkeit" im juristischen Sinne ist das trotzdem zumeist nicht. Denn diese „Arbeitskraftunternehmer" könnten ja jederzeit noch eine weitere Arbeit oder Honorarstelle in einem anderen Betrieb annehmen. Ganz findige Firmen haben daher in ihren Honorarverträgen eine Klausel eingebaut, dass beide Vertragsseiten sich der Problematik der Scheinselbständigkeit bewusst seien und bestätigen könnten, dass es sich hier nicht um eine solche handele. Juristisch gelten die meisten Selbständigen tatsächlich als solche, wenn sie ihre Arbeitszeiten und den Arbeitsplatz selbst bestimmen können oder sogar die Möglichkeit haben, ihrerseits weitere Personen zur Ausführung des Auftrags anzuheuern.

Das ist blanker Hohn. In vielen Fällen ist es schon die Höhe der Arbeitszeit, die einen weiteren Honorarvertrag verhindert. Es gibt aber auch die Fälle der „Selbständigen", die drei oder sogar fünf Honorarverträge haben – und somit schon aus organisatorischen Gründen nie Urlaub und kaum Wochenenden. Oder es gibt diejenigen Prekären, die neben ihrer Honorartätigkeit umsonst oder für einen Hungerlohn an der Hochschule lehren oder forschen, in der Hoffnung, dort eines Tages Karriere zu machen.

Effektive Hinterlist

Der Hauptzweck dieser Scheinselbständigkeit – bleiben wir ruhig bei dem Begriff, denn auch wenn er juristisch falsch sein mag, beschreibt er das Arbeitsverhältnis passend – ist die Einsparung der sog. „Lohnnebenkosten", auch so ein Neusprechbegriff, denn es handelt sich keineswegs um Nebenkosten, sondern um einen rechtlich verbrieften Bestandteil des Lohns (und eben nicht des Honorars). Wie dem auch sei: Der Arbeitgeber spart sich durch die Scheinselbständigkeit Steuern und Versicherungsbeiträge. In den meisten Fällen versichern die Scheinselbständigen sich selber und müssen dann eben von ihren mageren Honoraren auch noch die komplette Kranken- und Pflegeversicherung zahlen. Ebenso müssen sie sich selber um die Steuern kümmern – allerdings dürfte der Verdienst in den meisten Fällen so gering sein, dass die sowieso nicht anfallen. Damit spart der Arbeitgeber auch noch in der Personalabteilung, denn den ganzen Papierkram erledigen seine Arbeitskräfte ja selber. Statt einer Personalabteilung gibt es dann eben „Human Ressource Manager" (sic!), die auch nichts anderes machen, als Schichten einzuteilen und Arbeitskräfte zu gängeln. Der findige Unternehmer spart aber noch mehr ein mit seinen Scheinselbständigen: Zeit. Denn bezahlten Urlaub (oder gar Urlaubs- und Weihnachtsgeld) bekommen diese natürlich auch nicht.

Kurz und gut: Der Unternehmer befreit sich von allen Pflichten und die Arbeitskräfte von allen Rechten. Das gilt nicht zuletzt für das Koalitionsrecht, also das im Grundgesetz verbriefte Recht, Gewerkschaften zu gründen. Letzteres wäre gerade in diesen Klitschen von Wichtigkeit. Denn die ganzen „Arbeitskraftunternehmer" haben untereinander kaum mehr miteinander zu tun: Man trifft sich zufällig im Großraumbüro, in dem man seinen Aufträgen nachgeht, und hofft, dass die anderen nicht die Quote (den Akkord) kaputt machen. Die Scheinselbständigen nehmen sich i.d.R. als Konkurrenz wahr.

Ein Quäntchen Trost

Immerhin hat ein (Schein-)Selbständiger formell keinen Chef. Wann, wo und wie die Honorartätigkeit ausgeführt wird, liegt eigentlich in seiner Entscheidungsgewalt. Der Auftraggeber ist nicht weisungsbefugt. Soweit möglich, sollte das unbedingt ausgenutzt werden! Dieser kleine Haken am System der Selbständigkeit ist jedoch nur äußerst begrenzt nutzbar, denn die Tätigkeit hängt meist nicht nur von der „Humanressource", sondern auch von den Produktionsmitteln ab: Telefonen mit Headsets, Computern mit bestimmten Programmen usw., die einen an den Ort CallCenter binden. Ansonsten hieße das: Stellt eure Produktionsmittel selber! Darüber hinaus treibt der versteckte Akkord (die Zahlung pro Anruf bzw. pro Abschluss) dazu, die Arbeit so durchzuführen, wie der Arbeitgeber sich das vorgestellt hat.

Wer also glaubt, man wäre selbständig freier als in der klassischen Situation des Arbeiters, hat sich geschnitten. Ganz im Gegenteil: Die mageren paar Rechte, die den Arbeitenden zugestanden werden, sind den Selbständigen verbaut. Nur wenn sich der Arbeitgeber auch offensichtlich als solcher gebärdet und z.B. Abmahnungen verteilt (wenn er nicht direkt „rauswirft", indem er einfach keine Aufträge mehr vergibt), ist das mindestens ein Fall für den Anwalt. Wer sich hier den Weg zum Anwalt nicht direkt traut, hat einfache, legale und kostenlose Mittel, den Boss unter Druck zu setzen: Die Statusfeststellung bei der Rentenkasse. Da wird so mancher Jungunternehmer bleich.

Und wenn viele Selbständige zu diesem einfachen und oft sogar im Honorarvertrag vorgesehenen Mittel greifen, kann dem Unternehmen auch mal eine Steuerüberprüfung ins Haus stehen. Unter solchem Druck hat z.B. der Online-Jura-Verlag LexisNexis viele seiner Verträge in reguläre Arbeitsverträge umgewandelt. Auch das CallCenter DT&P GmbH in Münster stolperte bei ihrem Insolvenzverfahren darüber, dass Insolvenzverwalter und selbst die Arbeitsagentur die Selbständigkeit der dort Arbeitenden nicht anerkannte. Klar, die ARGE möchte diese Leute demnächst nicht alle mit ALG II versorgen müssen.

Erik Dickmann

Anzeige



AB 11.00 UHR: REFERATE
Internationalismus und Gegenmacht heute

AB 13.30 UHR PARALLELPROGRAMM
Jugendtreffen zur Vorbereitung von Aktionen gegen das NATO-Jubiläum: Kein Frieden mit der NATO

AB 18.00 UHR: PODIUMSDISKUSSION
Europäische Union – Das nette Imperium von nebenan

AB 20.00 UHR:
KONZERT IM HUMBOLDTSAAL DER URANIA

AB 22.00 UHR:
FETE IM LOFT

EINTRITTSPREISE: Gesamtkarte (Vorträge, Diskussion, Konzert, Fete): 21 Euro, ermäßigt 15 Euro; Konferenzkarte (Vorträge, Diskussion): 13 Euro, ermäßigt 9 Euro; Podiumsdiskussion: 5 Euro, ermäßigt 4 Euro; Konzertkarte: 13 Euro, ermäßigt 9 Euro

INFORMATIONEN UND KARTENRESERVIERUNGEN sowie STANDANMELDUNGEN
jW-Aktionsbüro: Telefon (0 30) 53 63 55 10,
www.jungewelt.de • www.rosa-luxemburg-konferenz.de



Anzeige

Europaparlament stoppt 65-Stunden-Woche

...doch die umstrittene Zeitarbeitsrichtlinie kommt.

Am 22. Oktober wurde mit der Zeitarbeitsrichtlinie der erste Teil der neuen EU-Arbeitsregelungen vom Europaparlament beschlossen. Eine Arbeitszeitrichtlinie sollte noch in diesem Jahr folgen, doch daraus wird nichts: Am 17. Dezember lehnte das EU-Parlament einen Kompromissvorschlag der EU-Kommission deutlich ab. Beide Richtlinien seien zum Schutz der ArbeiterInnen und ihrer Gesundheit gemacht, versichert die Kommission. Tatsächlich öffnen jedoch Ausnahmeregelungen Tür und Tor für Schlechterstellungen per Tarifvertrag.

Mit der verabschiedeten Richtlinie erhalten LeiharbeiterInnen vom ersten Tag an grundsätzlich die gleichen Rechte in den Betrieben wie die fest angestellten KollegInnen. Diese Gleichstellung kann jedoch verhindert werden, wenn willige Gewerkschaften mit den Bossen Verschlechterungen durch einen Tarifvertrag vereinbaren. In Deutschland wird es daher keine gravierenden Änderungen geben: Der Grundsatz „equal pay – equal treatment" ist hierzulande durch Tarifverträge bereits weitgehend außer Kraft gesetzt. Das deutsche Modell, Rechte auf dem Papier zu gewähren, um sie dann durch Vereinbarungen mit gefälligen Gewerkschaften wieder außer Kraft setzen zu lassen, soll damit europäischer Standard werden.

Die geplante Arbeitszeitrichtlinie sah zwar grundsätzlich wie die bisherige eine maximale Wochenarbeitszeit von 48 Stunden vor. Zur Umgehung dessen werden jedoch Bereitschaftsdienste in „aktive" und „inaktive" Zeiten aufgeteilt, wodurch regelmäßige Wochenarbeitszeiten von bis zu 65 Stunden möglich werden. Betroffen wären hiervon insbesondere Klinikpersonal, PolizistInnen und ähnliche Berufsgruppen. Ärzteverbände und Gewerkschaften fordern, der gesamte Bereitschaftsdienst müsse als Arbeitszeit angerechnet werden. Außerdem wollten viele Länder eine sogenannte "opt-out-Regelung" einführen, wonach die maximale wöchentliche Arbeitzeit (48 Stunden) nicht gilt, wenn ein Lohnabhängiger einer längeren Arbeitszeit "freiwillig" zustimmt.

Vorerst gilt nun weiterhin die alte Richtlinie, die das Thema Bereitschaftsdienste überhaupt nicht behandelt, aber auch nationale Ausnahmeregelungen, die teilweise deutlich längere Arbeitszeiten als 48 Stunden zulassen.

BuG-Redaktion Münster

Fortsetzung von Seite 1

Ganz im Gegenteil: Die FAU Berlin hat ihre Mittel noch längst nicht ausgeschöpft und ist bereit, noch mehr in die Waagschale zu werfen, auch wenn – oder gerade weil – es sich um eine ABM handelt.

Der BQG-Jobcenter-Komplex

Dem Unterholz von ABM und MAE (Ein-Euro-Jobs) wird leider nur allzu oft von DGB-Gewerkschaften mit einer achselzuckenden Betriebsblindheit begegnet. Gern wird über das Gesamtproblem als solches schwadroniert, die Hände aber möchte sich niemand schmutzig machen. Zudem sind ABM-Stellen mittlerweile und Qualifizierungsgesellschaften (BQG) in den 1990ern bereits als Branche mit Zukunft gewertet wurden, besagt einiges, und es ist davon auszugehen, dass sie im wahrsten Sinne des Wortes krisenfest bleibt.

Angeblich „gemeinnützige" Unternehmer profitieren massiv von den Diktaten, die Erwerbslosen vor allem durch die Hartz-Gesetze auferlegt wurden. Das Jobcenter zwingt sie in solche Betriebe und bezahlt diese auch noch dafür, dass man sie unter die Rute nimmt. Die ZIM hat z.B. nach eigenen Angaben einen Jahresdurchschnitt von 110 ABM-Kräften zu bieten und bezeichnet dies selbst als „Geschäftsfeld" und „Markt", auf dem sie „leistungsstark" agiere. Wie sinnvoll die dort verrichtete Arbeit ist, zeigen die Erfahrungen von Oli W.: Als de des Amtes sind sie aktiv mitverantwortlich dafür, dass Erwerbslose zunehmend mit Leistungssanktionen in ein prekäres Leben getrieben werden. Diesen Zusammenhang gilt es öffentlich zu thematisieren.

Kampf um Zwangsmaßnahme?

Sicherlich mag manch einem die Frage auf der Zunge liegen, ob es angemessen ist, für die Fortsetzung eines Arbeitsverhältnisses zu kämpfen, das auf Zwang und Maßregelung beruht. Dazu sei gesagt, dass wir als SyndikalistInnen Maximalforderungen vertreten und dennoch ganz bewusst rein tagespolitische Kämpfe führen. Dabei geht es um ganz konkrete Verbesserungen im Rahmen des Möglichen,



Mitglieder der FAU Berlin protestieren vor einer ZIM-Einrichtung gegen die Kündigung

fast zu Exoten geworden. Gab es im Jahre 2000 bundesweit (v.a. im Osten) noch ca. 200.000 ABM-Stellen, sind diese allein in den Jahren 2005 und 2006 auf lediglich 50.000 zurückgegangen. Im Vergleich dazu sind die MAE-Stellen im selben Zeitraum von 200.000 auf über 300.000 gestiegen.

Doch auch wenn die ABM-Stellen bald offiziell von der Regierung abgeschafft werden sollen, ist nicht davon auszugehen, dass deren Träger nun die Taler zählen und das Säkel schnüren werden. Das Geschäft mit den Zuzahlungen des Jobcenters wird durch die Einführung neuer Qualifizierungsmaßnahmen interessant bleiben. Dass die Beschäftigungs- ABM-Kraft stellte er relativ sinnlose „Produkte" her und musste mit Werkzeugen hantieren, die allenfalls für das Hobbyhandwerk, nicht aber für eine berufliche Qualifizierung geeignet sind.

Die BQG geben vor, benachteiligte Personengruppen beruflich und sozial „wiedereinzugliedern". Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit, der Dachverband von über 400 BQG, behauptet, ihre Arbeit diene dazu, „dass jeder Mensch zur selbstbestimmten Teilhabe an der Gesellschaft die Chance auf Arbeit und Bildung erhält." In Wirklichkeit sind sie ein Instrument der Gängelung von Erwerbslosen; in ihrer Eigenschaft als Ketten- und Meldehun- durch die selbst eben jener Rahmen wieder erweitert wird, indem wir unsere eigene Stärke zunehmend maximieren.

Zudem ist es durchaus ein reeller Unterschied für den Betroffenen, wenn er aus solch einer Stelle gekündigt und in seinen Einkommensmöglichkeiten weiter beschnitten wird. Besonders gilt dies, wenn dem weitere Sanktionen durch das Jobcenter folgen und seine Existenzsicherung endgültig prekär wird. Allein deswegen ist solch eine Kündigung nicht hinnehmbar. Erst wird der Betroffene in die Maßnahme gepresst, dort gekündigt, weil er sich nicht richtig fügt, und schließlich aufgrund der Denunziation des ABM-Trägers vom Jobcenter bestraft. Der ABM-Träger ist somit definitiver Erfüllungsgehilfe des Amtes. Im konkreten Fall der ZIM darf das nicht ungestraft bleiben, während der Grund für die Leistungskürzung obsolet gemacht werden muss.

Darüber hinaus geht es im Syndikalismus auch immer um mehr als nur den konkreten Erfolg: eine Würde ist zu verlieren und eine Perspektive zu gewinnen. Niemand soll einem organisierten Gewerkschafter einfach so und ohne Konsequenzen kündigen. Der ZIM und anderen ABM-Trägern soll das eine Lehre sein, so dass ihr Regiment in Zukunft die Zügel lokkerer halten muss. Erfolg und Misserfolg sind so immer relativ zu sehen. Und unabhängig davon sollen solche Arbeitskämpfe auch stets Inspiration für andere Entrechtete sein: Sie zeigen, was eine kämpferische Gewerkschaft ausmacht, die sich solidarisch für jedes einzelne Mitglied einsetzt.

Lars Röhm & Holger Marcks

Unterstützt Oli und die FAU Berlin!

Helfen könnt ihr, indem ihr der ZIM und zusammenhängenden Verbänden Protestschreiben schickt.

Die ZIM u.a. ist Mitglied bei der Interessenvertretung Freier Träger, der Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband. All diese Verbände sind mit in der Verantwortung, wenn es um die Missstände bei der ZIM geht. Protestmails und (vorzugsweise) -faxe schickt bitte mit eindeutigem Inhalt an:

ZIM – info@zim-bqg.de
Fax: 030-54684321
Interessenvertretung Freier Träger – kontakt@freie-traeger-mh.de
030-56841189
BAG Arbeit (Gesamtverband)
info@bagarbeit.de – 030-28305820
BAG Arbeit (Berliner Verband)
info@bvaa-online.de – 030-616545340
Paritätischer Wohlfahrtsverband (Gesamtverband)
info@paritaet.org – Fax: 030-24636110
Paritätischer Wohlfahrtsverband (Berliner Verband) info@paritaet-berlin.de
Fax: 030-86001110

Die FAU Berlin plant Aktionen, die der Unterstützung bedürfen. Achtet auf Ankündigungen!

Zahlen, bitte!



Immer mehr Hartz-IV-Aufstocker

Im Juli 2008 waren etwa 1,35 Millionen Menschen auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen. Davon hatten 628.000 einen Voll- oder Teilzeitjob. Insbesondere LeiharbeiterInnen sind aufgrund der niedrigen Stundenlöhne zunehmend betroffen.



Höchstrichterlich: Kein-Euro-Job ist auch okay.

Ein Ein-Euro-Jobber muss Fahrtkosten und Arbeitskleidung in der Regel aus der "Mehraufwandsentschädigung" genannten Entlohnung bezahlen, urteilte das Bundessozialgericht. Im aktuellen Fall blieben dem gescheiterten Kläger abzüglich der Fahrtkosten weniger als 60 Cent pro Stunde (AZ B 14 AS 66/07 R).



Keine pauschale Obergrenze für Klassenfahrten

Das gleiche Gericht gab hingegen einer Klage auf vollständige Bezahlung einer Klassenfahrt nach Florenz statt. Die in Berlin praktizierte Deckelung des Erstattungsbetrages ist gesetzwidrig (AZ B 14 AS 36/07 R).



Einmal Hartz, immer Hartz

Einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zufolge, bezogen 40 Prozent der Hartz-IV-Betroffenen zwischen 18 und 29 Jahren, die im Januar 2005 ALG II erhielten, dieses durchgehend bis Ende 2006. Von den rund 60 Prozent, die zeitweilig ohne auskamen, nahm fast die Hälfte im selben Zeitraum erneut Arbeitslosengeld II in Anspruch.
<http://doku.iab.de/kurzber/2008/kb2208.pdf>

Keine Arbeit ohne Lohn!

Weiterer Vorstoß an der Praktikumsfront

Vor einigen Monaten sorgte eine Praktikantin für Aufsehen, als sie erstmals ein Urteil gegen die Ausbeutung in Praktika erstritt und ihr Arbeitgeber zu einer Nachzahlung von 7.000 Euro verdonnert wurde (siehe DA Nr. 188). Jetzt klagt eine weitere Praktikantin in einem ähnlichen Fall auf „Sittenwidrigkeit". Seit Ende März war diese – bei 400 Euro im Monat und 40 Stunden pro Woche – in einer Berliner Kita als Praktikantin beschäftigt, überwarf sich aber nach knapp drei Monaten mit der Chefin aufgrund der ihr abverlangten Tätigkeiten, woraufhin ihr gekündigt wurde. Zu allem Überfluss zahlte ihr die Kita noch nicht einmal ihre beiden letzten Monatsgehälter aus. Beraten von der FAU Berlin, klagte sie dann offensiv auf den branchenüblichen Lohn für ErzieherInnen, schließlich wurde sie offensichtlich als billiger Ersatz für ausgebildete Erzieher eingesetzt – ihre Arbeitstätigkeit ging in allen Punkten über den Praktikumsrahmen hinaus. Besonders pikant daran ist, dass die Praktikantenausbeutung in Berliner Kitas gang und gäbe ist, obwohl gerade diese (als öffentlich bezuschusste Einrichtungen) zur Einhaltung der arbeitsrechtlichen Standards angehalten sind. Der richterliche Vorschlag aus der Güteverhandlung wurde indes von der Klägerin abgelehnt, so dass im Januar die offizielle Verhandlung ansteht. Mit einem erfolgreichen Ergebnis könnte ein weiterer Präzedenzfall geschaffen werden, der auch andere PraktikantInnen ermutigt, ihre Rechte einzufordern. Die DA wird in der nächsten Ausgabe ausführlich berichten. (HM)

Ministeriale Ausbeutung

Bundesarbeitsminster Olaf Scholz gab sich zuletzt als Freund der PraktikantInnen und machte sich großmäulig für eine Verbesserung ihrer Rechte stark. Jetzt stellte sich heraus, dass durch sein eigenes Ministerium jährlich über hundert PraktikantInnen gehen, die allesamt nicht die geringste Entlohnung erhalten. Sein Ministerium ist dabei kein Sonderfall. Die rund 1.400 PraktikantInnen in den Bundesministerien erhalten i.d.R. nicht mal einen Essenszuschuss – dafür aber immerhin zum Abschluss einen regierungsamtlichen Kugelschreiber. In der Bundestagsverwaltung mit ihren ca. 500 PraktikantInnen sieht die Lage nicht anders aus. (HM)

Gesetz vorerst geplatzt

Die Verhandlungen über eine bessere gesetzliche Regelung von Praktikumsverhältnissen (siehe DA Nr. 187) sind vorerst am Bocken der Union gescheitert. Insbesondere SPD-Linke wollten einen Grundanspruch und eine Maximaldauer festlegen. Auch eine Stärkung der Position von PraktikanntInnen durch die Umkehr der Beweislast (in der Frage, ob ein richtiges Arbeits- oder ein Lernverhältnis vorliegt) war im Gespräch. Alles in allem scheint perspektivisch allenfalls die Festlegung einer Grundvergütung von 300 Euro realistisch. Und die könnte den vorherrschenden Zustand eher sogar sanktionieren; am Grundproblem der Ersetzung regulärer Kräfte durch billige PraktikantInnen ändert sich damit nichts. (HM)

Weitere Informationen, siehe auf www.keine-arbeit-ohne-lohn.de



„Wir sind hier, wir sind laut...!"

Von einem Streik, der Schule machen könnte

Von 400 Demonstrierenden in Cuxhaven bis zu 8.000 in Stuttgart, von der (teilweisen) Schulbesetzung in Oldenburg, der Erstürmung der Humboldt Universität in Berlin[1] bis zur Überwindung der Bannmeile vor dem Landtag in Hannover reichte das Spektrum der Aktionen zum bundesweiten „Schulstreik" am Mittwoch, den 12. November. Nach offiziellen Angaben beteiligten sich über 100.000 junge Menschen an dem eintägigen Ausstand – für Deutschland eine beachtliche Zahl.[2] Ein Erfolg, darüber waren sich die OrganisatorInnen in über 40 Städten einig. Bereits im Mai und im Juni 2008 hatten bundesweit ca. 40.000 SchülerInnen gestreikt.

Forderungen ohne Resonanz

Es gab mehrere zentrale Forderungen, die schon zum ersten Schulstreik formuliert wurden. Sie dürften auch beim sogenannten Bildungsgipfel mit Kanzlerin Angela Merkel am 22. Oktober bekannt gewesen sein:

- kleinere Klassen von maximal 20 SchülerInnen
- die Wiedereinführung der Lehrmittelfreiheit und generell kostenfreie Bildung
- Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems
- Abschaffung des „Turbo-Abiturs" in zwölf Jahren bei gleichem oder größerem Lernpensum
- Abschaffung der Studiengebühren
- Einstellung von mehr LehrerInnen zur besseren Unterrichtsversorgung

Wie erwartet, wurde dies auf dem Bildungsgipfel in demokratischer Manier ohne Dialog mit den betroffenen SchülerInnen debattiert, und es ist nicht wirklich anzunehmen, dass sich nach diesem ersten Aufschrei der „Bildungsabhängigen" die Politik in Bewegung setzt. Die Direktorenvereinigung in Niedersachsen warnte schon dringlichst, „Einheitsschulinitiativen nutzen die Gelegenheit und ködern Gymnasiasten [...], verschleiern aber dabei ihre wahre Absicht, die Gymnasien zu zerschlagen". – Bezeichnend und bizarr.

Bewegung oder nur Wahlpflichtunterricht?

Während in Italien SchülerInnen und Studierende Universitäten und Schulen besetzten, bereitet in unseren Breitengraden schon der Gedanke an einen unentschuldigten Fehltag den einen oder der anderen Kopfschmerzen. Der individualisierte Angstzustand und Konkurrenzdruck lässt sich ohne Gegen-Kontinuität nicht so einfach abschalten. Die Demonstrationen konnten nun vielen ein kurzweiliges Wir-Gefühl vermitteln. Doch für das „Wir" muss es nachhaltig eine Füllung geben: Solidarität und Radikalität in die trotz des Streiks noch relativ unpolitische SchülerInnen- und StudentInnenschaft zu tragen.

Schaut man sich die Ereignisse der Wochen nach dem Streik an, kann man hier und dort lokale Initiativen und Demonstrationen beobachten – etwa das „Bündnis zur Legalisierung des Schulstreiks" in Nürnberg, Studi-Demos in Hamburg und Göttingen, eine kurze Besetzung des "House of Finance" durch ca. 500 Personen aus Uni und Fachhochschule in Frankfurt. Doch wir sehen wieder das gewohnte Bild: Relativ isolierte Kämpfe im Bildungsbereich, die keiner großen Öffentlichkeit zugänglich werden. Trotz der Chance, mit den Aktionen eine Beziehung zwischen diesen Kämpfen herzustellen und dabei die vorangegangene Publicity des Schulstreiks zu nutzen, steht die lokale Beschränkung der Proteste [3] ohne umfassende Vernetzung oder Organisierung zwischen den Orten und Gruppen einer breiteren Bewegung der Bildungsabhängigen (SchülerInnen, Studis, Azubis) im Wege.

Zudem kann es bei Demos nicht bleiben: Merkmal sozialer Bewegungen ist auch, mit dem Alltäglichen zu ringen. Ein Blick in die Schulen zeigt, wie schwer es werden wird, einer von Konkurrenz geprägten und Konsumüberflutung überstimulierten SchülerInnenschaft zu etwas anzuregen, das sich ernsthaft "Bewegung" nennen kann. Optimisten tun dies schon zu Genüge, doch oft ohne dabei die Lage zu begreifen, in der sich SchülerInnen (und StudentInnen) befinden: Ein Zustand permanenter Entmündigung durch institutionalisierte Beschulung, die viele nicht erst seit gestern ankotzt und wenig mit Bildung nach libertärer Vorstellung zu tun hat.

Libertäre Perspektiven: Mittendrin statt nur dabei?

Anarchosyndikalismus ist die Selbstverwaltung in allen Lebensbereichen. Basisdemokratische Arbeit und die Vermittlung von Selbstbestimmung und Selbstverwaltung unter anderem im Bildungsbereich ist das, was Libertären vorschwebt. Die Aufgabe ist, eine kontinuierliche Arbeit aufzubauen, die sich auch auf das „Danach" richtet. Auch wenn direkte Aktionen wie „Schulstreiks" vergleichsweise effektiver zu sein scheinen als bloße Demos – die Machtfrage ist damit noch nicht gestellt. Eine Strategie, die die Perspektive beinhaltet, die Missstände umfassend zu überwinden, ist nur mittels einer Organisierung denkbar. Wer nie das Unmögliche fordert, wird auch das Mögliche nicht erreichen, heißt es. Und eine konsequente libertäre Forderung kann ohnehin



nur lauten: „Bildung statt institutionalisierter Beschulung"!

Doch für junge AnarchosyndikalistInnen gilt es, die Visionen einer herrschaftsfreien und solidarischen Gesellschaft im Hier und Jetzt beginnen zu lassen, in Schülersyndikaten, libertären Jugendgruppen und solidarischen Netzwerken. Die Idee einer anarchosyndikalistischen Organisation wie der FAU ist eine Perspektive, die die libertären Jugendlichen, die sich im vergangenen Jahr in der AG Jugend zusammengeschlossen haben, konsequenter nutzen wollen: „Weil wir für unseren Anspruch auf ein ‚Weiter' genau das brauchen, die anarchistische Utopie und den Fundus syndikalistischer und direkter Mittel."

S. (FAU Hannover)

Anmerkungen

[1] Dabei wurde eine Ausstellung „Verraten und verkauft. Jüdische Unternehmen in Berlin 1933-1945" stark beschädigt, was nicht hinnehmbar ist!

[2] Einen Überblick der Aktivitäten vor Ort gibt es auf der Homepage www.schulaction.org

[3] Ansätze dafür gibt es: Am 13. Dezember fand in Kassel ein SchülerInnenkongress statt. Hauptpunkt war: Wie und womit weiter nach dem Streik? An dem Kongress nahmen auch libertäre AktivistInnen teil.

Aktiv werden: Die AG Jugend der FAU

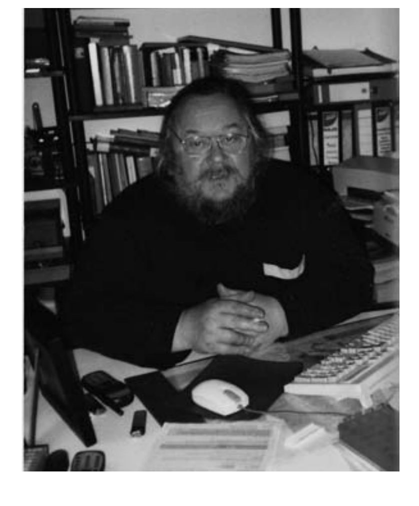
Die AG Jugend ist seit dem vergangenen FAU-Kongress mit der Vernetzung von Jugendlichen, die in der FAU organisiert sind, beschäftigt. Angestrebt ist der Austausch und darauf aufbauend Möglichkeiten libertärer/anarchosyndikalistischer Organisierungsformen für Jugendliche zu schaffen. Die AG befindet sich mit ihrer Diskussion in der Frühphase, die Vernetzung soll weitergehen. Für Interessierte sind wir unter jugend@fau.org zu erreichen.

Katalysator sozialrevolutionärer Prozesse

Nachruf auf einen Freund und Genossen

Am 20. November verstarb im Alter von 60 Jahren unser Freund und Genosse HaJo Gaffron. Bis zuletzt hatte er sich mit unverstellbarer Kraft gegen schwere Erkrankungen gestemmt. Geschont hat er sich nie. Das Kämpfen, die Rebellion war sein Naturell.

HaJo kam aus der 68er Bewegung, die er als Militanter in den Straßen West-Berlins aktiv durchlebte. Nach deren Niedergang schloss er sich – wie seinerzeit viele – kurzzeitig einer der vielen kommunistischen Kleinstparteien an: Er trat der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) bei. HaJo bezeichnete dieses Kapitel als eine Verirrung, wenn auch eine prägende: Er bewahrte sich ein gesundes Misstrauen gegenüber jeglicher Art von Organisation und blieb zeitlebens ein schonungsloser Kritiker jeglichen Dogmatismus, auch des anarchistischen. HaJo war kein Mensch, der geräuschlos durchs Leben ging. Überall hinterließ er Spuren, v.a. in den Köpfen der Menschen, die näher mit ihm zu tun hatten. Dabei war er kein Säulenheiliger, wollte es auch nie sein. Menschliche Bindungen verwechselte er nie mit Abhängigkeiten. HaJo hatte einen radikalen Begriff von Freiheit und Selbstbestimmung – er lebte sie. Nie verlor er seinen Optimismus, versuchte immer wieder aufs neue, an das kollektive Bewusstsein und den Erfahrungsschatz der Menschen anzuknüpfen. Sein Ziel: die Hebung des Selbstwertgefühls



der Menschen und die Befähigung zur Selbsthilfe. Dabei sah er sich lediglich als "Katalysator sozialrevolutionärer Prozesse". HaJos Anarchismus war nicht theoretisch, er war erlebbar. Seine Lebensmaxime lautete: Aus „seiner eigenen individuellen sozialen Situation heraus die sozialrevolutionäre Verbindung im Abwehrkampf und im Kampf für ein Optimum an selbstbestimmtem Leben herzustellen". Positiv war sein Bezug zu seiner Klasse, v.a. aber zu den Menschen, die wie er in Armutslagen lebten: „Meinen Leuten" gehörte seine Liebe, „und das Höchstmaß an Solidarität, zu dem ich fähig bin." Ob in den 1980ern in Berlin-Wedding, in den 1990ern in Bielefeld und in der Altmark, in den letzten acht Jahren wieder in Bielefeld: HaJo mischte sich ein und initiierte zahllose Selbsthilfe-Initiativen im Armutsbereich – auch mit, in und im Umfeld der FAU.

Heiko Grau-Maiwald (FAU Hannover)
und Michael Halfbrodt (FAU Bielefeld)



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

BRD: Betrieblicher Datenschutz nichts als Lippenbekenntnis

Auf einem Treffen Anfang Dezember bemängelten die Mitglieder des Berufsverbandes der Datenschutzbeauftragten Deutschlands (BvD) große Defizite beim betrieblichen Datenschutz für ArbeitnehmerInnen. Die Vereinigung, in der u. a. die Datenschutzbeauftragten etlicher Großunternehmen vertreten sind, wirft dem Gesetzgeber vor, dass trotz der Überwachungsskandale beim Discounter Lidl, bei der Telekom und bei anderen Firmen, „die Bundesregierung den Arbeitnehmerdatenschutz ad acta gelegt" hat. Es habe trotz anderslautender Lippenbekenntnisse aus der Politik nie mehr als Ankündigungen gegeben, einen eigenständigen gesetzlichen Schutz „der Persönlichkeitsrechte im Arbeitsverhältnis" zu realisieren.

USA: Aktive RFID-Überwachung von MigrantInnen

In den USA wird zum ersten Mal auf Bundesebene die aktive RFID-Funktechnik zur Überwachung im zivilen Bereich ausgetestet, und zwar an 20.000 MigrantInnen in 20 Übergangslagern. Dafür erging vom US-Heimatschutzministerium ein Auftrag an Northrop Grumman zur Umsetzung der Überwachungsinfrastruktur in den Übergangslagern und zur Lieferung von Hunderten von RFID- Lesegeräten und 22.000 Armbändern mit aktiven RFID-Funkchips an das Amt für Internierung und Ausweisung der Einwanderungs- und Grenzschutzbehörde. Für die aktiven RFID-Funkchips, die auf größere Distanzen mit einem Netz von RFID-Lesegeräten kommunizieren, wird ein wahrer Boom in den nächsten Jahren vorausgesagt. Neben der weitflächigen Überwachung können mit solchen Systemen Gruppenbildungen erkannt und soziale Beziehungen zwischen Einzelpersonen beobachtet und gespeichert oder mit Videoüberwachungssystemen kombiniert werden.

In den USA haben bereits eine ganze Reihe von Institutionen, die einen „lagerähnlichen" Charakter haben, ihr Interesse an einer Ausweitung des Einsatzes bekundet. Dazu gehören z. B. Gefängnisverwaltungen, Krankenhäuser, Psychatrien, Schulen, Altenheime, Betreiber von Internierungslagern und die Polizei.

EU will den „Euro-Trojaner"

Noch bevor die Pläne der Bundesregierung zur Legalisierung des Einbruchs in und der Ausspähung von Rechnern unter Dach und Fach sind, treibt die Regierung der BRD auf europäischer Ebene die nächste Runde voran. Auf dem Treffen der EU-Justiz- und Innenminister am 27./28. November wurden Strategien für die europaweite Zusammenarbeit in Sachen Cybercrime ausgetauscht und ein gemeinsames Strategiepapier auf den Weg gebracht. Der Text sieht u.a. vor, eine zentrale europäische Polizeibehörde mit Maßnahmen wie „Überwachung von Internetverkehr" und „Ferndurchsuchungen" zu betrauen. Auf die in diesem Rahmen gewonnen Erkenntnisse soll eine nicht näher spezifizierte Zahl von Behörden und Einrichtungen in allen EU-Ländern zugreifen können.

Hinter dem Begriff „Ferndurchsuchung" verbirgt sich das, was in der hiesigen Diskussion als „Online-Durchsuchung" bezeichnet wird. Gemeint ist der Zugriff auf Passwörter und andere Daten, die durch Soft- oder Hardwaremanipulationen am Rechner der Betroffenen gewonnen werden sollen. Dies kann durch Ausnutzung von Sicherheitslücken oder durch staatliche Wohnungseinbrüche zum Zwecke der Rechnermanipulation geschehen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sieht das Strategiepapier der EU vor, dass die beschriebenen Maßnahmen nur in denjenigen Ländern durchgeführt werden, die über entsprechende gesetzliche Regelungen verfügen.

UK: Richter legitimieren Zwang zur Schlüsselherausgabe

Wir haben an dieser Stelle bereits mehrfach darüber berichtet, dass Großbritannien auf dem besten Wege ist, sich in einen – durch Wahlen legitimierten – Polizeistaat zu verwandeln. Zu den zahlreichen Maßnahmen im Zuge der Einschränkung der Bürgerrechte, die dort unter dem Deckmantel der Antiterrorismus-Gesetzgebung in den letzten Jahren durchgepeitscht wurden, zählt u. a. das RIPA- Gesetz. Im Rahmen dieses Gesetzes kann gegen Verdächtige, die einer „Control-Order" unterliegen, angeordnet werden, dass sie Passwörter bzw. private Schlüssel aushändigen müssen. Bei Zuwiderhandlung drohen mehrjährige Haftstrafen. Ein Betroffener hatte vor Gericht Widerspruch gegen die Maßnahme eingelegt, seine Klage wurde abgewiesen. Im Oktober entschied auch das Berufungsgericht gegen den Kläger. Bezeichnend ist dabei die Urteilsbegründung, die wieder einmal zeigt, dass das bürgerliche Recht ein System ist, das sich beliebig dem politischen Willen anpasst – und seien die Begründungen noch so absurd.

Der Betroffene hatte argumentiert, er nehme sein Recht darauf in Anspruch, Informationen und Aussagen zu verweigern, die ihn selbst belasten würden – ein Recht, gegen welches das RIPA-Gesetz eindeutig verstößt. Außerdem berief er sich auf den Artikel 6 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der die Prinzipien der Unschuldsvermutung und Beweislast der Anklage („Bis zum gesetzlichen Nachweis seiner Schuld wird vermutet, dass der wegen einer strafbaren Handlung Angeklagte unschuldig ist") garantiert. In der Begründung zur Klageabweisung erkannte das Gericht zwar an, dass der verschlüsselte Bereich Daten enthalten könne, mit denen sich der Kläger selbst belasten würde. Diese Fragestellung sei aber unerheblich, denn der Schlüssel existiere unabhängig davon, sei juristisch nichts anderes als der Schlüssel zu einer Schublade, damit Bestandteil des Computers und nicht der – möglicherweise belastenden – Dokumente und somit auszuhändigen.

In einem anderen Verfahren bestätigte wenige Tage später ein Richtertrio, dass einem Verdächtigen, der einer „Control Order" unterliegt, de facto keinerlei Angaben zu den Gründen oder Beweisen gemacht werden müssen. Der unterlegene Richter sagte dazu: „Damit bewegen wir uns zurück in Richtung einer ungezügelten Macht der Exekutive über die persönliche Freiheit". Die ungezügelte Macht der Exekutive ist ein Merkmal jedes Polizeistaates.

Die Realisierung der Freiheit steht obenan auf der Tagesordnung

Zu den prägenden Leitbildern in der philosophischen Entwicklungsphase Michail Bakunins.

Michail Bakunin gilt als einer der großen Denker des Anarchismus. Seine philosophische Glaubwürdigkeit geht nicht zuletzt auch auf den „Barrikadenkämpfer" Bakunin zurück. Unermüdlich sah er in jedem noch so kleinen Aufstand den Ausbruch einer großen sozialen Revolte, die mit der Zeit des Despotismus und der Unterjochung der Völker durch den Adel und das Großkapital abrechnen solle. In dem nachfolgenden Artikel wird auf die philosophische Grundlage, die hauptsächlich die Denker Fichte und Hegel bildeten, und letztendlich auch der Ausgang für eine Philosophie der Tat waren, eingegangen. Die sozialen Unzulänglichkeiten des Kapitalismus, die stetige Inszenierung brutaler Kriege sowie auch das Scheitern des autoritären Sozialismus verdeutlichen die Dringlichkeit einer neuen Aufarbeitung der Bakunin'schen Theorie.

Michail Bakunin quittierte mit 19 Jahren seinen Dienst bei der russischen Armee und wechselte an die Universität Moskau. Hier lernte er den Dichter Nikolay Stankjewitsch kennen, von dem er seinen ersten bedeutsamen intellektuellen Einfluss erfuhr.[1] Stanjewitsch war der erste russische Romantiker; sein Verdienst bestand darin, dass er das russische Denken mit der deutschen idealistischen Philosophie vertraut machte.

Fichte

Durch die Beschäftigung mit der deutschen idealistischen Philosophie wurde Bakunin auch mit den Werken Fichtes vertraut. Fichte gilt als einer der wichtigsten Vertreter des deutschen Idealismus. Seine als „Wissenschaftslehre" bezeichnete Philosophie soll als „pragmatische Geschichte des menschlichen Geistes", das „allgemeine und absolute Wissen" in seiner Entstehung aufzeigen, im Mittelpunkt steht dabei der Gedanke von der zentralen Bedeutung des Ichs, das schöpferisch sich selbst und der Vervollkommnung durch Pflichterfüllung fähig ist.[2] Besonders Fichtes „Anweisungen zum seligen Leben", wo eine quasi objektlose Religion gepredigt wurde, nahm Bakunin mit großem Enthusiasmus auf.[3] Indem der Nächste nicht ein einziges Mal überhaupt benannt ist, sind alle Grenzen des spekulierenden Ich verschwunden, kann es als „Gesetz der höheren Sittlichkeit" gelten, „die Menschheit in der Wirklichkeit zu dem zu machen, was sie ihrer Bestimmung nach ist, zum getroffenen Abbilde, Abdrucke und zur Offenbarung des inneren göttlichen Wesens."[4]

Diese Ansicht prägte Bakunin bei der Beschäftigung mit der Philosophie von Fichte.

Um ihn bekannt zu machen, übersetzte er im Jahre 1835 „Die Bestimmung des Gelehrten". Für Bakunin war Gott nun entdeckt und beliebig erfüllbar als der „Sinn des Lebens, der Gegenstand echter Liebe, nicht der, den man durch Erniedrigung des eigenen Ich zu gewinnen habe, nicht der, der außerhalb der Welt richtet, sondern der, der in der Menschheit lebt, der sich in dem erhöhtem Menschen selbst erhöht, der durch Jesus lebendige Worte des Evangeliums sprach, der in den Dichtern redet."[5]

Im Jahre 1838 übersetzte Bakunin Fichtes „Anweisungen zum seligen Leben". Dieses Werk war ein Versuch, ein idealistisches System von Ethik zu schaffen.

Es wurde Bakunins ständiger Begleiter dieser Zeit; Zitate und Umschreibungen aus dem Werk füllten die meisten Briefe Bakunins.[6] In dieser Zeit der größten Nähe zu Fichte identifizierte sich das Sendungsbewusstsein Bakunins mit dem künftigen Gottmenschen als dem Ziel und der Möglichkeit des Menschseins, dem neuen Christus.[7]

Das Pathos Fichtes schwingt im Stile Bakunins noch in den Alterschriften nach, der Einfluss seiner Freiheitsidee hat sich im Werke Bakunins nie mehr ganz verloren.[8]

Hegel

Bakunin erhielt Anfang 1837 von Stankjewitsch den Anstoß, sich mit der Hegelschen Philosophie auseinanderzusetzen.[9] Hegel entwickelte ein philosophisches System, in dem er die tradierte aristotelische Metaphysik, die modernen naturwissenschaftlichen Methoden, das moderne Naturrecht (Locke, Hobbes) und die Theorie der bürgerlichen Gesellschaft (Stewart, A. Smith, Ricardo) zum Ausgleich zu bringen versuchte. Im Mittelpunkt steht das Absolute und zwar als absolute Idee, als Natur und als Geist, dargestellt in „Wissenschaft der Logik" (1812-1816).

Die Aneignung Hegels vollzog sich gleich der Aufnahme einer neuen Offenbarung. Bei Hegel entdeckte Bakunin den Begriff der „Wirklichkeit" und damit die Versöhnung mit dem Konkreten: „ noch habe er in sich Leeres, Scheinhaftes, doch ich ließ mich um meines Glückes willen von Hegel verschlingen."[10] Bakunin versuchte, den Begriff der Wirklichkeit genauer zu interpretieren; er wollte weg von der „Scheinwirklichkeit im Felde des Verstandes", was indessen „nicht durch Raisonnement, nur mit Offenbarung" möglich schien. Dies sollte zur „wahren Wirklichkeit der Vernunft erheben, von der endlichen Form freimachen."[11]

Bakunin veröffentlichte im Jahre 1838 in der Zeitschrift „Moskauer Beobachter" seine Übersetzung von Hegels Gymnasialreden, den ersten authentischen Hegeltext in russischer Sprache. Im Jahre 1839 verdichtete sich Bakunins Hegelbild allmählich. Vor allem vertieften sich die historischen Dimensionen nach der Lektüre historischer und theologischer Bücher aus der Hegelschule.[12]

Die Vertiefung in das Gedankengebäude Hegels erreichte schließlich einen Grad, dass Bakunin sich nach dem Weggang Stankjewitschs ins Ausland als besten Hegelkenner in Moskau und damit im Russland der damaligen Zeit präsentieren konnte.

Bakunin fasste seine philosophische Programmatik in dem Aufsatz „Über die Philosophie" zusammen, in dem er ausführt, dass erst die Logik Hegels die allgemeinen Gesetze aus der Idee heraus kontinuierlich entwickelt habe und ihnen endlich objektiven Wert gegeben habe.

Im Sommer 1840 wechselte Bakunin zur Vertiefung seiner Hegelstudien an die Universität Berlin. Vorerst blieb Bakunin noch im Bereich der konservativen Hegelschule, bevor er im Herbst die Bekanntschaft mit dem revolutionären Linkshegelianer Arnold Ruge machte. Sie eröffnete dem Russen neue philosophische Horizonte, er wurde hineingeworfen in die Krisenproblematik des einst allmächtigen Hegelschen Systems und mit der völlig veränderten Situation und ihren gewandelten Fragestellungen konfrontiert.

Arnold Ruge veröffentlichte im Oktober 1842 in seinen Deutschen Jahrbüchern die erste größere Arbeit Bakunins unter dem Pseudonym Jules Élysard mit dem Titel „Die Reaktion in Deutschland. Fragment von einem Franzosen". Die Schrift fing mit dem Leitmotiv seines Lebens an: „Freiheit, Realisierung der Freiheit – wer kann es leugnen, daß dies Wort obenan steht auf der Tagesordnung der Geschichte." [13]

In der Schrift wandte er sich gegen jeden Versuch, die Gegensätze des Hegelschen Systems zu versöhnen, weil lediglich aus ihrem Zusammenprall die völlige Wahrheit hervorgehen konnte und er sagte den Ausbruch bevorstehender Revolutionen voraus: „Laßt uns also dem ewigen Geiste vertrauen, der nur deshalb zerstört und vernichtet, weil er der unergründliche und ewig schaffende Quell alles Lebens ist. – Die Lust der Zerstörung ist zugleich eine schaffende Lust."[14]

Bakunin analysierte die gesellschaftspolitische Konstellation seiner Zeit mit Hegelschen Begriffsschemata. In der These, dass die moderne Bildung, d.h was Inhalt und Form des Geistes jetzt ausmacht, einen Selbstauflösungsprozess unterliege, formulierte Bakunin das Selbstverständnis der Nachhegelianer klarer und unverzerrter als es bis dahin geschehen war. Das Ziel dieses Prozesses wäre, wie Bakunin meinte, „die Selbstauflösung in eine ursprüngliche und neue praktische Welt – in die wirkliche Gegenwart der Freiheit."[15]

Bakunins Pamphlet „Die Reaktion in Deutschland" wurde zu einer Programmschrift der „Philosophie der Tat", die den Übergang von der Theorie zur Praxis und zur politisch-gesellschaftlichen Tat erzwingen wollte.[16]

Michael Lausberg

Literatur:

- Beer, R. (Hrsg.): *Philosophie der Tat*, Köln 1968
- Carr, E.H: *Michael Bakunin*, London 1975
- Lausberg, M.: *Bakunins Philosophie des kollektiven Anarchismus*, Münster 2008
- Medicus, F. (Hrsg.): J. G. Fichte. Werke, Bd. 5
- Rholfs, E./Nettlau, M.: *Bakunin, Gesammelte Werke*, 2.Bände, Berlin 1921-1924
- Scheibert, P.: *Von Bakunin zu Lenin*, Leiden 1956
- Schneider.L./Bachem, P. (Hrsg.): *Michael Bakunin. Philosophie der Tat*, Köln 1968
- Schulte, G.: *Die Wissenschaftslehre des späten Fichte*, Frankfurt/Main 1971
- Wittkop, J.F.: *Bakunin*, Reinbek bei Hamburg 1994

Anmerkungen

[1] Wittkop, J.F.: Bakunin, Reinbek bei Hamburg 1994, S. 13
[2] Schulte, G.: Die Wissenschaftslehre des späten Fichte, Frankfurt/Main 1971, S. 52
[3] Scheibert, P.: Von Bakunin zu Lenin, Leiden 1956, S. 139
[4] Medicus, F. (Hrsg.): J. G. Fichte. Werke, Bd. 5, S. 79
[5] Rholfs, E./Nettlau, M.: Bakunin, Gesammelte Werke, Bd.1, 2.Bände, Berlin 1921-1924., S. 465
[6] Carr, E.H: Michael Bakunin, London 1975, S. 31
[7] Scheibert P.: Von Bakunin zu Lenin, Leiden 1956, S. 142
[8] Schneider, L./Bachem, P. (Hrsg.): Michael Bakunin. Philosophie der Tat, Köln 1968, S. 14
[9] Scheibert, Von Bakunin zu Lenin, a.a.O., S. 143
[10] Brief an die Schwestern, Anfang Mai 1837, zitiert nach Scheibert, Von Bakunin zu Lenin, a.a.O., S. 144
[11] Brief an die Schwestern, März 1838, zitiert nach Scheibert, Von Bakunin zu Lenin, a.a.O., S. 145
[12] Scheibert, Von Bakunin zu Lenin, a.a.O., S. 147
[13] Beer, R. (Hrsg.): Philosophie der Tat, Köln 1968, S. 19
[14] A.a.O., S. 37
[15] A.a.O., S. 25
[16] Schneider/Bachem, Bakunin, a.a.O., S. 22



Zeichnung: www.comidad.org

Michail Bakunin – Philosoph(ie) der Tat, Revolutionär der Tat

Ein kurzer Umriss des Lebens Bakunins

Michail Bakunin wurde am 30. Mai 1814 als Sohn einer Adelsfamilie im russischen Zarenreich geboren. Nach seinem Bruch mit den russischen Verhältnissen entwickelte er sich zu einem der einflussreichsten Denker des Anarchismus.

Im Jahre 1840 zog es Bakunin nach Berlin. Hier kam er mit einflussreichen Denkern wie Max Stirner, David Friedrich Strauß und vor allem Ludwig Feuerbach in Kontakt. Auch machte er sich erste Gedanken zum freiheitlichen Sozialismus. Den Plan einer akademischen Laufbahn ließ Bakunin schnell fallen und stürzte sich, angesteckt von einer politischen sowie geistigen Unruhe, ins praktische Leben. 1842 veröffentlichte Arnold Ruge in den „Deutschen Jahrbüchern" ein von Bakunin, unter dem Pseudonym Jules Elysard, verfasstes Essay, „Die Reaktion in Deutschland", wo dieser aus seiner Enttäuschung über die Deutschen keinen Hehl machte. Statt eines Volkes, das bereit wäre, sich gegen die Tyrannei aufzulehnen, fand er ein Volk von Untertanen vor, das sich bereitwillig dem Joch der Unterdrückung beugte und in dem der Wille nach Freiheit abgetötet sei. Diese Schrift löste auf der einen Seite Entsetzung in Deutschland aus, auf der anderen Seite fand sie aber auch deutliche Zustimmung. Bakunin plädiert in diesem Essay für eine Verknüpfung von Wirklichkeit, Tätigkeit und Politik, welche für ihn unbestreitbar auf einem menschenwürdigen Leben beruhe. Weil sein Werk einen konkreten Angriff gegen die Obrigkeit darstellte, konnte er sich in Deutschland nicht mehr sicher fühlen. 1842 zog Bakunin in die Schweiz. Dort forderte der russische Botschafter ihn auf, sich wieder in seine Heimat zu begeben. Als er sich weigerte, wurden ihm sämtliche Bürgerrechte sowie der Adelstitel aberkannt. Außerdem wurde er vom Zarenreich zu lebenslanger Zwangsarbeit in Sibirien verbannt. Später siedelte er nach Frankreich über. Als er anlässlich zum Jubiläum des Polenaufstandes im November 1847 eine Rede vor Exilpolen hielt, in der er sie zum Sturz des russischen Zaren ermutigen wollte, verlangte Russland seine sofortige Ausweisung. Er flüchtete nach Brüssel, kehrte aber 1848 anlässlich der Februarrevolution wieder nach Paris zurück. Von dort reiste er nach Prag, um die Revolution auch zu den Russen und den Polen zu bringen. Jedoch fand er kein Gehör. Stattdessen unterstütze er einen Aufstand tschechischer Studenten. Ohne Erfolg. Daraufhin musste er erneut fliehen.

1848 wurde die Revolution in Deutschland vom Militär niedergeknüppelt und Bakunin musste von Berlin nach Dresden fliehen. Dort war er Aktivist der Mai-Revolution von 1849. Als preußische Truppen die Revolution niederschlugen, wurde Bakunin verhaftet und am 14. Januar 1850 zum Tode verurteilt – später aber zu lebenslanger Haft begnadigt. Danach, im Mai, wurde er an Österreich ausgeliefert, wo man den „Hochverräter" in Olmütz an die Wand schmiedete. 1851 wurde er dann an den Zaren ausgeliefert. Dort lieferte er seine Beichte ab, die nach deren Veröffentlichung 1921 viel Staub aufwirbelte. 1857, unter Alexander II., ging Bakunin zur Verbannung nach Sibirien über. Von dort flüchtete er 1861 nach London und letztendlich, 1865, nach Neapel, wo verschiedene Schriften entstanden, die die Basis für Bakunins anarchistische Weltanschauung bildeten. 1868 trat Bakunin, nach seinem Austritt aus der „intenationale(n) Liga für Frieden und Freiheit" der IAA bei. Er zog nach Genf. Im Winter 1870/71 erreichte Bakunin die Nachricht vom Aufstand der Kommune in Paris. Um dem Widerstand nah zu sein, reiste er in den Jura. Doch schon zwei Monate später wurde der *Commune de Paris* durch Versailler Truppen das Ende bereitet.

1874, inzwischen war Bakunin 60 Jahre alt und sah sein Ende schon kommen, erlischt sein Traum, auf den Barrikaden des nie stattgefundenen Bologna-Aufstand, zu sterben. Seine Freunde konnten ihn nur mühsam vom Selbstmord abhalten. Michail Alexandrowitsch Bakunin starb am 1 Juli 1876 in Bern.

Benjamin Simmon

Anzeige



Zukunft Mensch

Damit ein Gefangener sein Leben nach der Haft ohne Straftaten führen kann, braucht er heute Hilfe. Bitte spenden Sie Menschen in Haft die »Direkte Aktion« zum Selbstkostenpreis von 5 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an: Freiabonnements für Gefangene e.V. Kennwort: »DA« Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 205 00 Konto 30 85 400 Telefon 030-6 11 21 89 Telefax 030-61 62 98 99 E-Mail: freiabos@bln.de www.freiabos.de

Freiabonnements für Gefangene

Foto: Martin Langer

„Eure Krise zahlen wir nicht…“

In Italien regt sich sozialer und gewerkschaftlicher Protest – mal wieder.

Die erdrückende Hitze des Monats August hing noch über den Hängen des Appennins und erstickte Metropolen wie Mailand und Rom, da machte es bereits die Runde, dass auch die folgenden Monate keine wirkliche Linderung bringen sollten: der Herbst sollte ein heißer werden.

Der Ferienmonat August war zwar noch von der üblichen Flucht in die Berge oder ans Meer gezeichnet. Dem einen oder der anderen mag es jedoch als Feuerpause gegolten haben im Klima des verschärften Rassismus, eines geschürten Krieges zwischen den Armen und des Sicherheitswahns, der sowohl von der Regierung Prodi als auch der neuen Regierung Berlusconi vorangetrieben wurde. Auch wenn die Ignoranz und Politikverdrossenheit großer Teile der Bevölkerung, das allseits in der Politik gefeierte „Ende der Ideologien“ – was die politischen Lager nunmehr offiziell lediglich in „vulgär“ und „weniger vulgär“ unterteilte – sowie die immer unerträglicher werdende Prekarisierung der italienischen Arbeiterschaft wenig Hoffnung gaben: irgendetwas musste geschehen.

Etwas bewegt sich

Im Laufe des Jahres erreichten uns immer wieder erschreckende Nachrichten aus Italien: Die Pogromstimmung gegen Rumänen und Roma, wiederholte faschistische Gewalttaten, die Wahl des (Post-)Faschisten Gianni Alemanno (Alleanza Nazionale) zum römischen Bürgermeister, mit Sondervollmachten zur Garantierung der öffentlichen Sicherheit, zum Einsatz des Militärs im Innern zu eben diesem Zwecke und nicht zuletzt die rassistisch motivierten Morde in Mailand und Castelvolturno. Im Gegenzug machte die antirassistische Demonstration am 4. Oktober in Rom, flankiert von weiteren Demonstrationen in anderen Städten, einen ersten großen Schritt in Richtung dessen, was der Herbst noch zu bieten haben sollte.

Fast zur gleichen Zeit machte ein weiteres Phänomen von sich reden: die SchülerInnen und Studierenden der sog. „Onda Anomala“, der anomalen Welle, die ihrem Ärger über die geplante Bildungsreform Luft machten. Die „Anomalie“ ist dabei Programm, zeichnete sich doch diese Bewegung, die von Beginn an versuchte, sich in kein politisches Lager rücken zu lassen, durch durchaus radikale Aktionen aus – wie der Besetzung von Hochschulen, Vollversammlungen und relativ weitreichenden Forderungen. Dieser anarchisch-apolitische Charakter der Bewegung führte sicherlich zu Problemen, mehr noch zeigte er allerdings gravierende Probleme innerhalb der italienischen Linken auf.

So ist auch in Italien – ungeachtet starker libertärer Traditionen – „linke“ Politik vornehmlich mit Parteien und ihren außerparlamentarischen Transmissionsriemen verbunden. Die massiven Versuche der politischen Rechten, die Kommunisten für jedwedes Elend Italiens in die Verantwortung zu ziehen, um so v.a. vor der Jugend von den eigenen Verantwortungen abzulenken, sind sicherlich nicht außer Acht zu lassen. Jedoch sind viele Probleme hausgemacht.

So beteiligte sich die „Onda“ zwar am „generalisierten“ Generalstreik der Basisgewerkschaften am 17. Oktober. Zu groß bleibt dennoch das nicht unberechtigte Misstrauen, über die Basisgewerkschaften solle der verlorene Einfluss der sog. radikalen Parteien wiedergewonnen werden.

Im Gegensatz zum üblichen Gegen-Generalstreik der reformistischen Troika, sah sich die ehemals kommunistische CGIL für den 12. Dezember gezwungen, im Alleingang anzutreten, da es CISL und UIL bevorzugten, sich auf die Seite der Regierung zu schlagen. Diese hielten den Streik mit den Worten des Premiers „für das Gegenteil von dem was man [gegen die Krise] tun müsse“. Dafür wurde die CGIL von ungewohnter Seite flankiert, da auch die Basisgewerkschaften CUB, COBAS und SDL, ebenso wie die USI-AIT, jeweils mit eigenen Forderungen, erneut einen 24-stündigen Generalstreik ausriefen und die „Onda“, migrantische Organisationen, Rentner und Erwerbslose zu den Demonstrationen mobilisierten. So gingen am 12. Dezember schließlich ca. 1,5 Mio. Menschen auf die Straße.

Ein Streik und seine Folgen

Bereits im Vorfeld wurden Diskussionen geführt, ob man der CGIL durch eine Beteiligung nicht die Kartoffeln aus dem Feuer hole, indem man den Mitschuldigen an sämtlichen Verschlechterungen für die Arbeiterinnen und Arbeiter Italiens Beteiligungsstatistiken verschafft, die sie allein nie zustandegebracht hätte. Denn die CGIL wurde nicht nur von CISL und UIL im Stich gelassen, sondern auch von den ehemaligen Leuten der Partito Comunista Italiano (PCI), die mit ehemaligen Christdemokraten in Walter Veltronis Demokratischer Partei (PD) aufgegangen sind.

Ausschlaggebender für die relativ hohe Beteiligung scheint vielmehr das symbolträchtige Datum: Der 12. Dezember ist der Jahrestag des 1969 in Mailand an der Piazza Fontana von Faschisten verübten Bombenattentats. Es wurde anschließend der anarchistischen Bewegung angelastet und markiert somit den Beginn der sog. „Strategie der Spannung“ zur Zerschlagung der radikalen Linken von '68/69. Deren erstes Todesopfer sollte das auf bis heute ungeklärte Weise aus dem Fenster des Mailänder Polizeipräsidiums gefallene USI-Mitglied Giuseppe „Pino“ Pinelli sein.

Die 68er-Vergleiche mit der Studentenbewegung und markige Worte zur Strategie der Spannung hatten die Situation schon vorher aufgeheizt. Zudem jährte sich am 6.12. zum ersten Mal der verheerende Brand bei Thyssen-Krupp in Turin, und direkt am Vortag starb ein polnischer Arbeiter in einem berüchtigten Stahlwerk im süditalienischen Taranto, in dem in nur 15 Jahren bereits 44 Arbeiter zu Tode kamen. Eine hohe Streikbeteiligung wundert vor diesem Hintergrund kaum. Mit einer kritischen Bewertung nicht nur der gemeinsamen Initiative mit der CGIL, sondern vor allem der Ritualisierung des Generalstreiks durch die Basisgewerkschaften, dem hierdurch das ökonomische Druckpotential fast vollends verloren geht, stehen die italienischen SyndikalistInnen allerdings so gut wie allein da. Vielleicht kann es hier gelingen, eine Tür zu öffnen, die andere längst zugeschlagen haben.

Lars Röhm

Anzeige



„Die Idee, selbst zu entscheiden, bringt die Leute zu uns“

Interview mit einem italienischen Syndikalisten aus Brescia

Neben der Confederación Nacional del Trabajo (CNT) ist die Unione Sindacale Italiana (USI) eine weitere syndikalistische Organisation in Europa, welche auf eine lange und ereignisreiche Geschichte, bittere Niederlagen und glorreiche Siege zurückblicken kann. Nachdem wir in der letzten Ausgabe, die aktuelle Lage der CNT am Beispiel ihrer Lokalföderation in Sevilla beleuchteten, wenden wir uns in dieser Ausgabe der USI zu. Gesprächspartner war Cesare Copeta aus Brescia. Er ist Mitglied der Kommission für internationale Kontakte der USI und gehört der Sektion Post in seiner Heimatstadt an.



Mitglieder der USI am 12.12.08 in Genua. Foto: usi-ait.org

• Die USI ist eine der großen, historischen Sektionen der IAA. Wie sieht die Situation für die USI aktuell aus? Wo seid ihr verankert?

Cesare: Heute sind wir ca. 1.000 zahlende Mitglieder und 500 SympathisantInnen. Die meisten unserer Sektionen befinden sich im nördlichen Zentrum Italiens, was auch die industriellen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Nord- und Süditalien widerspiegelt. Wir haben landesweite Branchengewerkschaften bei der Post, im Gesundheitswesen, in den Schulen, den lokalen Verwaltungsbehörden, der Metallindustrie, im Handel, bei sozialen Diensten und im Handwerk.

• Welche Kämpfe führt Ihr momentan? Was für Leute wenden sich für gewöhnlich an die USI und aus welchen Gründen kommen sie zu euch?

Cesare: Das letzte Jahr ist für die USI sehr intensiv gewesen. Wir haben zwei landesweite Generalstreiks zeitgleich mit einigen Basisgewerkschaften, allerdings mit eigenen Forderungen, ausgerufen. Es gab den Kampf für die Verteidigung des selbstverwalteten Projektes Libera in Modena, der mit der gewaltsamen Räumung endete. Seit drei Monaten protestieren wir vor dem IKEA in Brescia um die Wiedereinstellung einiger ArbeiterInnen zu erreichen, deren Verträge nicht verlängert wurden (siehe Soli-Aufruf auf S. 1). Es gibt Initiativen für Kämpfe bei den ArbeiterInnen der sozialen Dienste, und die Mailänder USI-Sanitá, die dort in den meisten Krankenhäusern vertreten ist, hält, ebenso wie die USI-Sanitá in der Toscana, das Konfliktpotential beständig hoch. Auch die unermüdliche Arbeit unserer Handwerksgewerkschaft soll hier nicht unter den Tisch fallen.

Die Erfahrungen aus unseren Kämpfen haben uns gezeigt, dass sich eigentlich kein spezieller Typ Arbeiter oder Arbeiterin aufgrund irgendwelcher persönlichen Erwägungen an die USI wendet. Normalerweise treten die Leute der USI bei, weil sie sich in dem, was unsere Militanten zu sagen haben, wiederfinden. Einige kommen zu uns, weil wir gegen Kündigungen vorgegangen sind, wie bei der Sanitá in Mailand oder im Handel in Brescia. Andere kommen aufgrund betrieblicher Konflikte, wie bei den sozialen Diensten oder der Post. Kurz gesagt, ist der Grund für das Wachstum der USI in den letzten Jahren unserer Fähigkeit geschuldet, den Arbeiterinnen und Arbeitern dort, wo wir präsent sind, konkrete Lösungen für ihre Probleme zu bieten. Das sind Kämpfe für höhere Gehälter, für bessere Arbeitsbedingungen, gegen betriebliche Umstrukturierungen auf dem Rücken der Arbeiter, Kämpfe gegen prekäre Arbeitsverhältnisse. Der andere Grund, warum Leute zu uns kommen, ist, dass bei uns jede Sektion, jede Betriebsgruppe, jede landesweite Branchengewerkschaft ihre eigene Autonomie genießt. Das Konzept der Autonomie gibt den Arbeiterinnen und Arbeitern die Möglichkeit, selbst darüber zu entscheiden, was auf ihren Arbeitsplätzen passiert und wie Kämpfe angegangen werden. Die Idee, selbst zu entscheiden, wird von all den Arbeiterinnen und Arbeitern, die nach Jahren genug von den staatstragenden Gewerkschaften wie CGIL, CISL und UIL haben und unter den über ihren Kopf hinweg entschiedenen Dingen zu leiden hatten, durchweg positiv gesehen und bringt die Leute zu uns.

• Im Gegensatz zu Deutschland gibt es in Italien sehr viele Basisgewerkschaften. Seht ihr diese Vielfalt als positiv oder negativ für die Arbeit der USI an? Inwiefern unterscheiden sich die Basisgewerkschaften sowohl von den staatstragenden Gewerkschaften als auch von der USI?

Cesare: Die Basisgewerkschaften entstanden gleichzeitig mit der Reaktivierung der USI Ende der 80er Jahre und fanden ihren ersten konkreten Ausdruck im Generalstreik gegen den Irakkrieg 1991. Dies war der erste landesweite Generalstreik, der nicht von der CGIL,CISL oder UIL ausgerufen wurde.

In Italien gibt es momentan sechs oder sieben Basisgewerkschaften, die anfangs aus Gruppen der außerparlamentarischen Linken und Spaltungen der staatstragenden Gewerkschaften hervorgingen und allesamt das Kürzel „cobas“ im Namen führten. Heute nach Jahren der Vereinigungen und Spaltungen haben drei von ihnen einen Pakt zur Zusammenarbeit geschlossen und die anderen gehen weiterhin ihren eigenen Weg. Wenn auch auf unterschiedliche Weise, so haben die unterschiedlichen *cobas* auf ihre Art doch zu einem Aufbruch der Sozialpartnerschaft zwischen CGIL, CISL, UIL, Staat und Arbeitgebern geführt, da sie den ArbeiterInnen mit dem höchsten Klassenbewußtsein Instrumente an die Hand gaben, ihre Kämpfe selbst zu steuern. Im Laufe der Jahre ist das, was als Basiskomitees am Arbeitsplatz begann, allerdings zu einer rigiden und bürokratischen Organisation geworden, deren Funktionäre seit zwanzig Jahren nicht wechseln. Heute besteht der Unterschied zwischen ihnen und den staatstragenden Gewerkschaften im Wesentlichen in etwas radikaleren Forderungen. Der interne Aufbau ist allerdings derselbe. Das heißt natürlich nicht, dass es unter ihren Mitgliedern keine kämpferischen und bewussten Arbeiterinnen und Arbeiter gibt.

• Wie sind die Perspektiven des Anarchosyndikalismus bzw. des revolutionären Syndikalismus in Italien generell?

Cesare: Wie gesagt, wir sind die einzige Gewerkschaft in Italien, die die Organisation wirklich in den Händen der Arbeiterinnen und Arbeiter lässt. Es ist genau diese Organisationsform, die die bewusstesten Arbeiterinnen und Arbeiter zu uns führt. Ebenso wie die *cobas* in Opposition zur Bürokratie der CGIL, CISL, UIL entstanden, können wir heute die einzige Organisation sein, die den antibürokratischen Positionen, die in großen Teilen der italienischen Arbeiterschaft auf Zustimmung stoßen, eine Stimme gibt.

• Vielen Dank für das Interview.

Interview: Lars Röhm, Robert Ortmann; Übersetzung: Lars Röhm; Redaktionelle Bearbeitung: Lars Röhm, Robert Ortmann.

Tödlicher Arbeitsunfall

Am Vortag des landesweiten Generalstreiks vom 12.12. kam im berüchtigten Stahlwerk ILVA im apulischen Taranto ein polnischstämmiger Arbeiter zu Tode, nachdem er 15 Meter in die Tiefe gestürzt war. Dadurch erhöht sich die traurige Statistik der tödlichen Arbeitsunfälle bei der ILVA auf 44 in nur 15 Jahren. Dabei hat es die ILVA nicht nur durch die hohe Zahl an Todesfällen, sondern auch durch verheerende Zerstörungen in der lokalen Umwelt durch Dioxinemissionen zu trauriger Berühmtheit gebracht. Generell bleiben tödliche Arbeitsunfälle in Italien ein herausragendes Problem. Während statistisch gesehen Italien mit durchschnittlich 10,3 Morden pro 1 Mio. Einwohner eines der sichersten Länder Europas ist (der EU Durchschnitt liegt bei 14), bleibt das Land mit 3 tödlichen Arbeitsunfällen pro Tag (ca. 1.200/Jahr) europäisches Schlusslicht. Vor allem die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und das hohe Ausmaß an unqualifizierter Arbeit sind dabei in Betracht zu ziehen. Anstatt sich jedoch dieses „Krieges gegen die Armen“ anzunehmen, versucht die Regierung, entgegen aller statistischen Daten, die Angst vor Krimnalität und somit den „Krieg unter den Armen“ zu schüren.

(LR)

Repression gegen CNT-PTT bricht nicht ab

Erst im Oktober dieses Jahres war Serge Reynaud, Briefträger in Marseille und Mitglied der CNT-Postgewerkschaft wegen seiner gewerkschaftlichen Aktivitäten für zwei Jahre suspendiert worden. Ihm war vorgeworfen worden, eine Rede gegen die Firmenpolitik von La Poste gehalten und sich an einem Streik beteiligt zu haben. Schon vor der Suspendierung hatte es frankreich- und europaweit Solidaritätsaktionen für die CNT-PTT gegeben. Doch die Säuberungsaktionen von La Poste gehen weiter. Brigitte Gueugnon, Gewerkschaftsdelegierte der CNT-PTT in St. Genis-Laval, ist ebenfalls von Disziplinarmaßnahmen bedroht. Die Begründung der Bosse ist auch in ihrem Fall: Beteiligung an einem Streik. Außerdem soll sie sich mit einen Journalisten getroffen haben. Solidarität mit der CNT-PTT ist immer noch gefragt! Da La Poste sich noch in Staatsbesitz befindet, sind Aktionen vor Einrichtungen des französischen Staates oder Tochterunternehmen von La Poste (z.B. DPD) sinnvoll. Weitere Informationen und Vordrucke für Protestschreiben finden sich unter: www.fau.org/soli/cnt-ptt/

(DC)

Auf die Straße statt vor die Glotze

Nach dem Mord an Aléxandros Grigorópoulos formiert sich in Griechenland eine ernstzunehmende Widerstandsbewegung

Brennende Banken und Barrikaden, geplünderte Supermärkte, ausgebrannte Autowracks. Fünf Tage und Nächte in Folge waren Zehntausende auf den Straßen und tausende, vor allem junge Menschen, gingen mit unglaublicher Wut in die Straßenkämpfe mit den Sondereinsatztruppen der Polizei. Auslöser waren die Todesschüsse eines Polizeibeamten auf einen 15-jährigen Schüler im Szenestadtteil Exárchia in Athen, der als Hochburg der anarchistischen Bewegung gilt. Die Nachricht hatte sich wie ein Lauffeuer verbreitet, nur drei Stunden nach der Tat, die allgemein als Mord empfunden wird, waren Straßenschlachten in einem Dutzend griechischer Städte im Gange.

In einem Beileidschreiben an die Familie des Getöteten versprach Ministerpräsident Kóstas Karamanlís „schnelle, rückhaltlose Aufklärung" und die „exemplarische Bestrafung" der Schuldigen. Daran freilich glaubt in Griechenland niemand. Seit dem Ende der Diktatur wurden alle Polizisten, die Demonstranten erschossen oder verprügelt hatten, freigesprochen oder zu lächerlich niedrigen Strafen verurteilt.

Waren es in der ersten Nacht vor allem anarchistische und linksradikale Gruppen, die Banken, Ministerien und Polizeiwachen angriffen, brennende Barrikaden errichteten und die Auseinandersetzung mit den verhassten „Mörderbullen" suchten, änderte sich dies im Laufe der nächsten Tage. Auch in Provinzstädten und auf abgelegenen Inseln wurden nun Polizeiwachen belagert, fanden Straßenkämpfe statt. Vor allem SchülerInnen und StudentInnen, aber auch Auszubildende, junge MigrantInnen, viele nicht organisierte sog. Normalos und diverse linke Gruppen und Parteien beteiligten sich an den Protesten. Schrieb die bürgerliche Presse zuerst von „den schlimmsten Krawallen seit Kaltésas' Erschießung 1985", war später von einem „Aufstand nie erlebten Ausmaßes" und einer „Staatskrise" zu lesen.

Das besetzte GSEE-Gebäude

Der Zündstoff lag schon bereit

Um die Explosivität der derzeitigen Situation zu verstehen, muss man die Erschießung Aléxandros' vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung zumindest der letzten zwei Jahrzehnte betrachten, die ihre Zuspitzung in der aktuellen politischen Lage und der ökonomischen Situation weiter Teile der Bevölkerung erfährt:

2003 hatte die konservative Néa Dimokratía die seit 1981 fast ununterbrochen regierende sozialdemokratische Pasok als Regierung abgelöst. Da diese durch und durch korrupt und von zahlreichen Skandalen geschwächt war, konnte die Néa Dimokratía erfolgreich ihren Wahlkampf gegen „das Establishment aus Pasok und Großindustriellen" inszenieren. Mit dem Slogan „bescheiden und ehrfurchtsvoll" charakterisierte Karamanlís in der Folge seine Regierung. Die Wirklichkeit sah anders aus:

Schon vor den Olympischen Spielen 2004 begann der Angriff auf lang erkämpfte bürgerliche Freiheiten und soziale Standards, begleitet von einer nicht abreißenden Kette von Regierungsskandalen. Zuletzt flog der Grundstücksdeal mehrerer Minister mit dem Abt des Klosters Vatopédi auf, einem der Klöster der christlich-orthodoxen Mönchsrepublik Athos. Marinehandelsminister Giórgos Voulgarákis und Regierungssprecher Theódoros Rousópoulos mussten zurücktreten. Voulgarákis hatte dafür gesorgt, dass seine Frau, sein Schwager und sein Schwiegervater an den illegalen Grundstücksgeschenken staatlicher Filetgrundstücke an das Kloster verdienten. Da ein Großteil der Bevölkerung christlich-orthodox ist, war es für sie noch schockierender, auch Mönche als Immobilienhändler und Betrüger erkennen zu müssen; gerade wenn zuvor reihenweise Minister als raffgierig oder korrupt überführt, Staatsbetriebe trotz schwarzer Zahlen verhökert und die Angestellten danach wegrationalisiert werden.

Zugleich leidet Griechenland an einer Teuerungsrate (4,7%), die in Europa ihresgleichen sucht; die Banken erhalten trotz Rekordgewinnen eine staatliche Stütze von 28 Mrd. Euro und erhöhen die Zinsen für Privat- und Geschäftskunden. Viele Griechen taumeln derzeit am Rande des wirtschaftlichen Ruins. Der Zündstoff liegt also seit langem bereit.

Was käme nach dem Sturz der Regierung?

Während die meisten ratlos vor dem Fernseher sitzen und sich einen Skandal nach dem anderen präsentieren lassen, geht die Jugend zum Angriff über. Obwohl die Straßenkämpfe langsam abflauen, verlagert sich der Protest nun auf ein anderes, für die herrschende politische Klasse Griechenlands nicht weniger gefährliches Terrain. Nach Angaben von Indymedia Athen wurden inzwischen über 600 Schulen und Hochschulfakultäten im ganzen Land besetzt und zu Aktionszentren erklärt, ebenso die Zentrale des Staatsgewerkschaftsverbandes GSEE. Gemeinsame Forderungen sind der „Rücktritt der Mörderregierung" und eine Bildungsreform.

Was nach dem geforderten Rücktritt der Regierung kommen soll ist allerdings unklar, wirkliche Alternativen sind nicht in Sicht. Die Unterschiede zwischen der konservativen Regierung und der in Umfragen führenden sozialdemokratischen Opposition sind marginal. Die stalinistische KKE (momentan bei ca. 8%) ist reaktionär bis ins Mark. Sie bezeichnet die Angriffe der letzten Woche auf Banken und Symbole des Staates als „Werk von bezahlten Provokateuren".

Nur Synaspismós, die mit 5% im Parlament vertretene „Allianz der radikalen Linken", wittert Morgenluft. Der Partei werden hohe Zuwachsraten vorhergesagt, wohl vor allem, weil sie mit Aléxis Tzípras einen jungen, unverbrauchten, rhetorisch gewandten „Bewegungslinken" zum Parteivorsitzenden wählte. Inhaltlich bewegt sich Synaspismós jedoch zwischen Grünen und der Linkspartei, also durchaus innerhalb des kapitalistischen Rahmens.

Dass die staatstragenden Gewerkschaftsdachverbände GSEE und ADEDY alles tun, um den Status Quo zu erhalten, bewies der Alibi-Generalstreik am 10.12. Schon die Drohung, den seit einem Monat angekündigten Streik gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik bis zum Rücktritt der Regierung auszuweiten, hätte Karamanlís den Todesstoß versetzt. Stürzen wird sie aller Voraussicht nach trotzdem in den nächsten Monaten. Dann stehen Neuwahlen an und alles soll „geordnet" im demokratisch-parlamentarischen Rahmen ablaufen.

Ralf Dreis, FAU Rhein-Main

Arbeitskampf statt Austern

Trotz gewerkschaftsfeindlicher Stimmung in den USA organisieren sich in den IWW migrantische ArbeiterInnen eines Edelfischlieferanten

Migration und Arbeit sind in den USA seit Jahrhunderten ein brisantes Thema. In den letzten Jahrzehnten hat sich die Lage aber wesentlich zugespitzt, besonders seit dem "Krieg gegen den Terror" mit seinen rassistischen Begleiterscheinungen. Allerdings ist es den Industrial Workers of the World (IWW) ausgerechnet in dieser migrantenfeindlichen Atmosphäre gelungen, mehrere Arbeiter mit Migrationshintergrund bei dem Edel-Fischlieferanten Wild Edibles zu organisieren. Den Kontakt zu den ArbeiterInnen hatte die Gewerkschaft während einer größeren Organisierungskampagne hergestellt, als sie eine Flyeraktion vor dem Lagerhaus von Wild Edibles durchführte. Ohne zu zögern, schlossen sich vier der etwa 30 Beschäftigten den IWW an.

Die Firma Wild Edibles genoss bei Luxusrestaurants in Manhattan seit Jahren einen unanfechtbaren Ruf als zuverlässiger Lieferant von Qualitätsgütern. Weniger rosig sah der Alltag der LagerarbeiterInnen der Firma aus, die für ihre Knochenarbeit nur um die $8.00 pro Stunde verdienten. Dazu mussten sie unbezahlte Überstunden leisten und all das in einer Stadt, deren Lebenserhaltungskosten zu den höchsten Amerikas zählen.

Strategie für den Erfolg: Angriff an allen Fronten!

Schon eine Woche nach dem Eintritt der ArbeiterInnen hatte der Eigentümer Richard Martin die Forderungen der neuen Betriebsgruppe erhalten und eine erste Kundgebung war durchgeführt worden. Martins Zorn ließ auf sich nicht lange warten. Innerhalb eines Monats hatte er die Hauptorganisatoren ausfindig gemacht und fristlos entlassen. Von da an konnten IWW-SympathisantInnen im Betrieb nicht mehr offen auftreten. Die Gewerkschaft konnte aber auf Erfahrungen der vorigen zwei Jahre zurückgreifen und hatte sich mit den sozialen Organisationen *Make the Road* und *Brandworkers*[1] vernetzt. Mit dieser Unterstützung konnten die IWW eine Kampagne gegen Wild Edibles starten.

Together we struggle...

Man beschloss, vor allem öffentlichen Druck auf die Großkunden der Firma auszuüben, die den Hauptanteil der Gewinne von Wild Edibles einbringen. Die IWW und ihre Verbündeten eskalierten den Konflikt stufenweise. Auf schriftliche Warnungen folgten Briefe an Kunden von Wild Edibles und Flugblattaktionen und schließlich auch die Aufstellung von Posten vor den Restaurants. Eines der Restaurants, Pastis, beugte sich sofort den Forderungen, aber im Januar 2008 folgte ein noch größerer Coup. Die Union Square Hospitality Group, die über zehn Restaurants und Cateringfirmen in New York betreibt, brach auch ihre Beziehung zu Wild Edibles ab. Von da an stellten immer mehr Kunden ihr Geschäft mit dem Fischlieferanten ein.

Neben dem öffentlichen Druck wurde auch eine Sammelklage gegen Wild Edibles-Chef Martin eingereicht. Diese Entscheidung fiel vielen IWW-Mitgliedern nicht leicht, denn in der Gewerkschaft besteht viel Skepsis gegenüber staatlichen Behörden und Instanzen. Wie ein Aktivist in der *Anarcho Syndicalist Review* sagt: „Weder der Staat noch das Gesetz sind jemals Freund der Arbeiter gewesen".[2] Früher hatten die IWW rechtliche Mittel nur eingesetzt, um unmittelbare Siege zu erzielen, z.B. die Freilassung von inhaftierten Mitgliedern.

Währenddessen ging im Betrieb die Organisierung weiter, trotz der Drohungen. Zwar gab Martin Anfang 2008 manchen Forderungen nach und erklärte sogar seine Bereitschaft zu Verhandlungen, das Angebot wurde nach Einstellung des Boykotts allerdings sofort wieder zurückgezogen, woraufhin die IWW den Boykott auch wieder aufnahm.

Alle Jahre wieder dasselbe Programm

Richard Martin blieb während all dessen aber nicht tatenlos. Trotz einstweiliger Verfügungen von Gerichten, die weitere Vergeltungsentlassungen ausdrücklich untersagten, beharrte er auf seiner Politik der verbrannten Erde und feuerte jeden, der ihm zu aufmüpfig erschien. Die Organisation *Brandworkers* deckte auch auf, dass kuriose anti-gewerkschaftliche Proteste von Martin organisiert und finanziert worden waren.

Dennoch hatte sich die Lage für die Firma nach der Kündigung vieler Verträge und wachsenden Verlusten stets verschlechtert. Wild Edibles hatte inzwischen sogar versucht, das Geschäft unter falschem Namen weiter zu betreiben und ließ die Logos auf den LKWs überkleben. „Wir wurden darüber informiert und haben selbst gesehen, wie das Firmenlogo mit Aufklebern und Magneten einfach überklebt wurde", berichtet Stephanie Basile, IWW-Organizerin aus New York. Diese Taktik war allerdings eher ein Ohnmachtsbeweis, denn sie ist in der Branche üblich, und die am Boykott teilnehmenden Kunden wurden schnell informiert.

Die Zukunft der *Union 460*

Laut Basile ist das Ende des Kampfes absehbar. Was dann passieren wird, ist dennoch ungewiss. „Bei früheren Kämpfen in der Logistikbranche erlebten wir, dass viele ehemalige Streikende Arbeit in anderen Geschäftszweigen suchen und inaktiv werden, nachdem sie ihr Abkommen kriegen", beklagt Basile. Mit der Organisierungskampagne der letzten Jahre habe die IWW zwar viel erreicht, dennoch bleibe die *Union 460* der LogistikarbeiterInnen eine übersichtliche Organisation. Viele Hoffnungen hängen vom Schicksal der Wild Edibles-ArbeiterInnen ab, weil ein Sieg hier die erste permanente Präsenz der IWW in der Branche in New York ermöglichen könnte. „Fassen wir einmal Fuß auf festem Boden, sind die Aussichten für Arbeiter in anderen Betrieben in New York gleich rosiger."

Liam (FAU Bremen)

Anmerkungen

[1] Dabei handelt es sich um Organisationen zur Unterstützung von Arbeitskämpfen und migrantischer ArbeiterInnen.

[2] *Anarcho-Syndicalist Review*, März 2008; auf www.iww.org

Anzeige
analyse & kritik
nachrichten aus dem prekären leben
Zeitung für linke Debatte und Praxis testen
3 Ausgaben für 5 Euro.
Infos und Bestellungen: www.akweb.de

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

China: Riots wegen Abfindungen

Mehr als 500 ArbeiterInnen einer Spielwarenfabrik beteiligten sich Ende November an Auseinandersetzungen in einer Fabrik in Dongguan im chinesischen Perlfluss-Delta. Anlass waren lächerliche Abfindungen für 598 entlassene Beschäftigte. Nach Angaben lokaler Behörden hatte eine Gruppe der Entlassenen mehr als 2.000 Leute dazu bewegt, die Fabrik zu stürmen, und von diesen hätten sich 500 an Auseinandersetzungen mit der herbeigerufenen Polizei beteiligt. Beim Sturm auf die Werkstore seien ein Polizeiwagen umgekippt und mehrere Motorräder der Polizei beschädigt worden. Die wütenden ArbeiterInnen zogen dann durch die Fabrik, die der in Hongkong ansässigen Kader Holdings Company Ltd. gehört, und zerstörten Computer, Drucker und anderes Equipment in der Verwaltung.
Dongguan, einer der größten Industriestandorte im Perlfluss-Delta, leidet, wie die gesamte übrige Region, massiv unter den Auswirkungen der globalen Krise. Viele der 7.000 Firmen, die in China in den letzten Wochen dichtgemacht haben oder ihre Standorte verlagert haben, befinden sich in dieser Stadt. Nach offiziellen Schätzungen wurden in ganz China dieses Jahr 67.000 Firmen geschlossen. 2,8 Mio. ArbeiterInnen könnten alleine im Perfluss-Delta in nächster Zeit ihren Job verlieren.
Die Welle von Entlassungen und Lohnkürzungen wird von einer steigenden Zahl von Arbeiter-Protesten begleitet. Im Oktober besetzten z.B. mehr als 7.000 Beschäftigte von Smart Union in Dongguan (Kunden sind u.a. Mattel, Disney und Hasbro) die Fabrik und die umliegenden Straßen und forderten ausstehende Löhne. Die Regierung war in diesem Fall gezwungen, einzuschreiten und den ArbeiterInnen die Auszahlung der Löhne zu garantieren. In anderen Fällen besteht die Antwort aus Tränengas und jahrelangen Haftstrafen für Arbeiter-Aktivisten.

Angola: Streik für eine Lohnerhöhung von mehr als 300 Prozent

Mitte November traten mehr als 2.000 Hafenarbeiter im angolanischen Lobito in den Streik. Sie forderten eine Lohnerhöhung von 190 auf 630 Euro pro Monat. Lobito ist der zweitgrößte Hafen in Angola. Das rohstoffreiche Land besitzt eine der Ökonomien mit den höchsten Wachstumsraten weltweit, die ArbeiterInnen profitieren davon allerdings kaum. Die Streikenden erklärten, ihren Ausstand so lange fortzusetzen, bis der Transportminister der „marxistischen" Regierungspartei direkt mit ihnen verhandele. Während der stellvertretende Hafendirektor behauptete, er „wisse nichts von einem Streik", sank die Abfertigungsleistung des Hafens nach Aussage von Wirtschaftsdiensten bereits in den ersten Streiktagen auf rund zwei Drittel.

Italien: Wilde Streiks bei Alitalia

Im November brachten Beschäftigte der italienischen Fluggesellschaft Alitalia die Firma an den Rand des Zusammenbruchs. In einer ganzen Welle von wilden Streiks, die über einen Zeitraum von mehr als zwei Wochen immer wieder aufflackerten, wurden teilweise mehr als die Hälfte der täglichen Flüge gestrichen, andere Maschinen hoben halb leer ab. An den Streiks beteiligten sich alle drei Gruppen von Luftfahrt-Beschäftigten: Das Boden- und Abfertigungspersonal, die FlugbegleiterInnen und die PilotInnen. Kabinenpersonal, das sich nicht direkt am Streik beteiligte, legte den Flugbetrieb zusätzlich durch „Dienst nach Vorschrift" lahm.
Hintergrund der wilden Streiks sind die Versuche der italienischen Regierung, die marode Fluglinie durch Zerteilung und Verkauf loszuwerden, was für einen Großteil der Beschäftigten kurz- oder mittelfristig den Verlust des Arbeitsplatzes bedeuten würde. Entsprechende Deals hat die Regierung bereits mit den großen Gewerkschaften ausgehandelt. Diese Gewerkschaften versuchen deshalb auch, die wilden Streiks zu unterbinden, was ihnen bis Redaktionsschluss allerdings zu keinem Zeitpunkt gelungen ist.

Griechenland: Polizei greift TextilarbeiterInnen an

Im Oktober demonstrierten TextilarbeiterInnen aus dem Norden Griechenlands vor dem Wirtschaftsministerium in Athen. Dabei wurden sie von der Polizei angegriffen, es gab viele Verletzte. Bei den ArbeiterInnen handelte es sich um einen Teil der 1.200 Beschäftigten aus vier Textilfabriken von Lanaras Industries. Der Konzern hatte kurz zuvor die sofortige Schließung der Werks angekündigt. Die protestierenden ArbeiterInnen forderten in Athen die sofortige Begleichung der bis zu vier ausstehenden Monatslöhne, die Rücknahme der Kündigungen und die zugesagte Auszahlung von Staatshilfen zur Weiterführung der Produktion. Als die ArbeiterInnen sich zwecks Unterredung mit den politisch Verantwortlichen Zugang zum Ministerium verschaffen wollten, griff die Polizei die DemonstrantInnen mit Tränengas und Schlagstöcken an.

Bangladesch: Militarisierte Fabriken

Wir haben immer wieder über die sich ausbreitende Welle von Streiks, Besetzungen und Fabrikzerstörungen in der Textilindustrie Bangladeschs berichtet. Der Textilkapitalisten-Verband BGMEA konnte nun jüngst die Regierung dazu bewegen, erste Fabriken zu militarisieren. In den am meisten von den Aufständen betroffenen Gebieten, hat der Staat damit begonnen, permanent große Kontingente an Polizei und Paramilitärs in den Fabriken zu stationieren. Staat und Bosse verfolgen damit drei Ziele: Die ArbeiterInnen sollen durch die Militarisierung daran gehindert werden, die Fabrik unkontrolliert zu verlassen und sich streikenden KollegInnen anzuschließen, Aufstände im Werk selbst sollen verhindert und die Abpressung von unbezahlten Überstunden erleichtert werden.
Vor dem Hintergrund der globalen Konkurrenz auf dem Textilmarkt verschärft sich die Situation immer mehr. Die Wirtschaft Bangladeschs ist vollständig von der sinkenden Nachfrage nach Fertigtextilien abhängig. Das Kapital in Bangladesch versucht, der Krise zum einen durch Rationalisierung zu begegnen, zum anderen dadurch, dass die Löhne immer weiter gesenkt, die Arbeitszeiten ausgedehnt und ausstehende Löhne nicht bezahlt werden. Der Angriff durch die grassierende Inflation hat mittlerweile dazu geführt, dass viele ArbeiterInnen hungernd und unterernährt versuchen, sich über die meist zehn- bis vierzehnstündigen Schichten zu retten. Nach Berichten von Zeitungen aus Bangladesch drohen in der Folge Hungerhalluzinationen zu einem massiven Problem für die Textilfabrikanten zu werden.

Wildcat 82. Sommer 2008
aus dem Inhalt:
• Was kommt nach der »Bauerninternationale«?
• Aufruhr in Ägypten
• Nach dem Bahnerstreik: »Berliner Modell«
• Hafenarbeiterstreik in Rumänien
• Globale Krise
• Zur Theoriegeschichte des Operaismus
Außerdem:
Beilage über die aktuellen Entwicklungen in der indischen Boomregion Gurgaon.
Abo und Bestellung:
Wildcat
Postfach 80 10 43
15 10 Köln
per E-Mail
versand@wildcat-www.de
oder per Bestellformular auf unserer Webseite
Unser Archiv und aktuelleres Material findet ihr unter
www.wildcat-www.de
Anzeige

54 Tage Streik für ein Minimum an Würde

Die dunklen Mächte der streikenden ZuckerrohrarbeiterInnen in Kolumbien



Landesweiter Streik am 23.10.08. Demonstration in Bogotá. Foto: Alexandra T.

Die Arbeit auf einer kolumbianischen Zuckerrohrfarm ist zerstörerisch. Unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeitet ein Cortero gewöhnlich 26 von 30 Tagen zwischen zehn und elf Stunden täglich im tropischen Klima Südwestkolumbiens. Arbeitskleidung wird nicht gestellt und durch die prekäre Sicherheitssituation kommt es oft zu Verletzungen und Krankheiten, nicht selten bis zur Invalidität.

„Wir haben nichts zu verlieren", sagte der junge Gewerkschaftssprecher Julio Cesar López im Oktober nach bereits einem Monat beschwerlichen Arbeitskampfes, und dies war nicht nur das Motto, sondern die Realität der Corteros, die diesen Herbst trotz massiver Armut und Repression einen 54-tägigen, unbezahlten Streik durchfochten. Dass dieser Streik nicht als Arbeitskampf, sondern als Sicherheitsproblem behandelt wurde, ist typisch für Kolumbien, das zu den gefährlichsten Orten für GewerkschafterInnen weltweit zählt – allein in diesem Jahr wurden bereits 42 von ihnen ermordet. Schnell ließ Staatspräsident Álvaro Uribe Vélez verlauten, die Protestbewegung sei „von dunklen Mächten", also von der FARC-Guerrilla, unterwandert – eine gängige Aussage zur Legitimierung jeglicher Repressionsmaßnahmen gegen soziale, oppositionelle und gewerkschaftliche Bewegungen.

De facto arbeiten die Corteros als Scheinselbständige im Akkord, wobei sie obendrein beim Wiegen der Ernte betrogen werden. Angestellt sind sie nicht direkt bei den Unternehmern, sondern bei sog. Arbeitskooperativen. Nach eigenen Angaben zahlen die Unternehmer ca. 1.500.000 Pesos (ca. 490 Euro) monatlich an die Kooperativen, doch ergaben Untersuchungen in der Region, dass die Corteros durchschnittlich nicht mehr als 580.000 Pesos (ca. 190 Euro) mit ihrer harten Arbeit verdienen. Dieses Beschäftigungsmodell führt seit 1990 zu einer immer stärkeren Prekarisierung der Arbeitsbeziehungen. Sozialleistungen gibt es nicht. Bezahlt wird ausschließlich nach Marktpreis.

Am 14. Juli 2008 legten die derart ausgebeuteten Corteros dem Verband der Zuckerindustrie ASOCAÑA einen Forderungskatalog vor, dessen Hauptforderungen direkte Arbeitsverträge waren und ein Lohn, der das Überleben sichert. In Reaktion auf die rigorose Verweigerung von Verhandlungen seitens der Großgrundbesitzer fassten mehr als 7.000 ZuckerrohrarbeiterInnen einen Monat später in einer Versammlung den Beschluss zu streiken. Von diesem Zeitpunkt an wurden die Plantagen und Fabriken vollständig militarisiert und ArbeiterInnen und deren Angehörige mit Entlassung und Mord bedroht sowie gerichtlich verfolgt. Parallel dazu starteten die Zuckerproduzenten eine Desinformationskampagne, in der von guten Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie großzügigen Arbeitsrechten und Sozialleistungen für die Corteros die Rede war.

Am 15. September legten schließlich 8.500 ZuckerrohrarbeiterInnen der Departements Valle del Cauca, Risaralda und Cauca ihre Arbeit nieder und besetzten acht der 13 Zuckerrohrplantagen, wodurch nahezu die gesamte Zuckerproduktion des Landes lahm gelegt wurde. Verantwortlich waren die Gewerkschaften Sinaltrainal und Sinalcorteros und die „Bewegung 14. Juni" um den Abgeordneten Alexander Lopez vom Polo Democratico Alternativo. Am 23. Oktober gab es außerdem einen eintägigen, landesweiten Streik mit etwa 400.000 TeilnehmerInnen, der sich neben der Ablehnung eines geplanten Freihandelsabkommens mit den USA und der Repression sozialer Bewegungen und Proteste, auch mit den ZuckerrohrarbeiterInnen solidarisierte, sowie mit dem zeitgleich stattgefundenen Marsch von 15.000 Indígenas. Bei diesem Marsch kam es zu Schüssen der Polizei in die Menge, welche erst nach Veröffentlichung von Beweisvideos eingestanden wurden.

Ein Schritt nach vorne

Alberto Bejarano, Mitarbeiter des Senators Lopez und Begleiter des Streiks, sagte im Interview mit der kolumbianischen Zeitung *desde abajo*: „Das Schlimmste ist die irrationale Hochmütigkeit der Zuckerunternehmer, die es bevorzugten, einen fünfwöchigen Arbeitskonflikt zu provozieren, ihre Arbeit zu lähmen, 300 Mrd. Pesos Gewinn zu versäumen, die Region zu destabilisieren, ihre Fabriken zu militarisieren und Anführer mit einem konstruierten, gerichtlichen Manöver zu verhaften, anstatt die Rechtmäßigkeit des Anliegens der Arbeiter anzuerkennen und mit ihnen zu verhandeln."

Nach 54 kräftezehrenden Tagen endete der Streik mit Verträgen in sieben der acht Fabriken, die trotz vieler Probleme im Ergebnis als zufriedenstellend bezeichnet wurden, obwohl der Hauptzweck – die Ersetzung der Arbeiterkooperativen durch Direktanstellung – nicht erreicht wurde. Die Öffentlichkeit über diesen Missstand gilt bereits als großer und wichtiger Erfolg. Mehr als 10.000 KolumbianerInnen werden durch derartige Kooperativen im ganzen Land ausgebeutet. Laut der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien kam es zu folgenden Einigungen: Eine 12-prozentige Lohnerhöhung pro Tonne Zuckerrohr von ca. 1,90 auf 2,10 Euro, der Wiege-Vorgang wird verbessert und überwacht; es gibt eine höhere Bezuschussung zur Ausstattung; die Fabriken übernehmen einen Teil der von den Kooperativen nicht gedeckten Arbeitsausfälle; und im Falle der Invalidität wird eine Versetzung in andere Bereiche garantiert. Weitere Themen sind: Kontrolle der bisher undefinierten Arbeitszeit, Reisespesen, Ausbildungs- und Wohnungsfonds, Kontrolle der mechanisierungsbedingten Entlassungen, einmalige Leihgaben zur Kompensation der Streikbelastungen und das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung. Sinalcorteros erhöhte ihre Mitgliederzahl während des Streiks von 870 auf über 3.000.

Bejarano deutet den Streik als Anfang vom Ende des neoliberalen Arbeitsmodells in Kolumbien: „Die Zuckerrohrarbeiter zeigten nicht nur die grundlegende Ungerechtigkeit dieses Arbeitsmodells, sondern vor allem die Verletzlichkeit des selbigen, wenn die Arbeiter sich entschließen, für ihre Rechte zu kämpfen." Die Antwort von Gewerkschaftsseite auf die behauptete Unterwanderung durch dunkle Mächte ist die selbstironische Bemerkung, die einzige dunkle Macht seien die 70% AfrokolumbianerInnen unter den ArbeiterInnen.

Alexandra T.

Schweden: Brandanschläge auf SAC-Mitglieder und libertäres Zentrum

Am 1. Dezember gossen Faschisten Benzin durch den Briefeinwurfschlitz in die Wohnung zweier SAC-Aktivisten und ihrer zweijährigen Tochter und entzündeten dieses. Zuvor waren sie durch Rufe darauf aufmerksam gemacht worden, dass sich ein kleines Kind in der Wohnung aufhält. Da der Eingang durch die Flammen versperrt war, mussten die SyndikalistInnen ihre Tochter vom Balkon im dritten Stock zu NachbarInnen herunter reichen und dann selbst auf dem gleichen Weg aus der Wohnung flüchten. Bereits sechs Monate vorher waren Fotos von ihnen mit Namen und Adresse auf Naziwebsites veröffentlicht worden. Erst zwei Tage zuvor war das libertäre Kulturzentrum Cyclopen im Stockholmer Stadtteil Högdalen niedergebrannt worden. Auch hier gehen die Behörden von Brandstiftung aus. Die AktivistInnen des Kulturzentrums waren in den vergangenen Jahren immer wieder von Nazis bedroht worden, besonders kurz vor dem jährlichen Naziaufmarsch im Stadtteil Salem.
(DC)

Beachtet auch den Spendenaufruf auf S. 1!



Anzeige

Eine machtvolle Synthese

Gewerkschaften und Ökologie – „Grüne" Gewerkschaftsarbeit in Theorie und Praxis.

Ökologie ist spätestens seit der Debatte um den Klimawandel wieder ein Thema im Mainstream, in der Linken ist sie das jahraus jahrein. Bei allem Raum, den dieses Problem dabei einnimmt, ist im Allgemeinen die Diskussion über die Methoden und Strategien ökologischer Wirksamkeit – gerade in Deutschland – recht verengt: Lobby- und Parteienpolitik einerseits, Moral- und individuelle Konsumfragen andererseits bestimmten häufig noch das Bild ökologischer Betätigung. Und wo in Aktivistenkreisen Formen der direkten Aktion ins Spiel gebracht wurden, wird deren Anwendung meist losgelöst vom Bereich der Produktion gesehen. Gesellschaftliche Bedürfnisse, Fragen also, welche die ArbeiterInnen bzw. Menschen über reine Betriebsfragen hinaus betreffen, lassen sich aber auch mit gewerkschaftlichen Mitteln angehen – und das sogar effizienter. Am Beispiel der Ökologie lässt sich gut veranschaulichen, warum die syndikalistische Artikulation von Interessen durch den direkten ökonomischen Kampf eine Besonderheit darstellt und sich ganz wesentlich von anderen Formen des Protestes oder der Politik unterscheidet: methodisch, strategisch und organisatorisch. Wir dokumentieren hier deshalb einen Artikel aus der sog. Green-Unionism-Debatte, die trotz ihrer fortgeschrittenen Dauer in Deutschland weitestgehend Neuland ist. (Die Redaktion)

In den letzten Jahrzehnten hat sich innerhalb der globalen antikapitalistischen Bewegung ansatzweise eine neue Strömung entwickelt. Doch statt sich in Form einer zusammenhängenden, selbstsicheren und ernst genommenen Bewegung zu entfalten, existierte sie weitestgehend in Randbereichen theoretischer und praktischer Auseinandersetzungen. Diese Strömung stand stets im Schatten von dogmatischer Parteienpolitik, sogenannten „Affinitätsgruppen" und NGOs. Dennoch trat sie immer mal wieder da als „Tagessensation" in Erscheinung, wo günstige sozio-ökonomische Bedingungen oder visionäre Initiativen ihr die breite Aufmerksamkeit und Entschlossenheit verliehen, die eine Bewegung benötigt, um zu gedeihen. Die Rede ist von den grünen Tendenzen in der Gewerkschaftsbewegung.

Die größte Hoffnung für ein Erblühen der Arbeiterbewegung liegt in der Wiederbelebung der dezentralen und basisorientierten syndikalistischen Bewegung. In der Geschichte hat sich immer wieder gezeigt, wie engstirnig, korrupt und tief autoritär das gewerkschaftliche Beamtentum ist. Nur ein Ansatz von gewerkschaftlicher Arbeit, der basisorientiert ist und von unten nach oben funktioniert, kann ernsthaft den Schutz der Umwelt und einen breiteren sozialen Wandel fördern.

Eine Grundannahme grüner Gewerkschaftsarbeit ist, dass Arbeiterkämpfe und ökologische Kämpfe nicht notwendigerweise zu trennen sind, sondern ein Potential haben, sich gegenseitig zu stärken. Die Grundlage für ein intaktes Verhältnis zwischen diesen beiden Strängen ist ein Ansatz, der trotz bestimmter Unterschiedlichkeiten das Gemeinsame herausstellt, um ein Bündnis zu organisieren, das auf gegenseitigem Respekt und Unterstützung aufbaut.



Protestierende BLF-Mitglieder, 1974

Quellen der Arbeitermacht

Insbesondere seit den späten 1960ern und frühen 70ern gab es, zum Teil als Reaktion auf die Entradikalisierung der Arbeiterklasse und die häufige Systemintegration traditioneller „Arbeiterorganisationen" (d.h. zentral gesteuerter, bürokratischer politischer Parteien und Business Unions[1]), einen massiven theoretischen Rückzug von Fragen der Klasse und insbesondere des Klassenkampfes. Diese Trendwende vollzog sich vor allem in den „neuen sozialen Bewegungen", die sich nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmender Beliebtheit erfreuten.

Mit dem Aufkommen der neoliberalen Globalisierung gab es dann eine bedingte Rückkehr zu Zuständen aus dem früheren Kapitalismus, nachdem es zu einer Zersetzung der politischen „Repräsentationen" der einfachen Bevölkerung (insbes. in den sozialdemokratischen Parteien) und zu einer Verschlechterung der Arbeiterrechte und Lebensbedingungen gekommen war.[2]

> „Die Fragen des Besitzes und der Kontrolle der Erde sind nichts anderes als eine Klassenfrage."

Parallel zu der faktischen schleichenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen hat sich ebenso die Entpolitisierung in den Betrieben fortgesetzt. Ebenso besteht generell eine Aktivistenkultur fort, die noch immer weitestgehend ablehnend den Arbeiterfragen gegenübersteht (auch wenn sich das zum Teil geändert hat dadurch, dass in Aktivistenkreisen vermehrt über „neue" Organisierungsmodelle diskutiert wird).

Ein dynamisches Verständnis von Menschen als ArbeiterInnen und von ArbeiterInnen als AktivistInnen ist abhanden gekommen. Über nunmehr mehrere Jahrzehnte hat ein Paradigmenwechsel im linken Deutungsmuster von Unterdrückung stattgefunden, das sich von Fragen der Produktionsverhältnisse (als materielle Basis für Ausbeutung) weg und hin zu Fragen der Konsumtion bewegt hat. Dies zeigt sich insbesondere unter vielen Mainstream-Grünen, die uns auf unsere Rolle als KonsumentInnen beschränken wollen, in der wir – der Natur der Sache nach – relativ machtlos und fast immer desorganisiert sind. Dieser Ansatz, wie er allgemein verstanden und verbreitet wurde, produziert einen individualistischen und moralistischen Ersatz für anhaltende politische Aktivität.

Es ist wichtig die zentrale Bedeutung von Klassen und die revolutionären Implikationen von Klassenkampf im Bereich der Produktion zu erkennen. Menschen haben materiell am meisten Macht in ihrer Rolle als Produzenten von Gütern und Dienstleistungen. In dieser Eigenschaft sind sie nicht nur in der Lage, ihre Arbeitskraft zurückzuhalten, sondern auch die Produktionsmittel und die Verteilung demokratisch zu übernehmen. Es sind die materiellen Bedingungen des Lebens, welche die Menschlichkeit beschneiden und deformieren; deshalb muss der Kampf gegen diese Bedingungen auch konkret und an der materiellen Basis orientiert sein:

Die Herausbildung neuer Identitäten als ausdrucksfähige menschliche Wesen anstelle der Entfremdung schaffenden Klassenidentität setzt einen erfolgreichen Kampf gegen die eigentlichen Strukturen von Herrschaft, Reglementierung, Hierarchie und Disziplin voraus. Und diese Strukturen existieren ganz konkret innerhalb der Arbeitswelt. Niemand kann annehmen, dass der Charakter der Arbeit einfach dahinschwindet mit dem Erblühen einer neuen Identität.[3]

Die gesellschaftliche Transformation

Der US-amerikanische Anarchist Murray Bookchin verwirft die syndikalistische Strategie, da er sie für einen verengten Ökonomismus hält.[4] Und tatsächlich ist es wahr, dass die syndikalistische Bewegung sich häufig eines „kulturellen Arbeiterismus", eines beschränkten Produktivismus und einer Idealisierung der Arbeiterklasse und deren Rolle in der Gesellschaft schuldig gemacht hat. Doch dies wurde weitestgehend in und von der Bewegung selbst in Frage gestellt und ist heute nur noch eine bedeutungslose Tendenz.

Nicht an die Zukunft des Arbeitsplatzes als eine Arena politischen und sozialen Wandels glaubend, fordert Bookchin stattdessen eine alleinige Fokussierung auf die „Gemeinde" (als ob Gemeinden ohne Betriebe und Klassen existieren würden). Wenn er über seinen libertären Munizipalismus[5] spricht, vergisst Bookchin bequemerweise, dass es gerade die SyndikalistInnen waren und sind, welche die stärkste und erfolgreichste Tradition der Gemeindeorganisierung haben unter allen explizit libertären Strömungen und darüber hinaus.[6]

Vor allem steht eine demokratische Gewerkschaftsbewegung nicht im Widerspruch zu der gesellschaftlichen Transformation zu einer bioregionalen Struktur, bestehend aus Selbstverwaltung und sozialisierten Einheiten von ProduzentInnen und KonsumentInnen. Und in einem System bedarfsorientierter Produktion können nicht-profitorientierte Basisgewerkschaften in der Lage sein, die notwendige Räte-Infrastruktur zu bieten, die notwendig ist für eine dezentrale Entscheidungsfindung und Güterverteilung, zumindest in der Übergangsphase.

> „Menschen haben materiell am meisten Macht in ihrer Rolle als Produzenten von Gütern und Dienstleistungen..."

»Grüne SyndikalistInnen ... stellen sich z.B. eine Assoziation von ArbeiterInnen vor, die sich verpflichtet fühlen, das Fabriksystem, seine Arbeitsdisziplin, Hierarchien und Reglementierungen zu demontieren – all die Ziele, mit denen sich auch Bookchin identifiziert ... Dies beinhaltet die tatsächliche Destruktion mancher Fabriken ebenso wie ihre Umwandlung in „softe" Formen kleinerer, lokaler Produktion.«[7]

Die neue Gesellschaft in der Schale der alten aufzubauen, bringt Änderungen in wichtigen Fragen mit sich: wer die Produktion kontrolliert, was produziert wird und wie es produziert wird. Dies kann nur durch die Demokratisierung der Betriebe und durch die Stärkung der Gemeindeautonomie erreicht werden. „Die Fragen des Besitzes und der Kontrolle der Erde sind nichts anderes als eine Klassenfrage."[8]

Grüne Blockaden

Der Kontext, in dem sich in den 1970ern die aufsehenerregenden Kämpfe um die sog. „grünen Blockaden" (green bans) in Australien ereigneten – wo ArbeiterInnen sich weigerten, an Projekten zu arbeiten, die für umweltschädlich gehalten wurden –, ähnelt stark der gegenwärtig weitverbreiteten Gentrifizierung von städtischen Arbeiterbezirken[9]. Damals zogen insbes. in Sydney viele einfache Hauseigner und Wohnungssuchende den Kürzeren gegen die Interessen derer, die in Bauprojekte investierten, die reinen Spekulationszwecken dienten. An einem bestimmten Punkt gab es fast eine Million Quadratmeter leerstehenden Büroraums in Sydneys Geschäftsviertel, während Menschen, die nach ihren ersten Heimen oder Wohnungen suchten, nicht fündig wurden.[10]

Die erste grüne Blockade wurde von der Builders Labourers´ Federation (BLF) eingerichtet, um Kelly´s Bush zu schützen, das letzte verbliebene Buschland in Hunter´s Hill, eines Stadtteils an Sydneys Stadtrand. Neben vielen anderen Errungenschaften schützten die grünen Blockaden u.a. historische Gebäude aus dem 18. Jahrhundert davor, abgerissen zu werden, um Platz für Büroraum zu schaffen. Auch bewahrten sie den Königlichen Botanischen Garten davor, in einen Autopark für die Oper von Sydney umgewandelt zu werden.

Die Gewerkschaft fuhr fort, grüne Blokkaden zu verhängen, wo immer Unterstützung aus den Gemeinden – meist in Form eines enthusiastischen öffentlichen Treffens der betroffenen Menschen – für die Blokkade zum Ausdruck gebracht wurde. Zwischen 1971-1974 gab es insgesamt 42 grüne Blockaden, bis der Bundesvorstand der BLF – mit rückhaltloser Unterstützung der Politiker, der Medien und der „Bauträger" – die Führung des lokalen Gewerkschaftszweiges absetzte „auf Grundlade dessen, dass der Gewerkschaftszweig von New South Wales die Grenzen der traditionellen Gewerkschaftsarbeit überschritten hat".[11]

Schätzungen gehen davon aus, dass die grünen Blockaden der BLF städtische „Entwicklungsprojekte" im Wert von ungefähr 18 Mrd. australischen Dollar (umgerechnet auf den Kurs für 2005; heute ca. 7 Mrd. Euro) vereitelt haben.[12] Obwohl die lokale BLF-Initiative abgewürgt wurde, breitete sich die Bewegung auf andere Gewerkschaften aus.

Andere Praxisbeispiele

1976 ächtete der Australian Council of Trade Unions (ACTU) den Abbau, Handel und Export von Uranium. Ein landesweiter Streik sorgte im Jahre 1977 dafür, dass ein Zugschaffner, der gefeuert wurde, weil er eine Uranverfrachtung unterband, seinen Job zurück bekam. 1981 blockierten Gewerkschaften aus Darwin über mehrere Wochen die Verladung von Uranerz, das exportiert werden sollte, obwohl die ACTU-Führung letztlich unter dem Regierungsdruck intervenierte, um die Verladung des Erzes zuzulassen. Im Oktober desselben Jahres bereitete der britische Flugzeugträger Ark Royal seine Bemühungen, in Melbourne für eine zehntägige „Goodwill-Mission" anzudocken, als die Schiffsmannschaft sich weigerte, Schläger gegen RüstungsgegnerInnen

Anmerkungen

[1] Engl. Begriff für die reformist. Gewerkschaften, die nur auf begrenzte materielle Verbesserungen im Rahmen des Kapitalismus abzielen und die Angelegenheiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern wie zwischen Partnern handhaben. Entspricht weitestgehend dem hiesigen Verständnis von sozialpartnerschaftlichen bzw. korporatistischen Gewerkschaften. *A.d.Ü.*

[2] Z.B. schien ein 6-Stunden-Tag zu Beginn des 20. Jh. greifbarer zu sein als heute.

[3] Siehe Jeff Shantz, „Radical Ecology and Class Struggle: A Re-Consideration", http://nefac.net/node/161.

[4] Siehe z.B. Murray Bookchin u.a., *Deep Ecology and Anarchism*, London 1997, S. 47-58.

[5] Von Janet Biehl und Bookchin ausgearbeitetes Konzept einer libertären Städteordnung, das Elemente von Proudhons Mutualismus- und Föderalismus-Konzept enthält. Es sieht weniger eine ökonomische als eine politische Transformationsstrategie vor; z.B. durch die Beteiligung an kommunalen Wahlen. *A.d.Ü.*

[6] Siehe z.B. Iain McKay, *Anarchism and Community Politics*, http://www.anarchism.ws/writers/anarcho/anarchism/community/communitypolitics.html.

[7] Shantz, „Radical Ecology", S. 5.

[8] Ebd.

[9] Gentrifizierung („Veredelung") bezeichnet einen Prozess der „Aufwertung" innenstadtnaher Wohngebiete, der mit einer Veränderung des Bevölkerungsgepräges einhergeht, wobei v.a. Menschen aus der Arbeiterklasse verdrängt werden. Siehe dazu das Interview mit Neil Smith, „Kapitaler Abschaum", in: DA Nr. 186 (März/Apr. 2008). A.d.Ü.

[10] Verity Burgman, „A Perspective on Sydney's Green Ban Campaign, 1970-74", in: dies., *Power and Protest. Movements for Change in Australian Society*, Sydney 1993. Zu finden auf: http://www.teachingheritage.nsw.edu.au/d_reshaping/wd2_burgman.html.

[11] Ebd.

[12] Ebd.

[13] Siehe John Judis, „Australian Unions Foil Corporate Developers", *In These Times*, 5. Jan. 1977, S. 10. Ironischerweise enthält dieselbe Seite einen Artikel darüber, wie schwedische WählerInnen, die auf politische Wahlen vertrauten, um die Atomenergiepolitik zu ändern, von der Politik gefoppt wurden.

[14] Anarchist Federation, *Ecology and Class. Where There's Brass, There's Muck*, London o.J., S. 34. Der Erfolg der brasil. AktivistInnen führte übrigens im Dez. 1988 zu der Ermordung des Gewerkschafters Chico Mendes durch angeheuerte Schergen.

[15] In beiden Fällen handeln ArbeiterInnen, obwohl sie nicht unmittelbar bzw. konkret betroffen sind, aber ein kollektives bzw. langfristiges Interesse erkannt haben. *A.d.Ü.*



auszusenden, die anprangerten, dass das Kriegsschiff Nuklearwaffen führte, und die Demonstranten somit unterstützte…[13]

Die Liste nennenswerter Kampagnen lässt sich fortsetzen: „Australische Bauarbeiter, Seefahrer, Hafen-, Transport- und BahnarbeiterInnen boykottierten vielerorts jegliche Arbeit, die mit der Atomindustrie zu tun hatte, ebenso wie das Franklin River Project – welches den Tasmanischen Nationalpark (einschließlich des Landes von Aborigines) für ein großes hydroelektrisches Projekt geflutet hätte – mit Erfolg. In ähnlicher Weise kämpften ArbeiterInnen gegen die Versuche des Amax-Konzerns, auf Aborigine-Land in Noonkanbah nach Öl und Diamanten zu bohren und diese Ressourcen abzubauen. Die ArbeiterInnen unterstützten ebenso aktiv die militante Besetzung des Geländes durch betroffene Aborigines. Auch in Großbritannien boykottierten während der 1980er gewerkschaftlich organisierte Seefahrer das Ausschütten von Atommüll auf See und zwangen die Regierung dazu, diese Politik zu beenden. In Brasilien schmiedeten Arbeiter auf Gummibaumplantagen (sog. rubber tappers) ein Bündnis mit UreinwohnerInnen und UmweltaktivistInnen, um gegen die massive Entwaldung des Amazonas-Regenwaldes durch Großgrundbesitzer und Geschäftsinteressen zu kämpfen.“[14]

„Direkte ökonomische Aktionen sind weitaus effektiver für die Verteidigung der Umwelt als Lobbypolitik und symbolische Aktionen…“

Mehr als nur Ökologie – und effizienter

Wie Jon Bekken schreibt, »zeigt das Beispiel [nicht nur] unserer australischen KollegInnen, dass dort, wo die notwendige Aufklärungs- und Organisationsarbeit geleistet wurde, ArbeiterInnen bereit sind, Aktionen zur Verteidigung der Umwelt durchzuführen (etwa so wie z.B. amerikanische und irische ArbeiterInnen direkte ökonomische Aktionen in Solidarität mit ihren südafrikanischen KollegInnen durchführten[15]), auch wenn die Aktion phasenweise eine finanzielle Notlage mit sich bringt.

Direkte ökonomische Aktionen dieser Art sind weitaus effektiver für die Verteidigung der Umwelt als Lobbypolitik und symbolische Aktionen, die von den selbsterklärten Verteidigern von „Mutter Erde“ bevorzugt werden. Solche Methoden mögen dazu taugen, bestimmte Themen in eine breitere Öffentlichkeit zu bringen oder den Kampfgeist zu stimulieren. Doch statt unsere knappen Energien und Ressourcen auf Lobbykampagnen oder strohfeuermäßige symbolische Aktionen zu fokussieren, mit denen unrealistischerweise beabsichtigt wird, unsere Ausbeuter unter Druck zu setzen, müssen wir unsere Anstrengungen darauf konzentrieren, uns am Arbeitsplatz und in den Gemeinden zu organisieren, um eine bessere Umwelt selbst aufzubauen.

Dies kann solch nüchtern wirkende Kampagnen mit sich bringen wie die Organisierung gegen giftige Chemikalien in den Betrieben – eine Kampagne, die implizit und, richtig durchgeführt, auch explizit weit über das Recht hinaus geht, die Umwelt zu schützen. Hier werden Fragen nach der Verbindung von Arbeitsplatz und Umwelt aufgeworfen und zur Disposition gestellt, wer das Recht hat, den Arbeitsprozess zu kontrollieren. Letztendlich wird sich dabei auch der Bedarf nach anderen Formen gewerkschaftlicher Organisation und Aktivität zeigen.«[16]

Jack Mundey, einer der Köpfe des lokalen Gewerkschaftszweiges der BLF, erklärte kürzlich: „…die politische Signifikanz der grünen Blockade-Bewegung, während sie wirkte, war, dass sie ein siegreiches Bündnis zwischen UmweltaktivistInnen und GewerkschafterInnen schmiedete. Da 90% der Bevölkerung in urbanen Gegenden wohnen, ist Erfolg beim Erhalt der baulichen Umwelt lebenswichtig, und Gewerkschafter sind ganz besonders in der Lage, das Gefüge der baulichen Umwelt zu beeinflussen: Das Ziel, eine umweltgerechte Gesellschaft zu erreichen, mit einem menschlichen Gesicht, einem ökologischen Herzen und einer egalitären Seele, erfordert eine massive gemeinsame Kraftanstrengung von UmweltschützerInnen und der organisierten Arbeiterklasse.“[17]

Der „Krieg ums Holz“

David Pepper behauptete einmal, dass der Einfluss der libertären Gewerkschaftsbewegung die grüne Bewegung in Nordamerika revitalisieren könnte, so wie der Syndikalismus die Arbeiterbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts erneuert hatte.[18] Judi Bari, in den 1980ern und 90ern eine Organizerin der Industrial Workers of the World (IWW) und von Earth First!, kam näher an dieses Ziel heran als irgendwer anderes. Ab 1989 initiierte sie ein Bündnis zwischen ausgebeuteten HolzarbeiterInnen und radikalen UmweltschützerInnen, die sich dem Schutz der Mammutbaumwälder in Nordkalifornien verschrieben hatten. Zu diesem Zwecke organisierte sie mit (umweltbewussten) Arbeitern und ÖkoaktivistInnen eine IWW-Gewerkschaftssektion (Local 1).

Selbst aus der Arbeiterklasse stammend, war sie sich vollkommen darüber im Klaren, dass das ihr vorschwebende Bündnis nur möglich war, wenn UmweltschützerInnen sich ein Bild von den Arbeiterbelangen machten, und realisierte, dass sie nur auf dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe und des Respekts zusammenarbeiten konnten. Das bedeutete, „ökologisches Moralisieren zurückzuweisen und ein Gefühl für die Besorgnisse und Belange der ArbeiterInnen zu entwickeln“.[19] Sie beabsichtigte, Earth First! von einer bornierten Naturschutzbewegung in eine bündnisfähige soziale Kraft zu transformieren, die darauf abzielt, die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst zu verändern. Und dieser neue und originelle Weg, den sie ging, war unzweifelhaft der Grund, warum sie und ihr Organizer-Kollege Darryl Cherney Ziel eines Bombenattentats wurden.[20]

Bari war entschlossen, die Polarisierung von lohnabhängigen Menschen innerhalb der Gemeinden zu bekämpfen, wobei sie die Klassenspannungen und -ungleichheiten ansprach, die gewöhnlich unter den Teppich gekehrt werden. Die Organisation, die sie aufbaute, engagierte sich auf kreative Weise in der Gemeinde und benachbarten Bevölkerung: „Im vergangenen Sommer wurde drei Monate lang eine Serie von Aktionen durchgeführt. Die Aktionen beinhalteten gewaltfreie Blockaden von Häfen und Abholzungsarealen, Demonstrationen, Menschenketten, Jux und Lieder und erfassten alle in den Gemeinden. Die Ereignisse wurden Redwood Summer genannt. 5.000 Leute beteiligten sich daran. Das Ziel war es, … die Holzindustrie zu einem an Nachhaltigkeit orientierten Holzabbau unter Gemeinde- und Arbeiterkontrolle zu bringen“[21] Probleme am Arbeitsplatz, wie Gesundheit und Sicherheit, wurden dabei als mächtige Waffe gegen die Holzfällerkonzerne genutzt.

Die Stärke der Gewerkschaft

„In ihrer Arbeit stellte Bari eine reelle Verbindung zwischen dem Leid von Holzarbeitern und der heutigen Umweltzerstörung her. Die Geschichte der Arbeiterkämpfe wird so ein Teil der Ökologie-Geschichte.“[22] Sie drängte Earth First!, gewaltfreie direkte Aktionen aufzunehmen und sich vom Tree-Spiking[23] und anderen Taktiken zu distanzieren, die Holz- und Fabrikarbeiter treffen könnten, womit sie gegen das Image von „Ökoterroristen“ ankämpfte, das den Unternehmern in die Hände spielte.

Indem sie für Taktiken jenseits bloß theatralischer Demonstrationen und ebenso unbesonnener Sabotage eintrat, opponierte sie gegen gewalttätige Aufruhrphantasien, die häufig blühen, wenn die wahren Quellen der Macht einer Bewegung ignoriert werden. In einem typischen IWW-Ton bemerkte Bari: „Dieses System kann nicht durch Gewalt gestoppt werden. Es ist gewalttätig und rücksichtslos auch ohne das Zutun einer Widerstandsbewegung der einfachen Menschen. Die einzige Weise, die ich mir vorstellen kann, wie sich das System stoppen lässt, ist die massive Nichtkooperation.“[24]

„Das bedeutete, ökologisches Moralisieren zurückzuweisen und ein Gefühl für die Besorgnisse und Belange der ArbeiterInnen zu entwickeln“

Bari trat stets dagegen an, dass die AnhängerInnen von Earth-First! den ArbeiterInnen Vorwürfe machten, und kritisierte den Mangel fast jeglichen Klassenbewusstseins unter ihnen. Sie betonte, dass sie sich auf die Ursachen und nicht nur auf die Effekte konzentrieren sollten; die tieferliegende Ursache der Umweltverwüstung und die Zerstörung und Ausbeutung von Holzfällergemeinden war für sie das unternehmerische Profitinteresse. Es war nötig, die Verbindungen zwischen der umweltgefährdenden Entwaldung und der Entlassung von ArbeiterInnen herzustellen („Wenn die Bäume weg sind, werden es die Jobs auch sein.“) Dies geschah, um der beschleunigten Waldzersetzung entgegenzutreten und auf die Umweltgefahren hinzuweisen, die ArbeiterInnen und ihre Gemeinden zu ertragen gezwungen waren. Sie fasste treffend die Ideen der Inklusivität der grünen Gewerkschaftsbewegung sowie die Notwendigkeit breiterer Solidaritätsnetzwerke und strategischer Positionierungen gegen die Machtstrukturen zusammen:

„Eine revolutionäre ökologische Bewegung muss sich auch unter armen und arbeitenden Menschen organisieren. Denn es sind die arbeitenden Menschen, die ihre Hand an der Maschinerie haben. Und nur durch den Stopp der Zerstörungsmaschinerie können wir jemals hoffen, diesen Wahnsinn zu beenden.“[25]

Dan Jakopovich

Der Artikel erschien zuerst unter dem Titel „Green Unionism in Theory and Practice“, in: *Synthesis/Regeneration*, Nr. 43 (Frühling 2007).
Übersetzung: Holger Marcks.

Dan Jakopovich ist Chefredakteur von Novi Plamen, der maßgeblichen Zeitung der partizipatorischen demokratischen Linken auf dem Gebiet Ex-Jugoslawiens.
Siehe www.noviplamen.org.



Judi Bari, 1995

Glossar:

ACTU: (dtsch.: „Australischer Gewerkschaftsrat“): 1927 gegründeter Dachverband australischer Gewerkschaften; ihm gehören heute 46 Gewerkschaften und 1,8 Mio. ArbeiterInnen an.

BLF: (dtsch.: „Föderation der Bauarbeiter“): existierte von 1911-72 und von 1976-86. Der BLF wurde immer wieder der Gewerkschaftsstatus aberkannt, zum einem für ihre unkonventionelle, gelegentlich radikale Gewerkschaftspraxis, aber auch wegen diverser Korruptionsfälle.

NGO: *Non Governmental Organisation* (dtsch.: „Nichtregierungsorganisation“); formell von staatlichen Stellen weder organisierte noch abhängige Organisation, die nicht auf Gewinn ausgerichtet ist. Im Bereich des Umweltschutzes stellt Greenpeace die bekannteste NGO dar.

IWW: 1905 gegründete revolutionär-syndikalistische Gewerkschaft in den USA (existiert formell international).

Anzeige

Seit 1972 von unten durch Beton:

graswurzel revolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft



„Die Graswurzelrevolution ist höchst lebendig - sowohl auf Papier gedruckt als auch im Internet präsent.“ (taz)

„… langlebigste und einflussreichste anarchistische Zeitschrift … Hauptorgan basisdemokratischer Akteure.“ (Wikipedia)

Jahresabo: 30 Euro (10 Ausg.)
Schnupperabo*: 5 Euro (3 Ausg.)
* … verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich

**GWR-Vertrieb
Birkenhecker Str. 11
D-53947 Nettersheim
Tel.: 02440/959-250; Fax: -351; abo@graswurzel.net
www.graswurzel.net**

[16] Jon Bekken, „Anarcho-Syndicalism and the Environmental Movement“, *Libertarian Labor Review*, Nr. 6 (Winter 1989), S. 15-6.
[17] Zitiert in: Burgman, *„A Perspective“*.
[18] Siehe David Pepper, *Eco-Socialism. From Deep Ecology to Social Justice*, London 1993.
[19] Jeff Shantz, „Syndicalism, Ecology and Feminism. Judi Bari's Vision“, http://www.cvoice.org/cv3schantz.htm.
[20] Im Mai 1990 explodierte eine Rohrbombe in Baris und Cherneys Auto, die direkt unter dem Fahrersitz angebracht war und Bari schwer verletzte. Obwohl die Bombe mit einem Bewegungsmelder ausgestattet war (und somit offensichtlich der Eliminierung diente), reichte das FBI daraufhin eine Terrorismus-Klage gegen die beiden ein, weil sie eine Bombe mit sich geführt hätten (letztlich abgewiesen). Heute gibt es eindeutige Hinweise, dass das FBI selbst die Verantwortung für den Anschlag trägt. *A.d.Ü.*
[21] Jeff Ditz, „We Must Live in Harmony With the Planet“, *Libertarian Labor Review*, Nr. 10 (Winter 1991), S. 25.
[22] Shantz, „Radical Ecology“.
[23] Tree-Spiking ist eine Form, das Holzfällen zu sabotieren, indem z.B. Metallstangen in einen Baumstamm gehämmert werden und so die Sägen beschädigt werden, die auf die Stangen treffen. Dies birgt die ganz reelle Gefahr für Arbeiter in sich, verletzt zu werden; so wurde z.B. 1987 in den USA ein Fabrikarbeiter schwer verletzt, als sein Sägeband an einen Baumstamm zerschmetterte, der Metallstangen in sich hatte. *A.d.Ü.*
[24] Paul Buhle & Nicole Schulman (Hg.), *The Wobblies. A Graphic History of the Industrial Workers of the World*, New York 2005.
[25] Ebd.

Schorsch Kamerun, mit „bürgerlichem" Namen Thomas Sehl, wurde 1963 in Schleswig-Holstein geboren, und ist den meisten als Sänger seit langer Zeit ein Begriff. Darüber hinaus ist er noch unter anderem als Autor, Verfasser von Hörspielen, Clubbetreiber und bereits seit einigen Jahren als Theaterregisseur tätig. Mit seinen theaterhandwerklich und politisch aus dem Rahmen fallenden Stücken wirbelt Schorsch Kamerun Staub auf jeder Bühne zwischen Norddeutschland und der Schweiz auf, an der sich die Möglichkeit dazu bietet. Viel beachtet etwa die Aufführungen von *Macht fressen Würde* am Schauspielhaus Zürich, einer beißenden Abrechnung mit dem modernen Rechtspopulismus in der Schweiz. Für die Aufführung von *Westwärts* wurde die Maschinenhalle Zeche Zweckel in Gladbeck gewählt.

Rolf Dieter Brinkmann, 1940 in Vechta geboren und 1975 – vermutlich – bei einem Unfall in London ums Leben gekommen, gilt als radikaler Erneuerer der deutschen Lyrik und Literatur. Insbesondere der mit dem Petrarca-Preis ausgezeichnete Gedichtband *Westwärts 1&2* hat zu diesem Ruf beigetragen. Brinkmann hatte sich der neuen US-amerikanischen-Underground-Lyrik zugewandt; dass dieser auf gewisse Weise der „Sprung über den Atlantik" nach Deutschland gelang, gehört zu Brinkmanns herausragender Leistung für die Literaturgeschichte. Trotz seines frühen Todes hinterließ er der Nachwelt einen reichhaltigen und abwechslungsreichen Fundus an Texten zur Kunsttheorie, zu Gesellschaftskritik und entsprechenden Gedichten, romanartigen Schriften (ohne dass dabei ein „Roman" im herkömmlichen Sinn zu finden ist), aber auch Fotobänden, Collagen und vielem mehr. Als Herausgeber von *Acid. Neue Amerikanische Szene* schaffte Brinkmann zusammen mit Ralf-Rainer Rygulla zudem ein absolutes Standardwerk für die modernen Kulturwissenschaften.

„...weil jeder radikale Gestus längst Popcorn ist"

Ein Interview mit Schorsch Kamerun, Sänger und Mitbegründer der Hamburger Politpunk-Legende Die *Goldenen Zitronen*, über seine Regiearbeiten zum Theaterstück „Westwärts", seiner Wertschätzung Rolf Dieter Brinkmanns, sowie über Kunst und Kritik im Kapitalismus.

Im Rahmen der Ruhr Triennale habt Ihr Rolf Dieter Brinkmanns Gedichtband „Westwärts" auf die Bühne gebracht. Der Dichter wird persönlich meist als verschlossen, einzelgängerisch und misanthropisch beschrieben, und aus dieser angeblichen Wesensart heraus ergeben sich die gängigen Interpretationen seiner Werke als individuelle Abrechnung mit der Welt. Weitergehend gesellschaftskritisch oder gar politisch wird seine Arbeit hingegen meist nur vage als „unkonform" wahrgenommen. Ist auch „Westwärts" nichts weiter als ein wehmütiger Seufzer eines lebensfernen Poeten – oder steckt für Dich mehr dahinter?

Ich fühle mich stark verbunden mit Brinkmann. Seine Texte sind hyperdirekte Reflexe auf das, was wehtut in der Entfremdung. Damals wie heute. Das hat schon sehr mit Schmerz und Wut zu tun, aber in diesem Falle schützt seine stark individuelle Betrachtung auch vor Vermatschung durch Zugehörigkeit. Ich glaube: Alles Bestreben sollte sein, solche Einsamkeiten im Gemeinsamen aufzulösen, aber das muss dann auch wirklich schützen und von Dauer sein.

In der Beschreibung des Stückes wird die Maschinenhalle, in der das Theater stattfindet, als „begehbarer Ausnahmezustand" angekündigt. Solch ein riesiges industrielles Gebilde, das Brinkmann ja geradezu als menschenverschlingend erschien, war im Ruhrgebiet der tägliche Ort für die Routine der Arbeitswelt eines Großteils der Bevölkerung. Fand diese Routine in einem täglichen „begehbaren Ausnahmezustand" statt?

Dadurch, dass wir den Aufenthalt unserer gemeinsamen Zeit als gelebte und nicht nur geprobte Zeit versucht haben, stellte sich schon ein wiederholter Ablauf ein. Die große Gruppe hat unsere Idee einfach fantastisch verstanden und bewundernswert unprätentiös mitgemacht.

Wenn die Zuschauer, wie in eurem Arrangement, hinter Glas auf die Bühne blicken, ist klar, dass das häufige Ziel der Regie, die Zuschauer in das Geschehen mit einzubeziehen, über Bord geworfen wurde. Warum habt ihr das Publikum und die DarstellerInnen so von einander getrennt?



Szene aus „Westwärts". © Ursula Kaufmann.

Weil wir durch die Musik und die Brinkmann-Texte eine andere Kommentarebene wollten. Wie Stimmen im Kopf, die nicht zur Realität passen. Wir wollten auch, dass sich die Zuschauer ihr eigenes Bild bauen, und haben sie zwar durch die trüben Scheiben entfernt, sie aber gleichzeitig durch Bewegungsfreiheit des Begehbaren aufgefordert, auf die Suche zu gehen.

In einem Interview hast Du einmal gesagt, dass Du dich freuen würdest, wenn auch ehemalige Arbeiter und Arbeiterinnen sehen würden, wie sich die alten Hallen wieder mit Leben füllen. Wie, meinst du, wirken Brinkmanns Texte an diesem Ort auf Menschen, deren Identität hier wesentlich geprägt wurde?

Tatsächlich glaube ich, dass es hier nicht um die Annäherung an die Raumgeschichte ging, sondern eher um das Ernstnehmen von so einem Ort, ohne ihn mit einer schicken Zweitbühnenkonstruktion zu versüßen. Wir wollten unseren „Zustand" in einem realen, der Behauptung entsprechend „wahrscheinlichen" Raum ausprobieren.

Nun ließe sich auch der Schluss ziehen, dass am Beispiel der Umwandlung einer Maschinenhalle zum Theater die spätkapitalistische Verwertungslogik aufs Beste versinnbildlicht wird: Orte der Ausbeutung zum Zwecke der Produktion sozial geschichtetem nationalem Wohlstandes werden nun, nachdem sich das ökonomische Modell weiter entwickelt hat, für den kreativen Lifestyle der Bessergestellten neu entdeckt. Der Eintrittspreis von 30 Euro ist auch nicht gerade an pensionierten, umgeschulten oder gar arbeitslosen Ehemaligen der Maschinenhallen orientiert...

Der Preis ist zu hoch, obwohl subventioniert. Ich finde das wirklich problematisch und meine, man könnte ihn kleiner halten, und sei es auf Kosten der allgemeinen Produktionsaufwände oder Werbung. Was ich allerdings richtig finde ist, dass diese Hallen genutzt werden, sei es durch Versuche wie unsere. Ich glaube, das gibt ihnen Selbstbewusstsein. Sonst würden sie verschwinden.

„Westwärts" ist erst kurz nach Brinkmanns Tod veröffentlicht worden, und das zunächst auch nur unvollständig. 33 Jahre später hast Du nun daran gearbeitet, „Westwärts" in Szene zu setzen – kannst Du als Resultat erahnen, wie Brinkmann die heutige Gesellschaft wahrgenommen hätte?

Ich denke, ähnlich wie damals. Nur noch ohnmächtiger. Schließlich fand er einen starken Ausdruck in seiner Zeit, was heute bekanntermaßen immer schwieriger wird, weil jeder radikale Gestus längst Popcorn ist.

Brinkmann stand dem Kulturbetrieb seiner Zeit feindlich gegenüber – kaum auszumalen, wie er auf die heutige Massenkultur reagiert hätte. Lässt sich Brinkmann als zeitgemäße Kulturkritik anwenden?

Ich finde: Absolut. Für mich war er ein intuitiver Visionär. Niemand hat die "Schrekken des Normalen" so trefflich beschrieben wie er.

Vielen Dank für das Interview!

Per email geführt von Marcus Munzlinger

Zeilen gegen die Gegenwart

Drei Gedichte Brinkmanns und ein Songtext der „Goldenen Zitronen"

Lied der Stimmungshochhalter

(Die Goldenen Zitronen, aus dem Album „Lenin")

Kofferträger, Türaufhalter, Unterschergen, Schwundverwalter. Stimmungshochhalter, Subpächter, Unterschergen, Wachhundwächter. Liftboys, Schuhputzer, Untertanmädchen, Subunternutzer.

Zugeherinnen, Wachhundhalter, Parkplatzwächter, Steigüberbügelhalter.

Training in Unterwerfungskompetenz. Mit Aussicht auf Laufburschenschaft. Die, denen sie das Lächeln auf harten Wartebänken in Serviceagenturen in Gesichtszüge renken. Täglich bücklings im Flur von Raststättentoiletten, lässt sich Demut üben und ein Rest-Hoffnung retten auf: Aufnahme in Laufburschenschaft.

Ich weiss, ich muss flexibel sein nach Überprüfung der Unterwerfungskompetenz. Ich weiss, es liegt an mir allein. Sie sagt sie sei, sie sagt es wär. Sei nun mal schwer, sie hätte Glück. Sei besser jedenfalls als nichts. Er sagt es sei, es läge jetzt nun mal bei ihm und mit der Zeit. Wer weiß, vielleicht? Na immerhin. Sie sagt es sei, sie sagt es wär, mit ihrer Herkunft nun mal schwer. Insofern also gar nicht schlecht.

Training in Unterwerfungskompetenz. Mit Aussicht auf Aufnahme in Laufburschenschaft. Aus der erhabenen Höhe eines SUV Wagens, lässt sich die Bürde der Verantwortung heroisch ertragen. Für das Heer der Anzuleitenden die ständig im Weg stehn, die begreifen müssen, dass die Uhren anders gehen. Dass da immer jemand ist, der es billiger macht, den Unterbietungswettbewerb nicht höhnisch verlacht, sondern das Oben achtet und es sportlich nimmt und den nötigen Schuss Fügsamkeit nun mal unten zu sein mitbringt. Training in Unterwerfungskompetenz. Mit Aussicht auf Laufburschenschaf. Micky Mäuse, Nikoläuse, Pfortenwächter der Partyschleuse, Systemrädchen, Zigarettenmädchen.

Entnommen von http://lyricwiki.org



Rolf Dieter Brinkmann

Landschaft

1 verrußter Baum,
nicht mehr zu bestimmen
1 Autowrack, Glasscherben
1 künstliche Wand, schallschluckend

verschiedene kaputte Schuhe
im blätterlosen Gestrüpp

›Was suchen Sie da?‹

1 Essay, ein Ausflug in die Biologie
das Suchen nach Köcherfliegenlarven, das gelbe

Licht 6 Uhr nachmittags

1 paar Steine

1 Warnschild ›Privat‹
1 hingekarrtes verfaultes Sofa
1 Sportflugzeug

mehrere flüchtende Tiere,
der Rest einer Strumpfhose
an einem Ast, daneben

1 rostiges Fahrradgestell

1 Erinnerung an
1 Zenwitz

Schönes Bleibt

Zerstörte Landschaft mit
Konservendosen, die Hauseingänge
leer, was ist darin? Hier kam ich

mit dem Zug nachmittags an,
zwei Töpfe an der Reisetasche
festgebunden, Jetzt bin ich aus

den Träumen raus, die über eine
Kreuzung wehn. Und Staub,
zerstückelte Pavane, aus totem

Neon, Zeitungen und Schienen
dieser Tag, was krieg ich jetzt,
einen Tag älter, tiefer und tot?

Wer hat gesagt, daß sowas Leben
ist? Ich gehe in ein
anderes Blau.

Entnommen von www.dsfo.de

Entnommen von gruppen.tu-bs.de/schulen/thg_wf/ausstell/bs/kb/index.html

Alles macht weiter

Die Geschichtenerzähler machen weiter, die Autoindustrie macht weiter, die Arbeiter machen weiter, die Regierungen machen weiter, die Rock'n'Roll-Sänger machen weiter, die Preise machen weiter, das Papier macht weiter, die Tiere und Bäume machen weiter, Tag und Nacht macht weiter, der Mond geht auf, die Sonne geht auf, die Augen gehen auf, Türen gehen auf, der Mund geht auf, man spricht, man macht Zeichen, Zeichen an den Häuserwänden, Zeichen auf der Straße, Zeichen in den Maschinen, die bewegt werden, Bewegungen in den Zimmern, durch eine Wohnung, wenn niemand außer einem selbst da ist, Wind weht altes Zeitungspapier über einen leeren grauen Parkplatz, wilde Gebüsche und Gras wachsen in den liegen gelassenen Trümmergrundstücken, mitten in der Innenstadt, ein Bauzaun ist blau gestrichen, an den Bauzaun ist ein Schild genagelt, Plakate ankleben Verboten, die Plakate, Bauzäune und Verbote machen weiter, die Fahrstühle machen weiter, die Häuserwände machen weiter, die Innenstadt macht weiter, die Vorstädte machen weiter... Auch alle Fragen machen weiter, wie alle Antworten weitermachen. Der Raum macht weiter. Ich mache die Augen auf und sehe auf ein weißes Stück Papier.

Entnommen von skyeyeliner.endorphin.ch

Freiheit

für alle politischen Gefangenen.



Die Verteidigung von Mumia Abu-Jamal kostet Geld.
Rote Hilfe e.V., Kto.: 191 100 462,
Postbank Dortmund, BLZ 440 100 46,
Stichwort MUMIA

Anzeige

„Was mich interessiert, ist das Feuer, nicht die Asche“

Rede über einen Toten. Heiner Müller, zum Achtzigsten

Es war im vergangenen Herbst, zum 90. Jahrestag der Novemberrevolution und in den Wogen der „Weltwirtschaftskrise“, da kam – wie ein Gespenst – der vor dreizehn Jahren verstorbene Heiner Müller wieder ins Gerede. Als „der vermutlich Letzte, der wirklich noch mit ihm umgehen wollte“ (SZ), mit dem Begriff der Revolution. Heiner Müller,



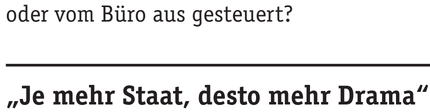
Der Untergrund, der Toten und des Subversiven, Quell eines Theater, das in Gesellschaft und Gegenwart Bedeutung hat. Foto: Joseph Gallus Rittenberg

der im Januar achtzig geworden wäre, gilt, neben Brecht, als bedeutendster deutschsprachiger Dramatiker.

Was bleibt, was kennt man von diesem Autor mit dem Allerweltsnamen Müller? Noch aufgeführt werden vor allem die jüngeren Stücke wie „Auftrag“, „Hamletmaschine“, „Quartett“. Der ein' oder die andere mag auch die musikalische Umsetzung der „Wolokolamsker Chaussee“ kennen. Das ist wichtig, man muss sie hören, erst so entfalten die Texte Müllers ihre Kraft: treibend bis explosiv, schwer wiegend, ja belastend. So bleiben seine Themen Menschheitsdramen antiken Ausmaßes: Verantwortung, Verrat, Blut, Individuum und Gemeinschaft.

In Punkto Revolution besonders interessant sind die Stücke der Anfangszeit. Müller beobachtet die Neuzusammensetzung der Klasse nach Gründung und Zementierung der DDR. Etwa „Der Lohndrücker“ mit dem Problem der Akkordarbeit: Ideologisch untermauert steht sie für den „Aufbau des Sozialismus“. Aber mittelfristig drückt sie die Prämien und steigert die Normen. Ist das der Weg zum guten Leben? Denn das ist die Losung: Gut leben! Im Banner tragen sie die Partei und ihre Kritiker. Verwoben die Erwartungen an das Heute und der Vergleich mit Gestern: Suppe und Bier, Arbeit und Lohn, Verfahren und Plan, Menschen, alles. Immer wieder dringt die Nazi-Vergangenheit ein. Und klar klafft ein Abgrund zwischen offizieller Darstellung und Realität. Das Stück endet positiv, aber alles andere als schmerzfrei.

Anstößig waren in der frühen DDR das Dargestellte *und* die Sprache: widersprüchlich, konflikthaft, hart. Die Germanistin Massalongo sagt heute, „so einer Sprache, die das getötet hat, was in ihr noch von Rede und Geschwätz steckt, bin ich noch nicht begegnet.“ Damals zerrissen Funktionäre sich über der Frage das Maul: Sozialistischer Realismus oder Beleidigung der Arbeiterklasse? Sieben Jahre später, in „Der Bau“, legte Müller nach: Das Papier, der Plan „Ersetzt mir Junker und Kapitalist / Und schlägt mir Beulen in die Ideologie.“ Müller zeigt, schonungslos, das Räderwerk der Macht – die Resignation produziert bei den Enthusiasten, plus Verachtung bei den Proleten: „Sabotage nur auf Befehl der Bauleitung / Und schriftlich. Kinder haften für die Eltern.“ Das ist nichts anderes als Subversion des „Sozialistischen Realismus“, der Kunst im Dienste eines „sauberen Staats DDR“, wie Honecker dozierte. Die Auseinandersetzung drehte sich darum, auf welche Weise sich eine Gesellschaft gestaltet: In lebendigen Debatten oder vom Büro aus gesteuert?



„Je mehr Staat, desto mehr Drama“

Mitte der 60er wurden auch Müllers Stücke (erneut) verboten. Sicher ein Anstoß, sich stärker älterem Material zuzuwenden. Vielleicht zog er sich zurück, geschlagen gab er sich nicht. Die Bearbeitung älterer Stoffe fasste der Dichter als Dialog mit seinen Vorgängern auf: „Das Tote ist nicht tot in der Geschichte.“ Gespenster verbildlichen ja auf der Bühne seit jeher den Griff des Vergangenen in die Zukunft, einen Pool nicht realisierter Möglichkeiten. Noch 1989, als ihn das Feuilleton bereits pessimistisch verstand, ist Heiner Müller optimistisch genug, am 4. November den Aufruf der „Initiative für Unabhängige Gewerkschaften“ zu verlesen. Sicher, die Literatur hatte in der DDR einen ganz anderen Stellenwert. Aber auch der Staat hatte für den Dichter einen anderen Stellenwert. Mit dem Zusammenbruch der DDR mag die Zuständigkeit für Literatur in der Verwaltung vom Innen- ins Finanzressort versetzt worden sein und weniger wichtig erscheinen. Dennoch kommt dem Theater auch heute noch eine Sonderstellung zu: Als öffentlicher Raum, in dem das Wort und die Tat im Vordergrund stehen, ist Theater eine Art Versammlung. Hier, wo Möglichkeiten verwirklicht werden, kann das Verlangen nach einer praktischen Antwort reifen.

Freilich werden gesellschaftliche Fragen auf der Bühne anders verhandelt als auf der Tribüne. Müller selbst witzelte, auf Brecht weisend, über die Schwierigkeit, gleichzeitig „Künstler und Kommunist“ zu sein. Das Verstummen, das Unverstehen – was ja in der politischen Rede nur als Rhetorik Platz findet – machen sein Theater zu einem Manifest der besonderen Art. Die Welt ist kein Reißbrett. Der Fehler, der Rest, der nicht aufgeht ... das sind Phänomene, die eine emanzipatorische Bewegung nicht verdrängen darf, will sie nicht kapitulieren. Gegenwart und Geschichte ebenso scharfsinnig und -zünig auf die Bühne zu bringen, sie mit ihrer Utopie und ihrer Angst fortzuschreiben, vor dieser Aufgabe steht die Nachwelt Müllers.

André Eisenstein

„Musik ist ein revolutionäres Moment“

Ein Mitglied der sozialrevolutionären Straßenmusikgruppe „Schall und Rauch“ aus Neumünster über das Verhältnis von Musik und Agitation

Zum Repertoire der möglichen Formen, sich in eine politische Auseinandersetzung zu begeben, werden meist Streiks, Demonstrationen, Infotische, Flugblattaktionen oder Ähnliches gezählt. Abgesehen von Streiks haben die meisten somit vor allem das Ziel, möglichst viele Menschen in einer möglichst kurzen Zeitspanne mit dem bestimmten Anliegen zu erreichen. Doch in einer Zeit, in der die Menschen tagtäglich einer Flut von Werbeprospekten gegenüberstehen, werden „Flugis“ oft nicht als solche erkannt, und die sie Verteilenden erscheinen als eine Gruppe von vielen, die die ohnehin überfüllten und Stress verbreitenden Innenstadtstraßen noch als zusätzlicher Reiz- und Stressfaktor bevölkern.

Um dennoch irgendwie aufzufallen, helfen einer Aktion/Demonstration nur zwei Tatsachen: Entweder sie verfügt über viele TeilnehmerInnen und sorgt so für entsprechend Aufmerksamkeit, oder sie verlässt eben den Rahmen konventioneller politischer Aktionen. Hierbei gilt: Je kreativer, desto besser.

Aus Parolen neue Handlungsmöglichkeiten werden lassen

In diesem Kontext nehmen Floskeln wie „die Verhältnisse zum Tanzen bringen“ oder „wenn ich nicht Tanzen kann, ist es nicht meine Revolution“ eine feste Form an. Wo getanzt und musiziert wird, ist das Eis zu den zu Erreichenden schnell durchbrochen und es fällt diesen leichter, stehen zu bleiben und sich dem Anliegen zu öffnen. Die fesselnde Wirkung von Musik ist kein Geheimnis, und seit Jahrtausenden ein Dorn im Auge der vorherrschenden Verhältnisse. Man könnte gar sagen, die Geschichte der Musik ist eine politische Geschichte. Schon Platon erkannte in seinem Werk *res publica* in ihr eine „Gefahr“, die die höchsten Gesetze des Staates „ins Wanken“ bringen kann. Er plädierte schon damals dafür, dass „dort (bei der Musik) die Wächter ihr Wachhaus“ bauen sollen. Er erkannte die subversive Gefahr, „dass sie sich allmählich festsetzt und heimlich auf den Charakter und die Fähigkeit überträgt, dann weiter und offener um sich greift und das bürgerliche Leben vergiftet, dann mit großer Frechheit die Gesetze und die Verfassung angreift, bis sie schließlich alles zerstört“. Im Umkehrschluss sah er in der Musik aber auch ein Mittel für die Stabilisierung der Herrschaft, und die bereits genannten Wächter hätten daher auch die Aufgabe, dafür Sorge zutragen, dass die Musik daraufhin ausgerichtet sei.

Kampf um das Wesen der Musik

Auf dieses Wissen wird bis ins heutige Jahrhundert zurück gegriffen. Nationalhymnen bieten Identifikationsmöglichkeiten zur jeweiligen Nation, bekennen den Stolz zu ihr und dienen der Etablierung und Festigung der Sittlichkeit und erwünschter staatsbürgerlicher Tugenden. In der Kirche nimmt Musik eine Trost spendende, aber auch mahnende Stellung ein und dient auch hier als Transmitter religiöser Normen und Werte. In der NS-Zeit galt dieses dann als *artige Kunst*, die es galt, von der *entarteten zerstörerischen Kunst* zu selektieren und zu schützen. Im DDR-Sozialismus wiederum wurde alles, was nicht den konservativen Konventionen der Herrschenden entsprach, verteufelt – Rock und Beatmusik galten als westliche Vorboten des Kapitalismus.

Alle Versuche, repressiv gegen unbequeme Musik vorzugehen, spiegeln deutlich die Angst vor ihrer revolutionären Wirkung wieder. Auch heute landen viele Lieder auf dem Index der Bundesprüfstelle für (jugend-)

Die sozialrevolutionäre Straßenmusikgruppe „Schall und Rauch“ begleitet eine Aktion in Kiel im Rahmen der anarchosyndikalistischen Kampagne gegen Starbucks

gefährdende Medien, und (politische) Straßenmusik sieht sich einer stetig wachsenden staatlichen Repression ausgesetzt. In einigen Regionen wird sie sogar als Schwarzarbeit gewertet und führt dazu, dass Arbeitslosen aufgrund des *Hutgeldes* die Bezüge gekürzt oder gestrichen werden. Dennoch oder gerade deshalb gehen immer mehr Gruppen und KünstlerInnen auf die Straße und trotzen den Verhältnissen.

Ende der 70er entstand im Zuge der großen politischen und sozialen Bewegungen (insbesondere der Anti-Atomkraft-Bewegung) die *Rotzfreche Asphaltkultur*. Sie fungiert als eine Art loser Dachverband von StraßenkünstlerInnen, die sich hauptsächlich auf der Straße und im öffentlichen Raum präsentieren und meist politische und sozialkritische Inhalte transportieren. Das Besondere an dieser Organisation ist bis heute ihre Offenheit, es wird auf Statuten, Mitgliedsbeiträge und Vorsitzende verzichtet, und dabei sein kann jede Person, die sich zugehörig fühlt. Oftmals treten solche Künstler unterstützend im Rahmen politischer Veranstaltungen auf, und tragen damit zu einer erfolgreichen Aufwertung dieser bei. Zum Schluss möchte ich noch Rio Reiser zitieren, der einst in einem Interview zutreffend folgerte: „Musik ist ein revolutionäres Moment“. In diesem Sinne raus auf die Straßen!

Lukas Johannsen

Zur Annäherung

Heiner Müller: *Krieg ohne Schlacht*, Autobiographie, günstig antiquarisch zu erwerben

Heiner Müller: *Geschichten aus der Produktion* (Der Bau, Der Lohndrücker, Die Korrektur, u.a.). Rotbuch Verlag, Berlin 1974.

Hans-Thies Lehmann, Patrick Primavesi (Hrsg.): *Heiner-Müller-Handbuch*. Metzler Verlag, Stuttgart 2003. Und: Lehmann: Das politische Schreiben. Theater der Zeit, Berlin 2002.

www.internationale-heiner-mueller-gesellschaft.de

Gespräche im Mitschnitt: http://muller-kluge.library.cornell.edu/de/

Müller am 4.11.89: http://dhme.dhm.de/ausstellungen/4november1989/mulr.html

Gedicht:

***Film** [in: „Geschichten aus der Produktion I“, Rotbuch Verlag, Berlin 1974, S. 82 f.]*

45 Jahre nach der Großen / Revolution sehe ich auf der Leinwand / In einem neuen Film aus dem Land der Sowjets die Verwandlung / Eines langsamen Kellners in einen Schnellläufer / Durch die falsche Nachricht, der hundertunderste / Wartende Gast sei Staatspreisträger. / Die wenig verschieden gekleideten Zuschauer / In dem Eckkino in der gespaltenen Hauptstadt / Meines gespaltenen Vaterlandes belachen / Den alltäglichen Vorgang, nicht alltäglich / Auf der Leinwand. Warum lachen die Leute. / *O nicht genug zu preisende Langsamkeit / Der nicht mehr Getriebenen! Schöne Unfreundlichkeit / Der zum Lächeln nicht mehr Zwingbaren!*

Erste libertäre Buchmesse im schweizerischen Winterthur!

Im Vorfeld der Anarchietage in der Alten Kaserne findet am Wochenende vom 31.1. bis 1.2. an selber Stelle die erste libertäre Buchmesse statt. Alle, die es schaffen – in welcher Form auch immer – dort teilzunehmen, sind hiermit herzlich aufgefordert, einen Artikel, Erfahrungsbericht, aufgeschriebene Gespräche oder ähnliches für die Kulturseiten der nächsten DA beizutragen. Einfach per email an da-kultur@fau.org schicken. Wir freuen uns auf eure Post!

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Die Gewerkschaft als Personalchef

Des letzten Rätsels Lösung: Closed Shop, eine gewerkschaftliche Methode zwischen Macht und Gegenmacht.

Mit „closed shop" meint man im Gewerkschaftsjargon nicht etwa einen Eckladen außerhalb seiner Geschäftszeiten, sondern eine Form gewerkschaftlicher Praxis, die es in sich hat. Denn dahinter verbirgt sich eine der stärksten Ausdrücke gewerkschaftlicher Macht. Und gerade, weil Macht damit verbunden ist, hängt der Charakter des Closed-Shop-Prinzips im konkreten Fall ganz davon ab, wer es zur Anwendung bringt. In einer kämpferischen und solidarischen Gewerkschaft kann es wichtig für die Entfaltung von Gegenmacht sein; in einer Bonzengewerkschaft bildet es häufig die Quelle korrupter Machtpolitik.

Closed Shop (CS) steht für einen Betrieb, in dem alle ArbeiterInnen einer bestimmten Gewerkschaft angehören müssen. Diesen Status muss sich eine Gewerkschaft erstmal erkämpfen, und im äußersten Fall erkämpft sie sich gar das Recht, selbst über die Auswahl der einzustellenden ArbeiterInnen bestimmen zu dürfen. Verbreitung fand der CS v.a. Mitte des 20. Jahrhunderts in Nordamerika (wo er noch heute z.T. vorzufinden ist), später auch in anderen englischsprachigen Ländern. Hierzulande ist er dagegen fast unbekannt.

Anfänglich erkämpften Gewerkschaften CS-Regelungen vor allem dort, wo Arbeitskräfte leicht zu ersetzen waren. Der Hire-und-Fire-Politik sollte mit dem CS begegnet werden, um einen kontinuierlichen Gewerkschaftseinfluss zu ermöglichen. Schließlich wurde dieses Prinzip sogar zu einem effizienten Mittel gegen innerbetriebliche Lohnkonkurrenz und Streikbruch. Ein Beispiel mag das verdeutlichen: Noch in den 1950ern waren die New Yorker Müllmänner mies bezahlt, schlecht organisiert und leicht ersetzbar. Indem ihre Gewerkschaft den CS bei der Müllabfuhr durchsetzte, formte sie sich selbst eine scharfe Waffe. Nachdem ihre Arbeitskämpfe nicht mehr durch Entlassungen und Streikbrecher untergraben werden konnten, bekam die Stadt das Gewicht eines Müllabfuhrstreiks in Reinform zu spüren – mit entsprechenden Erfolgen und Verbesserungen.

Auch in Großbritannien konnten nach dem 2. Weltkrieg die Gewerkschaften vielerorts CS-Regelungen durchsetzen. Die Macht der britischen Gewerkschaften, die noch in den 1970ern ständige Lohnerhöhungen erkämpften, beruhte wesentlich darauf. Maggy Thatcher wusste das. Als sie in den 1980ern zum Generalangriff auf die Gewerkschaften blies, verbot sie schnell das CS-Prinzip; gegen Zuwiderhandlungen ging sie rigoros



Marlon Brando in "Die Faust im Nacken" (1954): In dem Film bestimmt eine korrupte Gewerkschaft über die Vergabe von Jobs an die Arbeiter.

polizeilich und juristisch vor. Thatcher argumentierte dabei gegen den Zwang, den die Gewerkschaften ausübten, und forderte eine „Demokratisierung" der Betriebe.

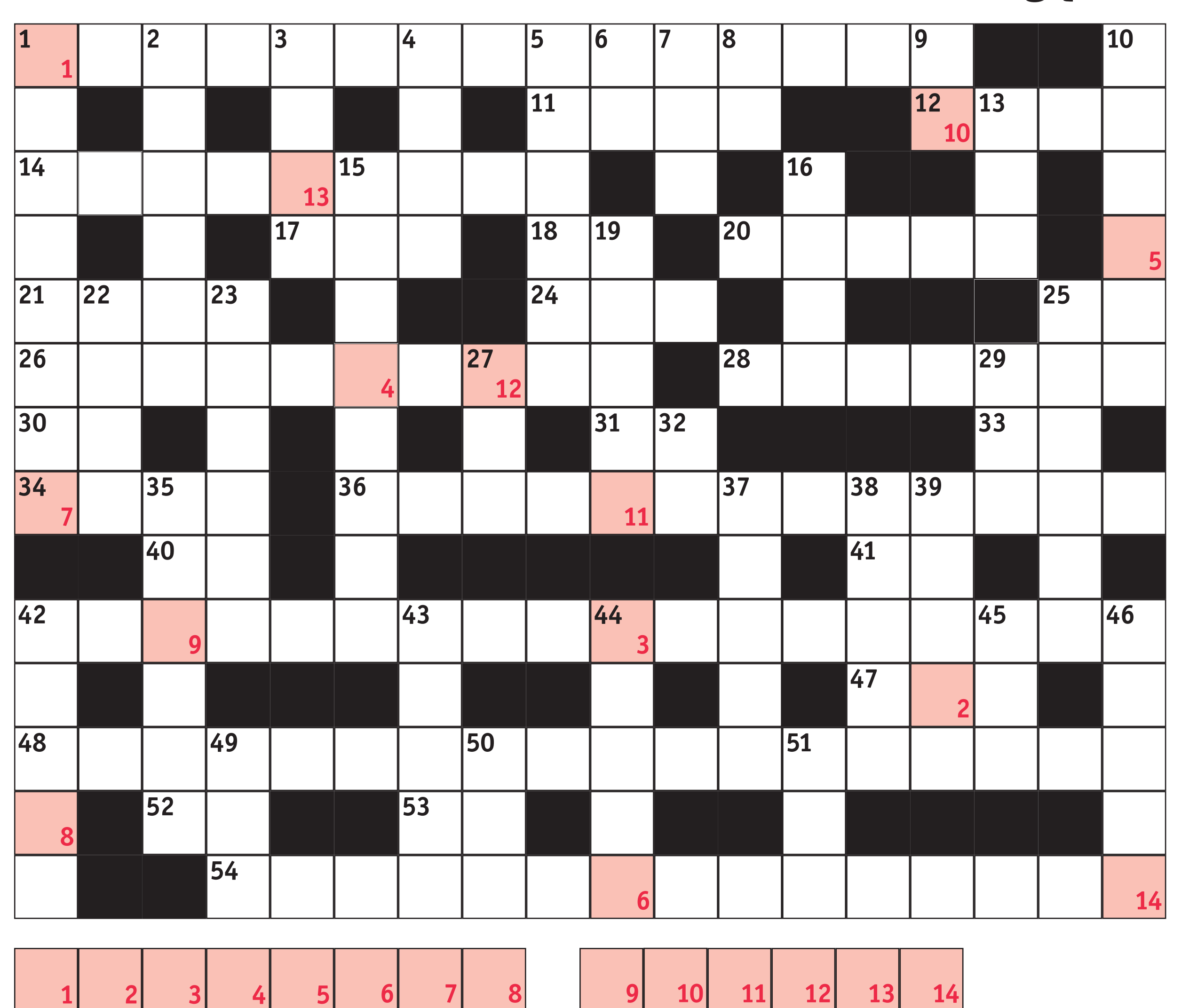
Wenn auch Thatcher damit lediglich in heuchlerischer Weise Partei für den Zwang der Kapitalisten ergriff, so hatte sie dennoch nicht ganz Unrecht. Nicht selten waren Gewerkschafter korrupt und nutzten ihre Stellung am Einstellungshebel für eine neue Form von Geschäft. Dem nicht unähnlich korrumpierten sich gerade in den USA Gewerkschaften zunehmend über den CS, indem sie mafiöse Elemente anzogen, die darin ein lukratives Geschäftsfeld als Zwischenhändler von Arbeitskräften sahen. Der Film „Die Faust im Nacken" mit Marlon Brando behandelt eindrucksvoll diese Form „gewerkschaftlicher Leiharbeit".

Dennoch bietet das CS-Prinzip auch große Potentiale für eine kämpferische Gewerkschaftsarbeit. Das zeigt das Beispiel der syndikalistischen SAC in Schweden. Im Rahmen ihrer Registermethode zur Durchsetzung besserer Löhne (siehe DA 190) setzt sie auf Elemente des CS, wobei auch sie Unternehmen mit Arbeitskräften versorgt und damit die Einstellungs- und Entlassungsfreiheiten der Firmen einschränkt. Gleichzeitig erfolgt die Auswahl der Arbeitskräfte nach solidarischen Kriterien (wer benötigt den Job am meisten), während VorarbeiterInnen demokratisch bestimmt werden.

Es wäre eine Diskussion wert, ob die Anwendung des CS-Prinzips, rückgekoppelt an die revolutionäre Gesamtstrategie einer solidarischen Gewerkschaft, nicht sogar eine Vorstufe für die Übernahme von Betrieben sein kann.

Holger Marcks

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 57



Waagerecht

1. Treffen einer ganzen Belegschaft, Gewerkschaft o.Ä. 11. Sinnbild für einen heiligen Gegenstand, auch im übertragenen Sinne, den man fanatisch hütet (ursprünglich ein Abendmahlskelch) 12. üppige Pickeln, v.a. zur Pubertät 14. "Kunde von ~", utopischer Roman von William Morris, dem Begründer der sozialistischen Bewegung in Großbritannien 17. zur Gewinnmaximierung in der Medizin wird oft die "Gesundheitsökonomische Evaluation" eingesetzt: Wie lautet dafür die gängige Abkürzung? <englisch> 18. in Berlin herausgegebene Tageszeitung mit Leserschwerpunkt Ostdeutschland, versteht sich als "sozialistische Tageszeitung" <Abk.> 20. in Gaststätten und öffentlichen Gebäuden gibt es hiervon immer weniger, vor der Tür dafür immer mehr 21. türkisch für "ja" 24. Männername (v.a. rumänisch) 25. Kfz-Kennzeichen für Peine 26. jemand, der in einer Gruppe die Stimmung vorgibt <männliche Form> 28. Musikinstrument, bei dem kleine, nach Tonleitern geordnete Holz- oder Metallstäbe angeschlagen werden <neue Rechtschreibung> 30. sog. "Top Level Domain" für die Türkei 31. Staatenbund, Möchtegernsupermacht <Abk.> 33. englische Abkürzung für "vereinigtes Königreich" 34. Frauenname 36. Mann, der Frauen nachläuft <altmodisch> 40. einer der kommerziell erfolgreichsten Spielfilme, Regisseur Steven Spielberg: "~ – Der Außerirdische" 41. Landescode für Spanien 42. Intensivierung der Arbeitsabläufe, um eine höhere Ausbeutungsrate zu erreichen 47. ein Problem lösen: Die Kuh vom ~ kriegen 48. in Betrieben des Bauhauptgewerbes in der BRD wurde diese Ausgleichszahlung in der Zeit vom 1. November bis 31. März vom Arbeitsamt gewährt, falls aus Witterungsgründen an einzelnen Tagen nicht gearbeitet wurde (1959 eingeführt, 1996 durch das Winterausfallgeld ersetzt, 2006 durch das Saison-Kurzarbeitergeld) 52. kleiner Bundesstaat der USA <postalische Abkürzung> 53. englisch für "nein" 54. arbeitsrechtliche Verpflichtung, Kampfmaßnahmen zu unterlassen.

Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Senkrecht

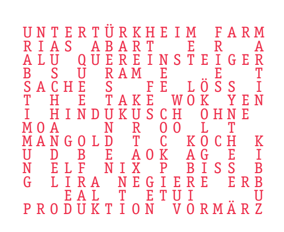
1. italienischer Anarchist, 1927 in den USA hingerichtet 2. verbreitetes Motto in der DDR: "Von der Sowjetunion ~ heißt siegen ~" (lässt sich heutzutage herrlich auf die USA und den Neoliberalismus ummünzen!) 3. Nutztier 4. Männchen vom Hund, Fuchs usw. 5. Todeskampf 6. engl. Abkürzung für "Herr" 7. großes deutsches Unternehmen des Nutzfahrzeug-, Maschinen- und Industrieanlagenbaus 8. Kfz-Kennzeichen für Landsberg am Lech 9. Abk. für eine gleichnamige Tageszeitung in Bonn und Ostfriesland 10. deutscher Gewerkschaftsführer und SPD-Reichstagsmitglied, organisierte den Generalstreik gegen den Kapp-Putsch (1861-1920), Vorname: Carl 13. Kümmelschnaps 15. frisch gepflanzt 16. Ausschuss von Sachverständigen als Preisrichter bei Sportveranstaltungen, Ausstellungen usw. 19. nordwestgriechischer Stamm, der um 1000 v.u.Z. nach Süden wanderte; in der Architekturgeschichte ist eine Art Säule nach ihnen genannt 22. "Sperling, komm nach ~ / Sperling, hier ist dein Korn. / Und besten Dank für die Arbeit!" dichtete Bert Brecht in "Die Vögel warten im Winter vor dem Fenster" 23. Wandverkleidung 25. kalkuliert risikoreich vorgehen (bei einem Spiel, bei Verhandlungen usw.) 27. Ausruf als Zeichen des Missfallens 29. mit voller Berechtigung: mit ~ und Recht 32. alternative Zeitangabe für "nach Christus" <Abk.> 35. für fast jede Bestätigung, Beurkundung usw. verlangen die Behörden eine ~ 37. Erlass, Verordnung 38. schon immer: von ~ 39. reich an Astlöchern <Holz> 42. Halbmetall, seit dem Altertum ein beliebtes Mordgift 43. "Kultur ist nicht die ~ auf der Torte, sondern die Hefe im Teig" 44. unsägliches deutsch-nationalistisches Lied, 1840 von Max Schneckenburger gedichtet: "Die Wacht am ~" 45. englisch für "gebrauchen, verwenden" 46. "Warten auf ~": Titel eines vielbeachteten Theaterstücks von Thomas Beckett (1906-1989), Sinnbild für sinnloses Warten (v.a. auf einen Gott) 49. Kfz-Kennzeichen für den Landkreis Lichtenfels 50. Zitat des Schriftstellers Paul Celan, das als Losung in Kampagnen gegen die deutsche Rüstungsindustrie gebraucht wurde: "Der ~ ist ein Meister aus Deutschland" 51. Fußballmannschaft.

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).

Gewinner DA 189: Roland L. aus Bruchsal

Gewinner DA 190: André L. aus Ludwigsfelde

Auflösung # 56



DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Holger Marcks

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 192: 13. Februar 2009

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitung ist solange Eigentum des Absenders, bis sie an den Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts.